



Suchergebnisse: Republik

1487 – Herzog Sigmund von Tirol erklärt Venedig den Krieg

Bozen * Herzog Sigmund von Tirol lässt auf dem Bozener Markt 130 venezianische Kaufleute verhaften und erklärt darüber hinaus der Republik Venedig den Krieg. Aus diesem Grund schlagen die venezianischen Händler ihre Kaufstände seither im bischöflich-freisingischen Mittenwald auf.

5. März 1684 – Gründung einer Heiligen Liga zum Kampf und zur Abwehr der Osma-nen

Rom * Mit Unterstützung von Papst Innozenz XI., der sich selbst als „Streiter für die Reinhaltung des katholischen Glaubens“ sieht, gelingt die Gründung einer Heiligen Liga zum „Kampf und zur Abwehr der Osma-nen“. König Johann III. Sobieski von Polen, Kaiser Leopold I. und die Republik Venedig schließen dazu ein Bündnis, dem zwei Jahre später auch Russland beitreten wird. Durch die Heilige Liga fließen umfangreichere Subsidien, sodass die bayerische Armee auf eine Sollstärke von 18.000 Mann erhöht werden kann.

Januar 1796 – Die französische Armee dringt bis nach Österreich vor

Paris * Die französische Republik stellt drei Armeen auf. Diese dringen unter Napoleon Bonaparte über Norditalien, unter Baptiste Jourdan durch Franken und unter Jean-Victor Moreau durch Süddeutschland bis nach Österreich vor, um dort den Frieden zu erzwingen.

Oktober 1798 – Errichtung einer süddeutschen Republik mithilfe französischer Bajonette

München * Eine auf 29 Seiten gedruckte anonyme Schrift taucht auf. Ihr Titel: „Über Süddeutschland. Von einem süddeutschen Bürger im Oktober 1798 dem französischen Gouvernement zur Beherzigung vorgelegt“. Der Verfasser versichert darin: „es Bedarf nur der französischen Bajonette, und in der Zeit von vier Wochen sind sie ins Herz von Baiern vorgedrungen und in München als dem Hauptplatz und wo alles am meisten reif und bereitsteht. Dann entwickelt sich alles von selbst“. Frankreich soll Pate sein für ein neues staatliches System in Baiern.



3. Juli 1800 – Dankadresse von der bayerischen Nation an Max Joseph IV.

München * Nach der Flucht des Kurfürsten Max IV. Joseph findet sich in einer weit verbreiteten Broschüre mit dem Titel: „Dankadresse von der bayerischen Nation an Max Joseph IV.“ eine spöttische Kommentierung dieser Situation. Darin wird als größte Wohltat des Kurfürsten seine „Flucht aus München“ gepriesen, da er dadurch „die Stadt und das ganze Land der französischen Großmut preisgegeben und die Untertanen vollends überzeugt habe, dass sie sich auch ohne Fürsten und Militär selbst zu verteidigen, zu regieren und die Gefahren, in der sie ihr vielgeliebter Regent versetzt hat, mit männlicher Klugheit abzuwenden wissen“. Der Text will die Baiern in Stadt und Land davon überzeugen, dass die Nation reif ist für eine republikanische Staatsform nach französischem Muster und dass der Kurfürst als Oberhaupt des Staatswesens absolut entbehrlich sei. Freilich gibt es auch Stimmen gegen die Härten, die die französischen Einquartierungen mit sich bringen. Doch es herrscht eine grundsätzliche Sympathie für die Franzosen und das republikanische Frankreich. Die Verantwortung für die unerquickliche Lage lastet man jedenfalls weniger den französischen Besatzungstruppen, als vielmehr dem geflüchteten Kurfürsten Max IV. Joseph und seiner verfehlten Politik an, mit der er Baiern im kaiserlichen Lager festhält. Selbst regierungstreue Münchner sehen sich durch die republikanischen Soldaten immer noch besser behandelt als durch die verbündeten Österreicher.

4. August 1800 – Eine republikanische Schrift an die Bevölkerung

München * Eine Anfang August erschienene Schrift wendet sich an die Bewohner Baierns, Schwabens, Frankens, Tyrols und Salzburgs und fordert dazu auf, „daß wir diesem Unwesen einmal ein Ende machen und von dem alten verderblichen Reichsverbande uns loslösen, uns nach dem Drange aller politisch- und natürlichen Verhältnisse in einen freien, mächtigen Staatskörper [...] zusammenschließen [...] und uns so eine eigene, auf die natürlichen Rechte der Menschheit, auf die reine Religion, und den allgemeinen Wohlstand gegründete Konstitution geben“. Alle Soldaten aus der Koalitionsarmee sollen zurückgerufen werden und anschließend Vertreter aus den Gemeinden und Distrikten „zu einer allgemeinen süddeutschen Nationalversammlung oder süddeutschem Landtage“ gewählt werden.

10. August 1800 – Weitere Flugschriften werden bairnweit verteilt

München * Eine Flugschrift mit dem Titel „Wahrer Überblick der Geschichte der bayerischen Nation, oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend“ wirft Kurfürst Max IV. Joseph



vor, „durch seinen Menschenverkauf, durch seine Verschwendung, durch die immerwährende Aushebung und gänzliche Entvölkerung des Landes, durch die volle Verwirrung, die er stiftete, alle Achtung, alles Zutrauen verloren“ zu haben. Gleichzeitig formuliert die Schrift ein in die Zukunft gerichtetes politisches Programm einer Republik in Süddeutschland: „Baiern, vereint mit Schwaben, wird das österreichische Joch abschütteln [...] und [...] vereinigt mit einem Teile Frankens [...] sich eine auf Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung geben“. Zur Umsetzung dieses Zieles erhofft sich die „Flugschrift“ die Unterstützung der „Republik Frankreich“. Diese Flugschriften finden nicht nur in der Stadt ihre Leser. Da sie auf der Schranne meist heimlich in die Säcke gesteckt wird, verbreitet sich der revolutionäre Inhalt auch auf dem Land. Durch die bloße Anwesenheit der Franzosen wagen sich die Zensurbehörden nicht, entschlossen gegen die Flugschriften vorzugehen.

15. August 1800 – Die Münchner Patrioten wenden sich an General Decaën

München * Eine Delegation der Patrioten wendet sich an General Charles Matthieu Isidore Decaën und bittet ihn um Unterstützung für einen Aufstand gegen den Kurfürsten und seiner Regierung. Der General reagiert reserviert, da die französische Regierung keinen Aufstand unterstützen will, sondern vielmehr einen allgemeinen Frieden anstrebt. Er gibt zu Bedenken, dass eine Revolution zur Beseitigung von Missständen ein unabwägbares Risiko darstellt. Dagegen würde der weniger gewaltsame Weg von Reformen größere Erfolgsaussichten bieten. Bei einer Revolution wüsste man nie, was als Ergebnis herauskomme.

Außerdem sei Baiern zu schwach, um alleine gegenüber Preußen und Österreich eine Veränderung seiner Staatsform durchzuführen. Dass General Decaën mit seinen Aussagen strikt der französischen Konsulatsregierung Napoléons folgt, ist den Revolutionsführern, die sich selbst Münchner Jakobiner nennen, in keinsten Weise bewusst. Sie sehen in den französischen Generälen noch immer die Repräsentanten der Revolution. Doch Frankreich hat sich schon längst von den politischen Zielen des Nationalkonvents entfernt, dem es im Jahr 1792 noch um die Verbreitung der revolutionären Ziele und um die Befreiung der unterdrückten Nationen gegangen ist. Im Gegenteil, Frankreich will inzwischen die Entstehung einer großen süddeutschen Republik mit allen Mitteln verhindern und stattdessen zu separaten Bündnissen mit den einzelnen deutschen Fürsten gelangen.

18. August 1800 – Die Münchner Revolutionäre wenden sich an Marschall Moreau

München * Weil die - von überkommenen Voraussetzungen ausgehenden - Münchner Revolutionäre von dem Gesprächsergebnis mit General Decaën nicht einverstanden sind,



wenden sie sich wenige Tage später an Decaëns Vorgesetzten, den Oberbefehlshaber Marschall Jean-Victor-Marie Moreau. Der Franzose empfängt die Delegation, nimmt aber - bestürzt von der Entschlossenheit der Münchner Bürger - Kenntnis von deren Vorhaben, dem Kurfürsten und seiner Familie die Rückkehr nach München zu verwehren und dafür eine Tochterrepublik unter französischer Protektion zu errichten. Marschall Moreau gibt zu Bedenken, dass er nach Baiern geschickt worden sei, um den Feind zu bekämpfen und nicht, um eine Republic zu gründen. Man sollte deshalb die Revolutionspläne doch noch einmal reiflich überdenken. Das war freilich genau das, was die hochmotivierten Revolutionäre nicht hören wollten.

20. August 1800 – Der Plan eines republikanischen Umsturzes ist gescheitert

München * Als die Münchner Bürger-Delegation Moreau nochmal aufsuchen will, lässt er sie nicht mehr vor. Verärgert lässt ihnen der französische Oberbefehlshaber ausrichten, er würde sie, falls sie ihn nochmal belästigen sollten, die Treppe hinunterwerfen lassen. Schroffer kann die Abfuhr nicht ausfallen. Die französische Besatzungstruppe hat kein Interesse an einer Kooperation mit den Rebellen. Gegenüber dem Münchner Bürgerwehr-Kommandanten Felix Joseph Lipowsky ruft Moreau aus: „Mein Gott! Man weiß nicht was man will! Eine Republik kostet viel Blut, wir haben sie“. Damit ist der Plan eines republikanischen Umsturzes gescheitert. Scheinbar ist die Unzufriedenheit über die kurfürstliche Politik doch nicht so stark und so verbreitet, dass sie eine Aufstandsbewegung wirklich getragen hätte.

24. August 1801 – Ein eigenständiges Baiern soll ein Erstarken Österreichs verhindern

Paris * Während Österreich Baiern nur als Manövriermasse ansieht, ist Napoleon an einem an seiner Seite stehenden eigenständigen Staat Baiern interessiert, der ein Erstarken Österreichs behindern soll. Dazu schließt der bayerische Kurfürst in Paris den separaten Friedensvertrag mit der Republik Frankreich ab. Der Vertrag sagt Baiern die territoriale Unverletzbarkeit seiner rechtsrheinischen Gebiete sowie Unterstützung bei den Entschädigungsverhandlungen zu.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung

Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele



Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.

25. Februar 1848 – Frankreichs Zweite Republik ausgerufen

Paris * In Paris wird eine provisorische französische Regierung eingesetzt und die Zweite Republik ausgerufen. Diese Revolutionsregierung besteht aus einem elfköpfigen Ministerrat, in dem Vertreter der Linken, der Liberalen und Demokraten sowie der konservativen Rechten vertreten sind. Die gemäßigt reformorientierte Regierung beschließt einige wichtige Entscheidungen, darunter die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Delikte, die Einführung der Pressefreiheit und des allgemeinen Wahlrechts sowie die Anerkennung des Rechts auf Arbeit.



31. März 1848 – In Frankfurt am Main versammelt sich das sogenannte Vorparlament

Frankfurt am Main * In Frankfurt am Main versammelt sich das sogenannte Vorparlament, das aus 574 ehemaligen und gegenwärtigen Mitgliedern von Stände-Versammlungen sowie aus etlichen durch „das Vertrauen des deutschen Volkes“ ausgezeichneten Männern besteht. Das sind allerdings noch keine gewählten Vertreter, die die verschiedenen Staaten des Deutschen Bundes deshalb nur sehr ungleichgewichtig repräsentierten. Sofort bricht der Konflikt zwischen den Demokraten, die eine republikanische Staatsform und soziale Reformen durchsetzen wollen, und den Liberalen aus, die der Konstitutionellen Monarchie den Vorzug geben.

23. April 1848 – Frankreichs Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung

Frankreich * In Frankreich findet die Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Bei dieser unterliegt die Linke, während die Konservativen und die gemäßigten Liberalen siegreich hervorgehen.

4. November 1848 – Charles Louis Napoleon Bonaparte wird französischer Staatspräsident

Paris * Von der Nationalversammlung in Paris wird eine Verfassung verabschiedet, in der auch die Wahl eines Staatspräsidenten vorgesehen ist. Charles Louis Napoleon Bonaparte, der Neffe des großen Napoleon Bonaparte, kandidiert als Staatspräsident. Er, der anno 1836 und 1840 gegen den Bürgerkönig Louis-Philippe vergeblich geputscht hatte, holt 75 Prozent der Stimmen und damit das Amt des französischen Staatspräsidenten.

3. Mai 1849 – Der Dresdner Maiaufstand scheitert

Dresden * Die Ausrufung der Sächsischen Republik scheitert im Dresdner Maiaufstand, der vom 3. bis 9. Mai 1849 andauert und von preußischen Truppen niedergeschlagen wird.

9. Mai 1849 – Niederschlagung des Dresdner Maiaufstands

Dresden * Sächsische und preußische Truppen schlagen den Dresdner Maiaufstand nieder. Die provisorische Revolutionsregierung wird aufgelöst, zahlreiche Revolutionäre fliehen oder werden



verhaftet. Damit scheitert der Versuch, Sachsen zu einer republikanischen Staatsordnung umzugestalten.

13. Mai 1849 – Der Badische Maiaufstand führt zur Ausrufung der Republik Baden

Baden * Der beginnende Badische Maiaufstand führt zur Flucht des Großherzogs Leopold von Baden am 13. Mai und zur Ausrufung der Republik Baden. Doch preußische Truppen rückten gegen Baden vor.

2. Dezember 1851 – Staatspräsident Napoleon Bonaparte löst die Nationalversammlung auf

Paris * Kurz vor Ablauf seiner Amtszeit löst der französische Staatspräsident Charles Louis Napoleon Bonaparte die Nationalversammlung auf und lässt führende Oppositionspolitiker verhaften.

5. Dezember 1851 – Charles Louis Napoleon Bonaparte siegt

Paris * Die nach der Auflösung der Nationalversammlung und Verhaftung führender Oppositionspolitiker folgenden blutigen Kämpfe kann Charles Louis Napoleon Bonaparte am 5. Dezember schließlich für sich entscheiden.

21. Dezember 1851 – Die Franzosen stimmen über eine neue Verfassung ab

Frankreich * Die Franzosen stimmen - für den Staatspräsidenten Charles Louis Napoleon Bonaparte erfolgreich - über eine neue Verfassung ab.

21. November 1852 – Frankreich für die Wiedereinführung des Kaisertums

Frankreich * Das französische Volk stimmt über ein vom Staatspräsidenten Charles Louis Napoleon Bonaparte vorgelegtes Plebiszit [= eine von oben angesetzte Volksbefragung] über die Wiedereinführung des Kaisertums ab.

2. Dezember 1852 – Napoleon III. lässt sich zum Kaiser der Franzosen ausrufen



Paris * Frankreichs Staatspräsident Charles Louis Napoleon Bonaparte lässt sich zum Kaiser der Franzosen ausrufen. Das war am ersten Jahrestag des Staatsstreichs und am selben Tag, als sich sein Onkel Napoleon Bonaparte im Jahr 1804 selbst zum erblichen Kaiser von Frankreich krönte. Das bedeutet zusätzlich das Ende der im Jahr 1848 ausgerufenen Zweiten Republik und den Beginn des Zweiten Kaiserreichs. Fortan nennt er sich Napoleon III..

24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München

München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umtriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umtriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

3. September 1870 – Schlechte Nachrichten für Paris

Sedan - Paris * Am Nachmittag des 3. September dringt die Kunde von der Niederlage und der Gefangennahme durch ein Telegramm des Kaisers an die Kaiserin Eugénie nach Paris. Auf



französischer Seite hat die Kapitulation der französischen Truppen das Ende des Zweiten Kaiserreichs und die Ausrufung der Dritten Republik zur Folge.

4. September 1870 – Die Französische Republik wird ausgerufen

Paris * Volksmassen stürmen die Deputiertenkammer, kurz danach wird die Absetzung des Kaisers verkündet und die „provisorische“ Französische Republik ausgerufen, die den Krieg gegen die Deutschen fortsetzt. Die französischen Volksheere können zunächst die deutschen Angriffe zurückdrängen, zu keiner Zeit aber den deutschen Sieg ernsthaft gefährden.

19. September 1870 – Erste Friedensverhandlungen in Ferrières-en-Brie

Ferrières-en-Brie • Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck und Jules Favre, Außenminister und Repräsentant der französischen republikanischen Regierung, verhandeln im deutschen Hauptquartier in Ferrières-en-Brie über einen möglichen Friedensschluss. Bismarck bietet Favre einen 14-tägigen Waffenstillstand an. In dieser Zeit könnten die Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung stattfinden. Er erhofft sich damit ein Wahlergebnis, das eine monarchisch orientierte Mehrheit hervorbringt und ihm die Verhandlungen erleichtert. Favre lehnt jedwede Abtretung französischen Territoriums ab, Bismarck besteht darauf, dass Straßburg und das Elsass deutsch werden muss.

28. Januar 1871 – Paris ergibt sich den Deutschen Truppen

Paris * Paris ergibt sich den Deutschen Truppen. Das führt auch zur Niederlage der neubegründeten Dritten Republik Frankreichs und zur Gründung des Deutschen Kaiserreichs.

12. Februar 1871 – In Bordeaux trifft sich die verfassungsgebende Versammlung

Bordeaux * In Bordeaux trifft die verfassungsgebende Versammlung zusammen. In ihr sind mehr als doppelt so viele Monarchisten als Republikaner vertreten. Dagegen sind die städtischen Gemeinderäte in ihrer Mehrheit entschlossen republikanisch.

18. März 1871 – In Paris kommt es zum Kommune-Aufstand



Paris * In der französischen Hauptstadt kommt es zum Kommune-Aufstand, in deren Verlauf Paris den Versuch macht, eine demokratische und soziale Republik zu gründen. Die Pariser Commune will die Auflösung Frankreichs in eine Föderation von autonomen kleinen Gemeindeverwaltungen mit eigener Rechtsprechung, eigenem Militär und eigenem Unterrichtswesen, der Verstaatlichung der Produktion und so fort. Die rote Fahne und der Revolutionskalender werden eingeführt, ein Wohlfahrtsausschuss und ein Revolutionstribunal eingesetzt, Geiseln ausgehoben sowie Kirchen und Klöster geschlossen.

Doch Paris bleibt alleine, nachdem sich die Gemeinderäte der großen Provinzstädte versagen. Alleine muss Paris nun den Kampf gegen die konservative Republik ausfechten, die ihren Sitz nach Versailles verlegt hat. Dort befindet sich auch das deutsche Hauptquartier. Die Auseinandersetzungen finden unter den Augen der deutschen Militärs statt. Den Petroleumbrennern der Communards fallen zahlreiche öffentliche Gebäude zum Opfer, darunter die Tuilerien; über siebzig bürgerliche Geiseln werden erschossen, darunter der Erzbischof von Paris.

5. Januar 1876 – Konrad Adenauer wird in Köln geboren

Köln * Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Köln geboren.

4. Februar 1897 – Ludwig Erhard wird in Fürth geboren

Fürth * Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, wird in Fürth geboren. bsp;

6. April 1904 – Kurt Georg Kiesinger wird in Ebingen in Württemberg geboren

Ebingen * Kurt Georg Kiesinger, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird in Ebingen in Württemberg geboren.

18. Dezember 1913 – Willy Brandt wird als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren

Lübeck * Willy Brandt, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende, wird als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck



geboren.

3. September 1917 – Michael von Faulhaber besetzt den Münchner Erzbischöfsstuhl

München-Kreuzviertel * Die Inthronisation des neuen Erzbischofs von München-Freising, also die liturgische Einführung in sein Amt und die rechtliche Besitzergreifung seiner Diözese, erfolgt. Angesichts des Krieges verzichtet Michael von Faulhaber auf die sonst üblichen großen Feierlichkeiten sowie den Festzug durch die Stadt. Stattdessen fährt er direkt vom Palais Holnstein zum Dom. Äußeres Zeichen für die Besitzergreifung der Erzdiözese durch den Oberhirten ist die Übernahme der Kathetra und des Bischofsstabes. Als Faulhaber seinen Münchner Bischofsstuhl besetzt, ist er 48 Jahre alt. Dreieinhalb turbulente Jahrzehnte übt er das Amt des Erzbischofs von München und Freising aus. Sie bringen das Ende der Monarchie durch eine unblutige Revolution und führen von der Räterepublik über die Weimarer Republik zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und schließlich zum mühsamen Wiederaufbau nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg.

14. September 1917 – Der russische Ministerpräsident Kerenski proklamiert die Republik

Petersburg * Der russische Ministerpräsident Alexander F. Kerenski proklamiert die Republik und beruft eine neue Regierung.

19. Oktober 1917 – Das russische Parlament wird aufgelöst

Petersburg * Das russische Parlament wird aufgelöst. Das neue republikanische Vorparlament wird von den Bolschewiken boykottiert. Wladimir I. Lenin beschließt in der ZK-Sitzung der Bolschewiken den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Alexander Kerenski.

7. November 1917 – Wladimir I. Lenin stürzt die provisorische russische Regierung

Petersburg * Die Bolschewiki unter Führung von Wladimir I. Lenin stürzen in einem bewaffneten Aufstand in Petrograd die provisorische Regierung unter Alexander F. Kerenski. Die Roten Garden der Bolschewiken besetzen strategisch wichtige Punkte in Petrograd und belagern den Winterpalast, den Sitz der provisorischen Regierung. Damit beginnt in Russland die Revolution.



Lenin schafft eine Sowjetrepublik, die sich auf Räte [russisch: Sowjets] stützt. Da diese Auseinandersetzungen nach dem alten russischen Kalender auf den 25. Oktober fallen, erhalten diese systemumwerfenden Vorgänge den Namen Oktober-Revolution. Erst nach dieser - für die Bolschewiki erfolgreichen - Revolution wird der russische Kalender von der julianischen Zeitrechnung auf die gregorianische umgestellt.

19. Dezember 1917 – Alle SPD-Forderungen werden abgeschmettert

München-Kreuzviertel * Der SPD-Reformantrag vom 18. September 1917 wird im Plenum der Abgeordnetenversammlung behandelt. Der Führer der Zentrumsfraktion, Heinrich Held, lehnte die SPD-Vorschläge rundweg ab, denn: „Der Antrag bezieht [...] eine fundamentale Einschränkung der Königsrechte und geht in seinen letzten Wirkungen auf die tatsächliche Abschaffung der konstitutionellen Monarchie, auf die Einführung der parlamentarischen Regierungsform und schließlich auf die Republikanisierung unseres Staatswesens hinaus.“ Alle elf Vorschläge werden in der Abstimmung per Handaufheben von der ihren Besitzstand verteidigenden Zentrumsmehrheit im Bündnis mit den Liberalen abgelehnt. Damit ist die Reformbewegung zumindest für die Dauer des Krieges zum Stillstand gebracht worden.

23. Oktober 1918 – Die USPD fordert die neue Staatsform der Republik

Berlin * In der Frage der Staatsform erklärt der USPD-Vorsitzende Hugo Haase in der Reichstagsitzung: „Die Kronen rollen auf das Pflaster. [...] Rings um uns werden Republiken sich aufbauen, und da soll Deutschland allein [...] noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein!“ Schließlich: „Es muss zur Republik kommen! [...]. Die Götzendämmerung für das alte System ist hereingebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter [...] wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern, wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.“

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das



Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

23. Oktober 1918 – Kurt Eisner hält im Schwabinger-Bräu seine erste Wahlkampfrede

München-Schwabing * Kurt Eisner hält im Schwabinger Bräu seine erste Wahlkampfrede seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Nur neun Tage nach seiner Haftentlassung lockt er bereits 2.000 Zuhörer in seine Versammlung. Er referiert über das Thema „Regierungssozialisten oder Sozialistenregierung“ und wirft darin dem Flügel um Erhard Auer vor, nicht das Interesse des Volkes, sondern nur das der Regierung im Auge zu haben. In der weiteren Rede fordert Kurt Eisner die Abdankung des Kaisers und einen Frieden ohne Annexion. Kurt Eisner verspricht sich nicht viel vom jetzigen demokratischen System und tritt ein für die Beseitigung aller bestehender Gewalten durch Umsturz und Revolution ein. Am Schluss verlangt er „eine große deutsche Republik mit Einschluss Deutsch-Österreichs“ und die „Rückkehr zu den Idealen der Revolution von 1848“. „Bissig, heiser und mit einem fanatischen Elan rechnete er mit seinen Gegnern ab. Alles um ihn war dicht besetzt. Kopf an Kopf. Er stand auf dem Podium inmitten der hockenden Leute und gestikulierte mitunter wild. Langes Haar, das fast bis auf seine Schultern herabwallte, einen noch zerzausten Bart hatte er jetzt. Wie ein Apostel sah er aus, nur dass er einen Kneifer trug“, schreibt Oskar Maria Graf über Kurt Eisner.

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde. Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizekanzler Friedrich von Payer



berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. [...] Je länger die Hetze fortdauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

28. Oktober 1918 – Die Tschechoslowakische Republik wird ausgerufen

Prag * Der Nationalrat der Tschechen und Slowaken ruft die Tschechoslowakische Republik aus. Die Tschechoslowakei wird als freiheitlich-demokratischer und sozialer Rechtsstaat nach westlichem Vorbild proklamiert.

30. Oktober 1918 – Kurt Eisner spricht auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller

München-Maxvorstadt * Kurt Eisner spricht auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller zum Thema „Deutschland - eine soziale Republik“ und fordert eine politische Reinigung des Parlaments und die Beseitigung aller Monarchien.

1. November 1918 – Prinzessin Wiltrud von Bayerns Angst vor der USPD

München-Graggenau * Prinzessin Wiltrud von Bayern schreibt in ihr Tagebuch: „Wenn die unabhängigen Sozialdemokraten noch mehr Zuwachs und Macht bekommen, dann kann auch Bayern die Republik drohen.“

3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnten die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt



werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

7. November 1918 – Die Stimmung beim Abendessen ist eher gedrückt

München-Grägenau * Die vom Spaziergang heimkehrenden Prinzessinnen werden mit Parolen wie: „Der Kaiser soll abdanken! Nieder mit Wilhelm! Nieder mit dem Haus Wittelsbach! Nieder mit der Dynastie! Nieder mit dem Haus Habsburg! Die Republik soll leben!“ konfrontiert. Auch „Vom Millibauern, Papas Spitznamen, schrien sie etwas.“ Diese und weitere Wahlsprüche vermerkte Prinzessin Wiltrud jedenfalls in ihrem Tagebuch. Die Stimmung beim Abendessen ist eher gedrückt. Es gibt Hirschkalbsbraten, Kartoffelnudeln und Erbsen. Prinzessin Wiltrud greift beherzt zu: „Ich nahm zwei Stücke, denkend es ist gut, wenn man bei Kräften ist, wer weiß, wann wir wieder ein solches Essen bekommen.“

7. November 1918 – Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt - die bayerische Republik gegründet

München-Kreuzviertel * Gegen 22:30 Uhr steht Kurt Eisner am Präsidentenpodium und erklärt im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats die Dynastie Wittelsbach für abgesetzt und die bayerische Republik für gegründet. Er fährt fort: „Jetzt müssen wir zur Bildung einer Regierung fortschreiten. [...] Der, der in diesem Augenblick zu Ihnen spricht, setzt Ihr Einverständnis voraus, dass er als provisorischer Ministerpräsident fungiert.“ Der anschließend einsetzende begeisterte Applaus bestätigt ihm die Annahme. Kurt Eisner ist damit bayerischer Ministerpräsident.



8. November 1918 – Erste Sitzung der Revolutionäre im Landtagsgebäude

München-Kreuzviertel * Kurz nach Mitternacht hält der neu gebildete Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat im Sitzungssaal der Abgeordnetenversammlung im Landtagsgebäude an der Prannerstraße - unter der Leitung Kurt Eisners - seine erste Sitzung ab. Kurt Eisner proklamiert die demokratische und soziale Republik Bayern, den Freistaat Bayern. Die Monarchie ist damit gestürzt, die Republik geboren. In seiner Rede bemerkt Eisner: „Die bayerische Revolution hat gesiegt. Sie hat den alten Plunder der Wittelsbacher Könige hinweggefegt.“ „Bayern ist fortan ein Freistaat“ lautet der dritte Satz eines Aufrufs, der am Morgen des 8. November 1918 auf der ersten Seite der Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlicht wird. Mit dem Begriff Freistaat nimmt Kurt Eisner eine Definition auf, die schon 150 Jahre zuvor für Republik gebraucht wurde. Mit dieser Wortwahl will er aber nicht nur den Unterschied zur Monarchie, sondern auch die Eigenständigkeit Bayerns innerhalb eines deutschen Staatenbundes, der „Vereinigten Staaten von Deutschland“, herausstellen. „Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ hat diesen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens“ gerichtet. Noch deutlicher ist ein knallrotes Plakat, das bereits in den Straßen Münchens hängt. Ihm können die interessierten Bürger entnehmen: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!“

8. November 1918 – Kurt Eisner kürzt als erstes sein hohes Gehalt

München-Kreuzviertel * Der Unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner, der das Amt des Ministerpräsidenten der Republik Bayern übernommen hat, wird er dieses Amt 105 Tage ausüben. In seiner ersten Amtshandlung kürzt der neu ernannte Bayerische Ministerpräsident sein „hohes“ Gehalt.

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will



Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Philipp Scheidemann ruft die Deutsche Republik aus

Berlin * Während der designierte Reichskanzler und Vorsitzende der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert, noch mit den Unabhängigen verhandelt, ruft Philipp Scheidemann gegen 14 Uhr vom Balkon des Reichstagsgebäudes unter brausendem Beifall die „Deutsche Republik“ aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die Deutsche Republik!“

9. November 1918 – Karl Liebknecht proklamiert die Freie Sozialistische Republik



Berlin * Wenig später proklamiert der Linkssozialist Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Stadtschlosses die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“ nach dem Vorbild der russischen Brüder.

9. November 1918 – Eine sozialistische Regierung in Stuttgart

Stuttgart * Am Nachmittag, erst nachdem bekannt geworden war, dass Philipp Scheidemann in Berlin die Republik proklamiert hat, wird im württembergischen Landtag eine provisorische sozialistische württembergische Regierung aus Mitgliedern der MSPD und USPD gebildet.

10. November 1918 – Der Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung

Berlin * Bildung des Rats der Volksbeauftragten als Provisorische Regierung beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das Gremium besteht aus je drei Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD. Die MSPD entsendet: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die USPD: Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth. Ebert und Haase sind gleichberechtigte Vorsitzende. Der Rat der Volksbeauftragten beaufsichtigt das Regierungskabinett, das weiterhin im Amt ist.

10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund

München-Gruggeau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorff selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteherrschaft hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.



10. November 1918 – König Friedrich August III. von Sachsen für abgesetzt erklärt

Dresden * Der neugebildete Vereinigte Revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat erklärt König Friedrich August III. von Sachsen für abgesetzt und die Monarchie für beseitigt. Im Zirkus Sarrasani ruft Herrmann Fleißner von der MSPD die Republik aus.

10. November 1918 – Das Großherzogtum Hessen wird zur Republik

Darmstadt * Nachdem am Tag zuvor der hessische Großherzog Ernst-Ludwig formell abgesetzt worden war, wird Hessen am Nachmittag als Republik proklamiert.

11. November 1918 – Großherzog Friedrich August von Oldenburg erklärt seinen Thronverzicht

Oldenburg * Großherzog Friedrich August von Oldenburg erklärt seinen Thronverzicht. Aus dem Großherzogtum Oldenburg wird ein republikanisch verfasstes Land, das als parlamentarische Demokratie regiert wird.

11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. [...] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. [...] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“



11. November 1918 – Österreichs Kaiser Karl I. tritt zurück

Wien * Karl I., der schon eine Woche vorher von einzelnen Medien als „der ehemalige Kaiser“ bezeichnet worden war, wird von den republikanisch gesinnten deutsch-österreichischen Spitzenpolitikern und seiner letzten k.u.k. Regierung dazu bewogen, auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten. Die förmliche Abdankung hatte er zuvor abgelehnt. Am selben Tag entlässt der Ex-Kaiser die funktionslos gewordene k.u.k. Regierung.

12. November 1918 – Prinzregent Aribert von Anhalt verzichtet auf den Thron

Dessau * Prinzregent Aribert von Anhalt verzichtet im Namen des noch minderjährigen Herzogs Joachim Ernst von Anhalt und der gesamten anhaltischen Fürstenfamilie auf den Thron. Aus dem Herzogtum Anhalt wird eine Republik.

12. November 1918 – In Wien wird die Republik proklamiert

Wien * In Wien findet die letzte Reichsratssitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich statt. Noch am selben Tag ruft sie die Republik aus.

13. November 1918 – Der Republikanische Bürgerrat München wird gegründet

München * In München wird der Republikanische Bürgerrat auf demokratisch-nichtsozialistisch-republikanischer Grundlage gegründet.

14. November 1918 – Die Bayerische Mittelpartei wird in Nürnberg gegründet

Nürnberg * In Nürnberg wird die Bayerische Mittelpartei - BMP gegründet. Die Anhängerschaft der Partei rekrutiert sich aus protestantischen Kreisen des Bildungsbürgertums und der Beamenschaft sowie des protestantischen fränkischen Mittelstands, des Kleinbauerntums und der Deutschnationalen. Sie lehnt - wie die Deutschnationale Volkspartei - DNVP, die sie sich im März 1920 als bayerischer Landesverband anschließen wird, - die Staatsform der Republik ab.

15. November 1918 – Kurt Eisner und die Sozialisierung



München * In seinem Programm der Bayerischen Republik bringt Ministerpräsident Kurt Eisner seine Position zur Sozialisierung zum Ausdruck: „Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist“. Seine Hauptsorge ist die Wiederherstellung der Ordnung und die Gewinnung des Vertrauens seiner Regierung.

15. November 1918 – Hugo Preuß soll die Verfassung der Republik erarbeiten

Berlin * Das Kabinett beruft den liberalen Staatsrechtler Hugo Reuß zum Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren. Reuß soll die neue Verfassung der Republik ausarbeiten. Ein Liberaler und kein Sozialdemokrat wird diese wichtige zentrale Aufgabe anvertraut.

15. November 1918 – Die Republik Deutsch-Österreich wird proklamiert

Wien * Die Republik Deutsch-Österreich wird durch die provisorische Nationalversammlung proklamiert.

16. November 1918 – Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird gegründet

München * Die Deutsche Volkspartei - DVP in Bayern wird gegründet. Die Partei bekennt sich zur Republik und versteht sich ausdrücklich als bürgerlich. Der linksliberale Flügel ist in der Partei dominierend. Der Münchner Arzt Dr. Georg Hohmann wird zum Vorsitzenden gewählt. Die DVP in Bayern entspricht der Deutschen Demokratischen Partei - DDP im übrigen Reichsgebiet. 1920 wird die DVP in Bayern deren Namen übernehmen.

16. November 1918 – Das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz wird Republik

Strelitz * Da Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin seit dem 27. Februar 1918 auch die Regierungsgewalt im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz als Reichsverweser ausübt, wird dieses Land nach seinem Rücktritt zur Republik.

17. November 1918 – Die Revolutionsfeier im Nationaltheater

München-Graggenau * Im Nationaltheater wird eine Revolutionsfeier abgehalten. „Keine festliche



Auffahrt, keine rauschenden Toiletten, keine blinkenden Ordenssterne und Diademe. Die Karten waren durch das Los verteilt worden, so dass das äußerliche Bild ganz anders war als bei den Festaufführungen der Vergangenheit.“ Kurt Eisner spricht erstmals seit der Revolution wieder in der Öffentlichkeit. Zum Abschluss singen die Zuhörer Kurt Eisners „Hymne an die Revolution“ und bringen danach Hochrufe auf die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, auf Eisner und die soziale Republik“ aus. Kurt Eisner ist mit einem schwarzen Gehrock gekleidet. Seine Haare sind ordentlich geschnitten und frisiert. Er spricht von der Revolution wie von einer heiligen Reliquie. Für ihn war es die Revolution, die „die Idee, das Ideal und die Wirklichkeit vereint. „Da wir eine neue Form der Demokratie suchen“, müssen die Fehler und die Schuld der Vergangenheit zugegeben werden. „Vergessen wir, was war, und vertrauen wir dem, was wird.“

20. November 1918 – Die Deutsche Demokratische Partei - DDP wird gegründet

Berlin * Die Deutsche Demokratische Partei - DDP wird gegründet. Sie bekennt sich zu einer demokratischen und sozialen Republik.

22. November 1918 – Eine Republikanische Schutztruppe wird gegründet

München-Kreuzviertel * Zur persönlichen Sicherheit der Regierungsmitglieder wird von Alfred Seyffertitz die Republikanische Schutztruppe gegründet und Albert Roßhaupter, dem Minister für militärische Angelegenheiten unterstellt.

Dezember 1918 – Das Künstlerhaus als bedeutender kultureller Treffpunkt

München-Kreuzviertel * Nach dem Ende der Monarchie verliert das Künstlerhaus zwar seine enge Verbindung zum Königshaus, behauptet jedoch seinen Platz als bedeutender kultureller Treffpunkt im republikanischen München.

6. Dezember 1918 – Demonstranten besetzen Münchner Zeitungsredaktionen

München * Im Schwabingerbräu, Mathäserbräu und im Odeon werden Versammlungen für Soldaten abgehalten. Die Veranstaltungsteilnehmer demonstrieren im Anschluss gegen die Münchner Presse. Die Räume der Münchner Neuesten Nachrichten, des Bayerischen Kuriers, der München-Augsburger Abendzeitung und der Münchner Zeitung werden besetzt. Die Besetzer



erlassen umfangreiche Zensurvorschriften, die beim Eintreffen der Republikanischen Schutztruppe und vor allen auf Kurt Eisners Zureden zurückgenommen werden. Die Demonstranten ziehen daraufhin zu Innenminister Erhard Auer, um ihn wegen seiner Haltung in den Januarstreiks und seines Eintretens für eine demokratische, nicht-sozialistische Republik mit Gewalt zum Rücktritt von seinem Ministerposten zu zwingen.

7. Dezember 1918 – Ein sozialistischer Aufruf im Bayerischen Kurier

München * Die Leser der stark konservativen Zeitung Bayerischer Kurier, die zugleich das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP darstellt, müssen lesen: „Brüder! Die Soldaten und Arbeiter Münchens haben heute nacht die Zeitungen besetzt. Sie haben der schändlichen Hetzpresse, die das Volk durch 51 Monate belogen und betrogen hat und eine ungeheuere Blutschuld an diesem Völkermord trägt, ihr Gift genommen. Die Übernahme der Zeitungen geschah in größter Ruhe und Ordnung, und sie erscheinen von nun ab unter unserer Leitung. [...] Es lebe die internationale sozialistische Weltrepublik! Die revolutionären Internationalisten Bayerns“.

9. Dezember 1918 – Ein Eid auf die Republik und die provisorische Regierung

Berlin * Bei Verhandlungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat wird ein Kompromiss gefunden, der den am nächsten Tag einziehenden Frontsoldaten erlaubt, Munition mitzuführen, aber keine Maschinengewehre, keine schweren Waffen und keine Panzerfahrzeuge. Die Truppen müssen sich verpflichten, „ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen“. Reichskanzler Ebert vereidigt einige dieser Einheiten - symbolisch für das gesamte Offizierskorps - auf die Republik und die provisorische Regierung.

13. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision ist zu Verhandlungen bereit

Berlin * Die Führung der Volksmarinedivision ist bereit, mit der Stadtkommandantur über die Reduzierung der Mannschaftsstärke auf 600 Matrosen und die Räumung des Stadtschlusses und des Marstall zu verhandeln. Die Vereinbarung wird zunächst nicht umgesetzt, weil die Matrosen die Zusage wollen, dass die Entlassenen in die Republikanische Schutztruppe übernommen werden.



20. Dezember 1918 – Ein tief enttäuschter Arbeiterrat Ernst Toller

Berlin - München * Ernst Toller hat für Südbayern als Delegierter am Berliner Reichsrätekongress teilgenommen. Tief enttäuscht fährt er nach München zurück: „Der deutsche Rätekongress verzichtet freiwillig auf die Macht, das unverhoffte Geschenk der Revolution, die Räte danken ab, sie überlassen das Schicksal der Republik dem Zufallsergebnis fragwürdiger Wahlen des unaufgeklärten Volks. [...] Die Republik hat sich selbst das Todesurteil gesprochen.“

23. Dezember 1918 – Helmut Schmidt wird in Hamburg geboren

Hamburg * Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird in Hamburg geboren.

23. Dezember 1918 – Die Matrosen wollen die Regierungsaufgaben erfüllen

Berlin * Eine Abordnung der Volksmarinedivision kommt zum Rat der Volksbeauftragten und beklagt die Vorenthaltung ihres Lohnes. Nach einer Diskussion verpflichten sich die Matrosen, die Aufgaben der Regierung umgehend zu erfüllen. Sie erhalten die Zusage, dass die zu kündigenden Matrosen möglichst in die Republikanische Schutztruppe eingegliedert werden sollen.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und



Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

24. Dezember 1918 – Ein gesichtswahrendes Verhandlungsergebnis

Berlin * Eine Besprechung wird in der Universität anberaumt, die die Bevollmächtigten der Regierung unter der Leitung des USPD-Vorsitzenden Georg Ledebour geführt wird. Es wird beschlossen: Die Truppen des Generalkommandos ziehen mit allen militärischen Ehren aus der Stadt. Die Matrosen bleiben bewaffnet. Die Volksmarinedivision räumt das Stadtschloss und den Marstall. Sie wird - wie bereits vorgesehen - von 1.500 auf 600 Mann reduziert. Die entlassenen Matrosen werden in die Republikanische Soldatenwehr integriert.

1. Januar 1919 – Schießerei im Katholischen Gesellenhaus

München-Hackenviertel * Im Katholischen Gesellenhaus in der Brunnstraße kommt es in den frühen Morgenstunden zu einer Auseinandersetzung zwischen der aus Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen bestehenden Tanzgesellschaft und dem Sicherheitsdienst. Im Verlauf fallen Schüsse, die die Militärpolizei und die Republikanische Schutztruppe mit Handgranaten beantworten. Zahlreiche Personen werden verletzt, davon sieben schwer.

1. Januar 1919 – Die Österreichische Gesandtschaft wird besetzt

München-Graggenau * Karl Mandel, der Vorsitzende des Bundes der Deutsch-Österreicher in München besetzt - unterstützt durch bayerische Polizei und Republikanische Schutztruppen - die Österreichische Gesandtschaft im Prinz-Carl-Palais und das Österreichische Generalkonsulat in der Schackstraße. Die Aktion des Redakteurs richtet sich gegen die angeblich „schlechte und säumige Behandlung österreichischer Staatsangehöriger“. Ministerpräsident Kurt Eisner lässt noch in der Nacht die besetzten Gebäude räumen.

4. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn wird abgesetzt

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD wird durch den Rat der Volksbeauftragten abgesetzt. Eichhorn verweigerte am 24. Dezember 1918 den Befehl des Reichskanzlers Friedrich Ebert und der zwei anderen MSPD-Volksbeauftragten, Philipp



Scheidemann und Otto Landsberg, die im Berliner Stadtschloss und im Marstall einquartierte Volksmarinedivision mit der ihm unterstellten Republikanischen Sicherheitswehr zu bekämpfen, um den als Geisel genommenen Stadtkommandanten Otto Wels [MSPD] zu befreien. Für Ebert gilt Emil Eichhorn deshalb als unzuverlässig.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

7. Januar 1919 – Die Republikanische Schutztruppe zerstreut die Demonstration

München * Am Abend kommt es in der Innenstadt immer wieder zu Menschenansammlungen. Um 22 Uhr will die Menge in die Residenz eindringen, wo sie Eisner versteckt glaubt. Doch der bayerische Ministerpräsident hält sich an diesem Tag in Weiden auf und bekommt die Vorgänge überhaupt nicht mit. Die Republikanische Schutztruppe kann die Demonstration zerstreuen. Gegen 23:30 Uhr verlangt eine rund 200 Mann starke Gruppe vor dem Polizeipräsidium die



Freilassung verhafteter Soldaten und Matrosen. Die Menschenansammlung kann zum Abzug bewegt werden.

7. Januar 1919 – 3 Tote und 8 Verletzte nach einer Arbeitslosen-Demonstration

München-Kreuzviertel * Gegen 15:30 Uhr bewegt sich der Demonstrationzug zum Ministerium für Soziale Fürsorge am Promenadeplatz, wo eine Delegation Minister Hans Unterleitner ihre Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorträgt. Als gegen 17 Uhr noch immer keine Zusagen vorliegen, überrennt die Menge die Wache und stürmt das Gebäude. Nun kann aber - trotz verschiedener Zusagen - die tobende Menge nicht mehr beruhigt werden. Um 18 Uhr rückt die Militärische Sicherheitswache und die Republikanische Schutztruppe mit scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Drei Tote und acht Schwerverletzte bleiben zurück.

10. Januar 1919 – Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird gegründet

Berlin * Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird in Berlin gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

10. Januar 1919 – Bremen wird Selbstständige Sozialistische Republik

Bremen * Die Hansestadt Bremen wird durch die Internationalen Kommunisten Deutschlands zur Selbstständigen Sozialistischen Republik, eine Räterepublik, erklärt. Die USPD ist zunächst bereit, gemeinsam mit den Kommunisten - unter Ausschluss der anderen politischen Kräfte - die Regierung zu übernehmen.

13. Januar 1919 – Dank an die braven Truppen der Republik

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] dankt „den braven Truppen der Republik“, denen es gelungen ist, „aus eigener Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte“. Der Januaraufstand, der als Spartakusaufstand in die Geschichte einging, ist niedergeschlagen.



17. Januar 1919 – Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet

Berlin * Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet. Die Finanzierung der Freikorps findet aus den Mitteln des Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft statt, der am 10. Januar 1919 in Berlin mit 500 Millionen Reichsmark gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet wurde. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

4. Februar 1919 – Regierungstruppen befreien die Hansestadt Bremen

Bremen * In Bremen, das sich am 10. Januar 1919 zur Selbstständigen Sozialistischen Republik erklärt hat, rücken Freikorps ein. Damit beginnt der Einsatz der meist aus rechtsextremen Offizieren und Mannschaften bestehenden Freikorps zur Niederschlagung von Unruhen und Streiks.

21. Februar 1919 – Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt die vollziehende Gewalt

München-Kreuzviertel * Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt als Zentralrat der Bayerischen Republik an Stelle des Kabinetts Eisner die vollziehende Gewalt, ruft einen dreitägigen Generalstreik aus, verhängt den Belagerungszustand über München, besetzt die Zeitungsredaktionen und verfügt eine drei Wochen dauernde Zensur der bürgerlichen Presse.

21. Februar 1919 – Die Kommunisten verlangen die sofortige Ausrufung der Räterepublik

München * Es ist ein ähnliches Machtvakuum entstanden wie am 7. November 1918. Alleine die Räte verfügen noch über ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit. Niemand ist mehr an der Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten interessiert. Die Kommunisten um Max Levien verlangen die sofortige Ausrufung der Räterepublik. Verhandlungen mit den Mehrheitssozialisten lehnen sie als Verrat ab. Die Kommunisten sind aber prinzipiell zur Zusammenarbeit mit der USPD bereit. Auch gegen Kurt Eisner haben sie plötzlich nichts mehr einzuwenden und loben - jetzt, wo es freilich zu spät ist - in einem Aufruf an das bayerische Proletariat sein ehrliches und edles Streben, das „Ideal des Sozialismus“ zu verwirklichen. Ausgerechnet die radikale Linke, die zu seinen Lebzeiten scharf gegen Eisner Stimmung gemacht hat, nimmt jetzt für sich in Anspruch, sein Vermächtnis verwirklichen zu wollen.



21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken

München * Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien“. Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird“, und ein Programm sozialistischer Einheit aufgestellt, das die Sicherung der Erfolge der Revolution gewährleisten und einen Bruder- und Bürgerkrieg vermeiden soll. Artikel 1 sieht vor, dass die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in der Bayerischen Verfassung anerkannt und verankert werden. Rätemitglieder sollen in Ausübung ihres Amtes Immunität genießen. Außerdem sollen sie den Ministerien



beratend zur Seite stehen. Nach Artikel 2 sollen die im Amt verbliebenen Minister ihre Stellung behalten und mit anderen Parteigenossen ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Mitglied des Bayerischen Bauernbundes als Landwirtschaftsminister beitreten soll. Artikel 3 lautet: „Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.“ Gemäß Artikel 4 soll das stehende Heer sofort aufgelöst und durch eine republikanische Schutzwehr, die aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der organisierten Landarbeiterschaft besteht, ersetzt werden. Nach Artikel 5 wird die Freiheit der Presse grundsätzlich wiederhergestellt, doch werden gleichzeitig - „bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse“ - erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit gefordert. Wie vorauszusehen war, geben die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften der Vereinbarung unverzüglich ihre Zustimmung. Anders die Münchner Räte. Sie zeigten sich über die hinter ihrem Rücken stattfindenden Gespräche empört. Eine zur Beratung des Programms einberufene Versammlung löste sich wegen des dritten Artikels in einem Tumult auf. Die Münchner Räte drohen unverhohlen, dass sie einem Zentralrat, der bereit ist, den Landtag anzuerkennen, die Bestätigung verweigern will. Damit besteht die geforderte und so hoch gelobte Einheitsfront nur noch auf dem Papier. Ernst Niekisch ist jetzt zwar quasi Regierungschef in Bayern. Doch den im Umbruch befindlichen Staat zu lenken, ist alles andere als einfach. Als zentrale Frage bleibt: Welches Regierungssystem - Parlamentarismus oder Räterepublik - soll künftig in Bayern herrschen?

22. Februar 1919 – Sofortige Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik beschlossen

München * Arnold Wadler bringt im Namen des Revolutionären Arbeiterrats auf einer Versammlung von Münchner Räten, den Antrag zur „sofortigen Ausrufung der sozialistischen Räterepublik“. Der Antrag wird - nach einer kontroversen Debatte - einstimmig angenommen.

25. Februar 1919 – Die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien

München * Bereits am ersten Tag fordert Max Levien als Delegierter des Revolutionären Arbeiterrats die sofortige Ausrufung der Räterepublik, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, die Versendung wahrheitsgetreuer Flugblätter in fremden Sprachen, die Entfernung der Republikanischen Schutztruppe, die Bildung einer Roten Armee sowie die Annullierung der Staatsschulden und Kriegsanleihen. Unterstützt wird Levien von dem Matrosen Rudolf Egelhofer, der von der „permanenten Proletarierversammlung“ im Wagnersaal abgesandt wurde, an der mehr als 5.000 Menschen teilnehmen. Auch der Anarchist Erich Mühsam schließt sich dieser Forderung an. Er ist der Überzeugung, dass der



Ausgang des Kongresses der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von entscheidender Bedeutung für den künftigen Verlauf der Weltrevolution ist. In den weiteren Beratungen kristallisieren sich die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien heraus. Die SPD-Delegierten sprechen sich gegen eine Räterepublik aus, setzen sich aber - anders als die Genossen um Erhard Auer - für die Verankerung der Räte in der Verfassung ein. Die KPD fordert dagegen die Regierung der Volksbeauftragten und eine Räterepublik.

27. Februar 1919 – Versammlungen und Ansammlungen jeder Art verboten

München * Zum Schutze der Räterepublik wird verfügt, dass Versammlungen und Ansammlungen jeder Art verboten sind. Ab 19 Uhr müssen alle Nichtdiensttuenden und Zivilisten die Straßen verlassen haben. Die vom Stadtkommandanten Oskar Dürr und vom Polizeipräsidenten Josef Staimer unterzeichnete Anordnung wird in der Bayerischen Staatszeitung veröffentlicht.

28. Februar 1919 – Verhaftungen aus dem Sitzungssaal heraus

München-Kreuzviertel * Noch vor der Abstimmung werden die Delegierten Max Levien, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Franz Michael Cronauer und Wilhelm Reichart von der SPD-nahen und von Innenminister Erhard Auer errichteten Republikanischen Schutztruppe aus dem Sitzungssaal heraus verhaftet. Ernst Niekisch versucht verzweifelt Herr der Lage zu bleiben und erreicht, dass die Verhafteten wenige Minuten später wieder freigelassen werden. Die Verantwortung für die unübersichtliche Situation übernimmt schließlich der Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer.

28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die



Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

28. Februar 1919 – Der Antrag auf Ausrufung einer Räterepublik wird abgelehnt

München * Nun kann abgestimmt werden. Erich Mühsams Antrag auf Ausrufung einer Räterepublik wird mit 234 zu 70 Stimmen abgelehnt. Dafür einigen sich die Rätevertreter auf den vorgelegten Kompromissantrag.

1. März 1919 – Der Rätekongress wählt einen Aktionsausschuss

München-Kreuzviertel - München-Theresienwiese * Der Rätekongress wählt einen Aktionsausschuss. Noch während der Sitzung kommt es auf der Theresienwiese zu einer Demonstration gegen die Verhaftungen vom Vortag und für die Proklamation der Räterepublik. Die daraufhin aufmarschierende Republikanische Schutztruppe schießt wahllos in die Menge, tötet drei Menschen und verletzt neun schwer. Die Nachricht wird im Rätekongress mit einer Mischung aus Erleichterung und Abscheu aufgenommen. Die Radikalen sehen darin den völligen „Bankrott der Sozialdemokratie“. Für sie erklärte der Anarchist Gustav Landauer: „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die Sozialdemokratische Partei.“

1. März 1919 – Die Münchner Garnison stellte sich hinter den Stadtkommandanten Dürr



München * Sämtliche Münchner Truppenteile sprechen in einer Entschliebung dem Stadtkommandanten Oskar Dürr, dem die Abteilung der Republikanischen Schutztruppe untersteht, die auf der Theresienwiese das Blutbad mit drei Toten hinterlassen hat, das Vertrauen aus. Sie fordern die sofortige Einsetzung eines rein sozialistischen Ministeriums unter Ausschaltung der Kommunisten und Spartakisten, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und eine Vernünftige Pressezensur, die jede Partei zu Wort kommen lässt.

1. März 1919 – Thomas Mann notiert über die Räterepublik

München * Thomas Mann notiert in sein Tagebuch: „Die politische Lage scheint einigermaßen entspannt. Ein Kompromiss, gegen das Geschrei der Kommunisten, ist geschlossen, die Räte-Republik abgelehnt.“

3. März 1919 – Den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet

Berlin * Enttäuscht über die politische Entwicklung der Revolution von 1918/19, weiten Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD einen Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand aus. Ihre Ziele sind dieselben wie beim Spartakusaufstand im Januar 1919: Sturz der Reichsregierung, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und Errichtung einer Räterepublik nach sowjetrussischem Vorbild. Zentrum der bürgerkriegsartigen Kämpfe ist die Innenstadt mit dem Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie Lichtenberg.

3. März 1919 – Thomas Manns Sympathie für die Räterepublik

München * Die Tagebuchnotiz von Thomas Mann lautet für den heutigen Tag: „Für die ‚Räte‘, sofern sie sich die Mühsam vom Leibe halten, bin ich im Grunde auch. Den bloßen Parlamentarismus kann ich nicht wollen. Es kommt ja gerade darauf an, ‚etwas Neues in politics zu erfinden‘ und zwar etwas Deutsches.“

5. März 1919 – Der erste politische Aschermittwoch

Vilshofen * Der Bayerische Bauernbund - BBB lädt Mittags zu einer Volksversammlung, dem ersten Politischen Aschermittwoch, ein, nachdem am Vormittag eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten worden war. Der Bayerische Bauernbund ist im



Bayerischen Landtag mit Abgeordneten vertreten. In der anstehenden Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und dem Zentralrat der Republik Bayern hat sich der BBB für die Verwirklichung eines Rätesystems ausgesprochen. Als Redner treten auf: Der Landtagsabgeordnete Joseph Klarhauser und der Delegierte des Arbeiter- und Bauernrats Leitner.

5. März 1919 – Die Schlacht am Alexanderplatz beginnt

Berlin * Am Nachmittag beginnt die Schlacht am Alexanderplatz. Sie dauert bis zum 6. März. Es geht bei diesem Feuergefecht um das Polizeipräsidium. Über die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung gibt es verschiedene, vollkommen unterschiedliche Aussagen. Tatsache ist, dass drei bewaffnete Truppen in der Nähe des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz aufeinander treffen: die Regierungstruppen unter General Walther von Lüttwitz, die Republikanische Sicherheitswehr und die übrig gebliebenen Reste der Volksmarinedivision. Die Schuld für den Ausbruch der Kämpfe wird in den Zeitungen - je nach politischer Couleur - der jeweils anderen Seite zugewiesen. Die Schlacht endet, nachdem die regierungsnahen Truppen die Kontrolle über das Polizeipräsidium und dessen Umgebung übernehmen können. Dennoch müssen ein Toter und fünf Schwerverwundete hingenommen werden.

6. März 1919 – Die Bayerischen Volkspartei bekennt sich zur republikanischen Staatsform

München * Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei - BVP bekennt sich zur republikanischen Staatsform.

8. März 1919 – Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags

München * SPD, USPD und der Bauernbund legen dem Rätekongress einen gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags vor. Der Rätekongress nimmt den Antrag gegen die Stimmen der extremen Linken an. Dem Antrag voraus geht die Ablehnung, Bayern zur sozialistischen Räterepublik auszurufen. Aus Protest gegen diese Beschlüsse erklären die zwei Vertreter des Revolutionären Arbeiterrats, Max Levien und August Hagemeister, sowie Fritz Sauber vom Soldatenrat, ihren sofortigen Austritt aus dem Zentralrat.



18. März 1919 – Niekisch: Die demokratisch-parlamentarische Republik ist hergestellt

München * Durch die Regierungsbildung ist - nach einer späteren Aussage des Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch - seine „Mission als Träger der obersten Gewalt zu Ende“. Mit der Verabschiedung des vorläufigen Staatsgrundgesetzes ist „formal die demokratisch-parlamentarische Republik verfassungsmäßig hergestellt“.

21. März 1919 – Ungarn wird eine sozialistische Räterepublik

Budapest * In Ungarn wird durch den Revolutionären Regierungsrat eine sozialistische Räterepublik unter dem Vorsitz des Kommunisten Bela Kun ausgerufen. Sie bestärkt die Münchner Räteanhänger in ihren Forderungen. Man hofft auf eine Verbindung von Bayern mit Österreich, Ungarn und Russland. Der in Bayern schon lange gepflegte Preußenhass verbindet sich mit der Räte-Idee.

23. März 1919 – Einführung der Betriebsräte auf SPD-Konferenz beschlossen

Weimar * Die SPD-Parteikonferenz beschließt die Einführung der Betriebsräte: „Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlass wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.“

24. März 1919 – Thomas Mann: Hoch der Kommunismus!

München * In dem Tagebuch von Thomas Mann findet sich die Mitteilung: „Die Nachrichten aus der Welt erschüttern mich sehr. Rücktritt des Grafen Karolyi und Ausrufung der Sowjet-Republik in Ungarn. Verständigung mit Moskau und Anmarsch russischer Truppen. In Wien



kommunistische Demonstration. In Italien Übergang des gesamten Sozialismus zum Kommunismus. Alles gegen den Entente-Imperialismus gerichtet [...]. Ich wünsche es fast nicht mehr, daß das ‚Siegerpack‘ sich durch die Wirkungen seiner Niedertracht in Ungarn witzigen lässt. Ablehnung des Friedens durch Deutschland! Aufstand gegen den Rhetor-Bourgeois! Nationale Erhebung, nachdem man sich von den Schwindel-Phrasen dieses Gelichters das Mark hat zermürben lassen, in Form des Kommunismus denn meinetwegen, ein neuer 1. August 1914!

Ich bin imstande, auf die Straße zu laufen und zu schreien ‚Nieder mit der westlichen Lügendemokratie! Hoch Deutschland und Russland! Hoch der Kommunismus!‘“

25. März 1919 – Die Idee der Sozialistischen Räterepublik wieder populär

München * Unter der großstädtischen Arbeiterschaft wird die Idee der Sozialistischen Räterepublik wieder enorm populär. Man sieht in ihr das Allheilmittel gegen die unerträglich scheinenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten.

3. April 1919 – Die Forderungen nach einem Räteresystem werden wieder lauter

Augsburg * Seit Ende März werden die Forderungen nach einem Räteresystem wieder lauter. Das tritt deutlich hervor, als der Vorsitzende des Zentralrats, Ernst Niekisch, auf der großen Räteversammlung in Augsburg eine Rede zum Thema „Die zweite Revolution“ hält. Niekisch spricht sich zwar für ein Räteresystem aus, hält aber den Zeitpunkt für seine Einführung für noch nicht gekommen. Letztlich verteidigt er die Bildung der parlamentarischen Regierung. In der sich dem Referat anschließenden lebhaften Diskussion wird hauptsächlich von Vertretern der USPD die Ausrufung einer Räterepublik gefordert. Ein entsprechender Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Zudem wird ein Bündnis mit den Sowjetrepubliken Ungarns und Russlands gefordert. Um einen Ausweg aus der Bedrängnis zu finden, schlägt Niekisch die Bildung einer Kommission vor, die ihn nach München begleiten und die Forderungen im Ministerrat vortragen soll.

4. April 1919 – Die Kommunisten lehnen die Räterepublik ab

München * In einer Vertreterversammlung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Ausschüsse fordert Gustav Klingelhöfer die Proklamation der Räterepublik.

Eugen Leviné und Max Levien sprechen sich als Führer der kommunistischen Partei gegen die Räterepublik aus, obwohl sie diese bisher lautstark propagiert haben.



4. April 1919 – Dr. Arnold Wadler: Der Landtag wird am 8. April nicht zusammentreten

München-Maxvorstadt * Auf einer vom Zentralrat einberufenen und gut besuchten Veranstaltung im Löwenbräukeller teilt Dr. Arnold Wadler mit, dass der Landtag am 8. April nicht zusammentreten wird. Wadler fordert dagegen: die Schließung des Landtags, die Ausrufung eines Generalstreiks, die Proklamierung der Räterepublik und die Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Der Zentralrat beschließt nach einer lebhaften Diskussion, die für Dienstag [= 8. April] anberaumte Wiedereröffnung des Parlaments abzusagen.

4. April 1919 – Beratungen zur Ausrufung einer Räterepublik

München-Kreuzviertel * Im Außenministerium im Palais Montgelas treffen sich etwa dreißig Personen, darunter Minister der Regierung Hoffmann, Stadtkommandant Oskar Dürr und Polizeipräsident Joseph Staimer, Gewerkschafter, Vertreter des Zentralrats und weitere. Es geht um die Frage der Ausrufung einer Räterepublik. Doch die Versammlung unter der Leitung von Ernst Niekisch trennte sich ohne gefasste Beschlüsse.

4. April 1919 – Eine weitere geheime Beratung zur Räterepublik

München-Maxvorstadt * Um 22 Uhr findet eine erneute Besprechung im Militärministerium in der Ludwigstraße statt. Diesmal ist der Personenkreis auf 100 bis 150 angewachsen. Der Bauernführer Karl Gandorfer erklärt unter welchen Bedingungen die Bauern der Einführung eine Räterepublik zustimmen können. Die verspätet eintreffende Delegation der KPD will diese Form der Räterepublik nicht anerkennen, da die Massen selbst über die Räterepublik entscheiden müssten. Die Haltung der Kommunisten ruft Erstaunen hervor, weil sie bislang die Räterepublik am lautesten forderten. Auch jetzt werden noch keine Beschlüsse gefasst. Die geheime Zusammenkunft wird durch den Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch geleitet. Er befindet sich in einem Dilemma, denn einerseits befürwortet er den Rätegedanken, andererseits will er im Interesse von Ruhe und Ordnung die Räterepublik verhindern. Zur Überraschung aller erklärt ausgerechnet Johannes Hoffmanns Stellvertreter Ernst Schnepfenhorst, dass er eine Räterepublik zum jetzigen Zeitpunkt für die beste aller Lösungen hält. Der bayerische Militärminister will zwei Tage Bedenkzeit, um die Frage der Räterepublik mit der SPD-Parteibasis zu besprechen. Welche Motivation liegt hinter Schnepfenhorsts Vorschlag? Sein Hauptziel ist die Machterhaltung der SPD. Zudem will er die Kommunisten unter seine Kontrolle bringen. Er möchte den Räten ihre eigene



Regierungsunfähigkeit vor Augen führen, um sie dann, mit einem Militärputsch der Münchner Garnison, die er wenigstens teilweise in der Hand hat, schnell und möglichst schmerzlos zu beseitigen. Er und die Regierung Hoffmann wollen die Räte nicht nur schnell, sondern vor allem in eigener Regie, ohne die von Noske und Epp angebotenen außerbayerischen Freikorps und Regierungstruppen, loswerden.

4. April 1919 – Thomas Mann und die Proletariatskultur

München * Der Schriftsteller Thomas Mann schreibt in sein Tagebuch: „In Augsburg Generalstreik und Forderung der Räterepublik sowie des Anschlusses an Russland und Ungarn. Hätte außenpolitisch gewiß nichts dagegen. Aber die Proletariatskultur!“

4. April 1919 – Generalstreik in Augsburg ausgerufen

Augsburg - München * In Augsburg rufen Arbeiterräte einen Generalstreik aus. Eine Delegation der Augsburger Räte erscheint am Abend im Ministerrat und trägt ihre Forderung nach Ausrufung einer Räterepublik vor. Die SPD-Minister lehnen eine Räterepublik nicht kategorisch ab, wollen aber in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann keine Entscheidung treffen.

5. April 1919 – Kommunistische Massenversammlungen lehnen die geplante Räterepublik ab

München * In Massenversammlungen im Hofbräuhaus, im Löwenbräukeller, im Münchner-Kindl-Keller und im Wagner-Saal wird die vom Zentralrat geplante Räterepublik ebenfalls abgelehnt. Die Versammlungen fordern dagegen die Ausrufung einer „Räterepublik auf kommunistischer Grundlage nach russischem Vorbild“.

5. April 1919 – Weitreichende Forderungen der Soldaten

München-Maxvorstadt * Die Soldaten des 1. Infanterie-Regiments beschließen die Umbenennung der Marsfeld-Kaserne in Kurt-Eisner-Kaserne. Sie fordern vom Zentralrat die sofortige Proklamierung der Räterepublik, wollen als erstes Regiment der zu bildenden Roten Armee geführt werden, fordern die Aufhebung der Offiziersvorrechte,



die sofortige Einstellung der Gehaltszahlungen an Offiziere, eine Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Gleichstellung mit den Offizieren und keine Entlassung der Soldaten, bevor nicht ausreichend Arbeitsstellen geschaffen sind. Das 2. Infanterie-Regiment benennt seine Kaserne an der Lothstraße in Karl-Liebknecht-Kaserne um.

5. April 1919 – Gegen die vom Zentralrat geplante Ausrufung einer Räterepublik

München * Die Kommunistische Partei spricht sich gegen die vom Zentralrat geplante Ausrufung einer Räterepublik aus. Denn, so seine Begründung:

Die Proklamation ist entweder eine bewusste Provokation, um die Idee der Räterepublik zu diskreditieren, oder der Versuch bankrotter SPD-Führer, den Anschluss an die Massen zu gewinnen; die Massen sind nicht aufgeklärt, es gibt keinen eigenständigen bayerischen Weg der Revolution und die Kommunisten beanspruchen die Führung. Es wäre nur eine Diktatur des Zentralrates und eben nicht die von den Kommunisten angestrebte Diktatur des Proletariats.

5. April 1919 – Errungenschaften der Revolution auf Dauer erhalten

München * Am 5. und 6. April findet der Gautag der Sozialdemokraten Südbayerns statt. Die Versammelten erklären sich mit der Errichtung einer Räterepublik einverstanden, wenn sich die drei sozialistischen Parteien [SPD, USPD und Kommunisten] an der Durchführung beteiligen. Es geht ihnen um den Erhalt der „Errungenschaften der Revolution gegen alle Anschläge der Reaktion“.

5. April 1919 – Für die Räterepublik

München * Auf einer Reihe von Massenversammlungen am 5. und 6. April wird für eine Räterepublik geworben. Die Redner treffen dort überall auf begeisterte Zustimmung.

5. April 1919 – Ministerpräsident Johannes Hoffmann verweigert sich einer Räterepublik

München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann wird in der Sitzung des Ministerrats mit den Forderungen nach einer Räterepublik konfrontiert. Er verweigert sich dem Ansinnen



entschieden. Am Abend reist Hoffmann zur Landeskonzferenz der SPD nach Nürnberg.

6. April 1919 – Der Zentralrat informiert alle Behörden über die Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Bereits vor der Ausrufung der Räterepublik Bayern informiert der Zentralrat alle bayerischen Behörden über die bevorstehenden Maßnahmen telegraphisch und fordert die Beamten zur Mitarbeit auf.

6. April 1919 – Der Zentralrat entscheidet für die Ausrufung der Räterepublik Bayern

München-Maxvorstadt * In der Nacht vom 6. zum 7. April sprechen sich im ehemaligen Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais neben der SPD auch die USPD, die Mitglieder des Zentralrats und der Revolutionäre Arbeiterrat für eine Räterepublik Bayern aus, obwohl die KPD dieses Vorhaben ablehnt. Man glaubt dennoch, dass die Bevölkerung und die Armee geschlossen hinter diesem Systemwechsel steht. Ernst Niekisch führt den Vorsitz der Zusammenkunft. Er geht irrtümlich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt keine rechtmäßige bayerische Regierung mehr existiert, da ihm mit Ausnahme von Hoffmann und Endres die Rücktrittserklärungen sämtlicher Minister vorliegen. Die Angaben über die Zahl der Anwesenden schwankt zwischen 70 und 150. Gustav Landauer stellt den Antrag, dass die Tagung zur konstituierenden Versammlung erklärt wird. Er hat einen Aufruf „An das Volk in Bayern“ vorbereitet, der die Gründung der Räterepublik ankündigt. Der Entwurf wird nach kurzer Beratung von den Anwesenden akzeptiert. Damit kann er am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheinen.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Bayerns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten



sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

6. April 1919 – Die Eisenbahn verspätet sich

München * Ernst Schnepfenhorst, der Minister für Militärangelegenheiten, soll den Zentralrat über die strikte Ablehnung einer Räterepublik informieren. Doch Schnepfenhorsts Zug verspätet sich - und bis er in München eintrifft ist Bayern bereits eine Räterepublik.

6. April 1919 – Die SPD Oberbayern ist für die Räterepublik

München * Auf einem außerordentlichen Gau-tag der SPD Oberbayern in München sprechen sich



die Delegierten mit 240 gegen 13 Stimmen für die Räterepublik aus. Andererseits haben sie sich zuvor mit 223 zu 30 Stimmen gegen eine bedingungslose Anerkennung der Räterepublik ausgesprochen.

6. April 1919 – Der Nürnberger SPD-Parteitag spricht sich gegen die Räterepublik aus

Nürnberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann ist zum Landesparteitag der SPD nach Nürnberg gereist, um dort die Genossen gegen die Räterepublik zu mobilisieren. Die Reichs-SPD hat Otto Wels geschickt, um die bayerischen Genossen auf Kurs zu halten. Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zählt die Gründe auf, die aus seiner Sicht unumgänglich für die Einführung der Räterepublik sind. Ministerpräsident Hoffmann verurteilt die Räterepublik aufs schärfste und sagt den Kommunisten und den Anarchisten den Kampf an. Durch seine Rücktrittsdrohung bringt er eine klare Mehrheit von 47 gegen 3 Stimmen - „aus politischen und wirtschaftlichen Gründen“ - gegen eine bayerische Räterepublik aus.

6. April 1919 – Die Fürther wollen eine Räteregierung und eine Rote Armee

Fürth * In Fürth erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat und in der Nacht zum 7. April, dass er „sowie die gesamte Garnison [...] auf dem Boden der Räteregierung“ steht. Die Fürther fordern: „Die Bildung einer roten Armee solle aus revolutionär sozialistischen Arbeitern sofort vorgenommen werden“.

7. April 1919 – Die Räterepublik Bayern wird es lediglich ganze sechs Tage geben

München - Freistaat Bayern * Die Räterepublik Bayern wird es lediglich ganze sechs Tage - bis zum 13. April - geben. Der Schwerpunkt der Rätebewegung findet sich in den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben. Auch in den größeren niederbayerischen Städten und in der Oberpfalz folgen zahlreiche Städte dem Beispiel Münchens: in Amberg, Burglengenfeld, Landshut, Passau, Regensburg und Straubing, werden Räteregierungen gegründet. Auch in den nordbayerischen Städten Ansbach, Aschaffenburg, Fürth, Hof, Kulmbach, Marktredwitz und Würzburg. Lediglich Bamberg, Erlangen und Nürnberg bildeten in ihrem Stadtgebiet keine Räterepublik. Doch nur an wenigen Orten bestehen die Räterepubliken über den 10. April hinaus.



7. April 1919 – Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert reibungslos

München - Freistaat Bayern * Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert in den Behörden reibungslos; die Besetzung und Übernahme der Zeitungsverlage geht überwiegend friedlich und widerstandslos vonstatten; Polizei und Militär verhalten sich ruhig und bekennen sich zur Räterepublik; KPD und SPD bleiben bei ihrer abwartenden Haltung und stellen sich den Ereignissen nicht entgegen;

7. April 1919 – Die Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss

München * Die KPD-Zeitung Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss. Unter dem Titel „Arbeiter! Folgt nur den Parolen der kommunistischen Partei!“ protestiert die Zeitung, dass „durch die Proklamierung einer Scheinräterepublik der Gedanke des Rätesystems verwässert oder erwürgt wird“. Die „Abhängigen“ und die „Unabhängigen“, SPD und USPD, sind nicht befugt und geeignet, „an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden“. Sie fordert dagegen die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik, da nur sie „die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien kann“.

7. April 1919 – Minister Josef Simon von der USPD tritt zurück

München - Nürnberg * Der im 1. Kabinett Hoffmann für Handel und Gewerbe zuständige Minister Josef Simon von der USPD tritt von dieser Funktion zurück. Begründung: „Nachdem in München die Räterepublik ausgerufen ist, das Ministerium Hoffmann den Kampf gegen das Rätesystem proklamierte, ist mein Verbleiben in diesem Ministerium unmöglich.“

7. April 1919 – Der 7. April wird zum Nationalfeiertag erklärt

München - Freistaat Bayern * Der 7. April wird von den Volksbeauftragten zum Nationalfeiertag erklärt.

7. April 1919 – Die Räterepublik lehnt Zusammenarbeit mit Reichsregierung ab

München * Die Bayerische Räterepublik lehnt die Zusammenarbeit mit



der Reichsregierung ab und bezeichnet diese als „verächtliche Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Schwachheit zusammengebrochenen deutschen Kaisertums unterstützt“.

7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten übergeordnet. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Bayerischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeyer [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird. Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.



7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Bayern aus

München * In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais - mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates - die Proklamation der Bayerischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3. Revolution, als Räterepublik des Zentralrats - oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik bezeichnet. Die Regierung Hoffmann hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrates und der USPD eine Schlüsselrolle zu.

7. April 1919 – In Bad Aibling wird die Räterepublik ausgerufen

Bad Aibling * In Bad Aibling wird die Räterepublik ausgerufen.

7. April 1919 – Der Revolutionäre Zentralrat proklamiert die Räterepublik

München * In Zeitungen und auf Flugblättern proklamiert der Revolutionäre Zentralrat die Räterepublik. Der Landtag wird als „aufgelöst“ erklärt. Das von ihm eingesetzte Ministerium sei zurückgetreten. (Was nicht stimmt.) Außerdem wird erklärt, dass die gesamte öffentliche Gewalt und die Kontrolle der Verwaltungen durch die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte übernommen wird.

7. April 1919 – Die Schreibweise

München * Die Räterepublik Bayern wird nun mit „i“ statt mit „y“ geschrieben. Die neuen Machthaber wollen damit verhindern, dass auch in der äußeren Form des Freistaats nichts mehr an die wittelsbachische Monarchie erinnert. Die Schreibweise „Bayern“ ist durch König Ludwig I. am 20. Oktober 1825, nur zwei Tage nach seinem Regierungsantritt, in einer Rechtschreibreform eingeführt worden. Mit dem griechischen „y“ im Landesnamen wollte er seine Verehrung für den griechischen Befreiungskampf ausdrücken. Das USPD-Organ Neue Zeitung hält allerdings an der unveränderten Namensgebung des Landes fest.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung



München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Die befürchtete Koalition Bayern-Österreich-Ungarn

Berlin * Die zweimal täglich erscheinende Deutsche Tageszeitung schreibt in ihrer Ausgabe: „Man erwartet, dass die Ausrufung des zwischen Ungarn und Bayern eingekleiteten Deutschösterreichs zur Räterepublik nur eine Frage von Tagen sein kann und dass dann durch eine Koalition Bayern-Österreich-Ungarn ein solcher Druck erfolgen werde, dass an die Stelle der Regierung Ebert-Scheidemann eine Räterepublik trete.“ Eine interessante Konstellation, die natürlich eine Signalwirkung für das Deutsche Reich hat.

7. April 1919 – Sozialminister Hans Unterleitner tritt zurück

München * Der USPD-Minister für Soziales, Hans Unterleitner, tritt von seinem Amt zurück. In einem persönlich gehaltenen Brief schreibt er an Ministerpräsident Johannes Hoffmann: „Hochgeschätzter Herr Kollege Hoffmann! Infolge der Haltung meiner Partei ist es mir nicht möglich, weiter in der Regierung zu verbleiben. Ich bedauere aufs tiefste, dass eine so außerordentlich tüchtige Kraft wie Sie nicht für die Räte arbeitet. Manches, was jetzt in München geschieht und was einen mit Abscheu erfüllt, hätte vermieden werden können, wenn Sie sich mit der selben Energie wie für den Landtag für die Räte einsetzen würden.“

7. April 1919 – Teile des Bürgertums sind für eine Räterepublik

München * Ein Teil des Bürgertums ist über die Friedensbedingungen der Alliierten so enttäuscht, dass sie nichts gegen die Installierung einer Räterepublik einzuwenden haben. Sie glauben, dass die sozialistischen Politiker das Land so schnell in den Ruin treiben würden, dass die Siegermächte keine Reparationsleistungen mehr aus Deutschland herausholen könnten.



7. April 1919 – Hoffnung auf eine Räterepublik

München-Bogenhausen * Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch folgendes an: „Die erste Seite der Nachrichten mit der Proklamation der Räte-Republik bedeckt. Heute Generalstreik und ‚Nationalfeiertag‘. Anschluss an Ungarn und Russland, Bruch mit Berlin. Rote Garde. Sozialisierung der Presse. Expropriierungspläne [= Sozialisierungspläne]. Der Ton ist scharf, und doch ist klar, dass es sich um ein vorbeugendes Werk der Mehrheitssozialisten handelt, wie schon bei der ersten Revolution, allerdings so weit gehend, dass die Kommunisten mittun können. Doch rechne ich mit einer vierten, ganz radikalen Umwälzung, bevor der Rückschlag kommt. Es ist anzunehmen, dass das Reich folgen wird, und wenn der radikale Sozialismus in Deutschland haltbare Formen annimmt, wird auch den Proletariern der Entente-Länder, die dann von kapitalistischer Ausbeutung Deutschlands nichts mehr zu hoffen haben, nichts anderes mehr übrig bleiben. Man muss anerkennen, dass der Kapitalismus gerichtet ist.“

7. April 1919 – Brüderliche Grüße nach Moskau

München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, ein Stuttgarter Schriftsteller und Journalist, informiert die Regierungen von der Gründung der Räterepublik Baiern und übermittelt „brüderliche Grüße“ nach Moskau. Die lesenswerte Depesche lautet: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammen geschlossen, mit Bauernbund einig. Klerikal uns wohlgesinnt. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaflnet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, der aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns von Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen, dabei triefen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut. Wir erhalten Kohle und wir erhalten Lebensmittel in reichlichen Mengen aus der Schweiz und aus Italien. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant: Ewigen Frieden 1795 Thesen 2 bis 5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges.“

7. April 1919 – In Rosenheim wird eine Räterepublik ausgerufen

Rosenheim * In Rosenheim wird eine Räterepublik ausgerufen und der Belagerungszustand erklärt.



7. April 1919 – Regensburg schließt sich der Münchner Räteregierung an

Regensburg * In Regensburg schließen sich SPD und USPD gemeinsam der Münchner Räteregierung an.

7. April 1919 – Auf dem Fürther Rathausturm weht die rote Fahne

Fürth - Nürnberg * Auf dem Fürther Rathausturm weht die rote Fahne. Doch das Experiment wird scheitern, da weder die Nachbarstadt Nürnberg noch die Mehrheitssozialisten mitmachen.

7. April 1919 – In Würzburg wird die Räte Herrschaft sofort bekämpft

Würzburg * In Würzburg beginnt der Versuch der Räte Herrschaft mit Belagerungszustand, Pressezensur und Generalstreik, die ein Abgesandter aus München am Nachmittag offiziell ausruft. Die SPD reagiert sofort: Sie wendet sich dagegen und fordert ihre Mitglieder auf, „die volle Verantwortung denen [zu] überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machten“. Die Revolutionäre nehmen daraufhin Geiseln, eine rätefeindliche Einheitsfront, der auch die SPD angehört, ruft zum Bürgerstreik auf. Es kommt zu Kämpfen um Residenz und Hauptbahnhof mit mehr als 20 Toten.

8. April 1919 – Ein reines Rätesystem wird vom Reichsrätekongress abgelehnt

Berlin * Robert Leinert (SPD), der Vorsitzende des Zentralrats der Deutschen sozialistischen Republik, eröffnet in Berlin den Zweiten Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands. Der Kongress dauert bis zum 14. April. Der Kongress lehnt die Einführung eines reinen Rätesystems als Alternative zur parlamentarischen Demokratie mit großer Mehrheit ab. Ein Antrag, der eine gleichberechtigte Kammer der Arbeit neben den Reichstag stellen möchte, wird dagegen angenommen. Vom Grundgedanken einer Demokratisierung der Betriebs- und Wirtschaftsverfassung werden nur die Personal- und Betriebsräte übrig bleiben.

8. April 1919 – Propagandaflugblätter der Regierung Hoffmann über München

Bamberg - München * Flugzeuge werfen über München Propagandaflugblätter der nach Bamberg



geflohenen Regierung Hoffmann ab. Auf ihnen ist zu lesen: „Werktätiges Volk Münchens! Willst Du Dich noch länger von verkommenen Literaten und Revolutionsbummlern terrorisieren lassen!“.

8. April 1919 – Russland und Ungarn gratulieren zur Errichtung der Räterepublik

Moskau - Belgrad - München * Die Räterepubliken in Russland und Ungarn begrüßen in Telegrammen die Errichtung der Baierischen Räterepublik.

8. April 1919 – Bayerische Großstädte schließen sich der Räterepublik an

Freistaat Bayern * Mit Ausnahme von Nürnberg haben sich alle großen bayerischen Städte der Räterepublik angeschlossen.

8. April 1919 – Auch die Münchener Post verwendet die Schreibweise Baiern

München * Das SPD-Organ Münchener Post verwendet die Schreibweise „Baiern“ im Zusammenhang mit der Räterepublik.

8. April 1919 – Die Münchner Kasernenräte stehen hinter der Räterepublik

München * Über Flugblätter lässt der Vollzugsausschuss des Soldatenrats München erklären, dass die Kasernenräte sämtlicher Münchner Truppenteile hinter der Räterepublik stehen.

8. April 1919 – Die Republikanische Schutztruppe unterstützt die Räterepublik

München * Alfred Seyfferitz, der Kommandant der Republikanischen Schutztruppe, gibt eine Erklärung für seine Einheit ab, dass sie - ebenso wie die gesamte Münchner Garnison - „hinter der sozialistisch-kommunistischen Räterepublik“ steht.

8. April 1919 – Ernst Niekisch überlässt Ernst Toller die Leitung des Zentralrats



München * Es fehlt der Räterepublik Bayern ein klares Regierungsprogramm. Entscheidungen werden individuell getroffen. Diese widersprechen sich teilweise oder heben sich sogar gegenseitig auf. Ernst Niekisch, der Vorsitzende des Revolutionären Zentralrats, gibt schon am zweiten Tag völlig entnervt auf. Der 25-jährige Anarchist und Schriftsteller Ernst Toller wird sein Nachfolger;

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften

München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten, Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen;

9. April 1919 – Erich Mühsam übernimmt kein Amt für die Räterepublik

München * Erich Mühsam teilt in einem öffentlichen Aufruf mit, dass er so lange kein öffentliches Amt für die Räterepublik übernehmen wird, bis die Einigung der Arbeiterschaft, symbolisiert durch die Mitarbeit der Kommunisten, Wirklichkeit geworden ist;

9. April 1919 – Die Kapitalflucht soll unterbunden werden

München * Ernst Tollers erste Verordnung betrifft den Bankensektor. Ein Anschlag des Revolutionären Zentralrats gibt bekannt, dass „Der revolutionäre Bankrat für Bayern“ in München Vertrauensleute bestimmt hat, die „die Auszahlung von Geldern bei den Banken zu überwachen haben, um zu verhindern, dass landesverräterische Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verbringen“. Damit soll die Kapitalflucht verhindert werden. Es dürfen nur noch Beträge bis zu 100 Mark täglich oder 700 Mark wöchentlich abgehoben werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind ausstehende Rechnungen, Kreditrückzahlungen und Zinstilgungen sowie Lohnzahlungen und Zahlungen im Geschäftsverkehr von Firmen. Die zuletzt genannten müssen vom Betriebsrat gegengezeichnet werden;

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung



München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

9. April 1919 – Außenminister Dr. Franz Lipp unterschreibt seinen Rücktritt

München * Das Telegraphenamt leitet Dr. Franz Lipps Telegramme vom 7. und 8. April zwar weiter, doch die Kontrollbeamten informieren den Revolutionären Zentralrat vom Inhalt der Schreiben. Die von Ernst Toller umgehend eingeleiteten Nachforschungen ergeben, dass sich Lipp schon mehrmals in psychiatrischer Behandlung befunden hatte. Toller schreibt: „Zweifellos, Lipp ist wahnsinnig geworden. Wir beschließen, ihn sofort in eine Heilanstalt zu überführen. Um Aufsehen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, muss er freiwillig seinen Rücktritt erklären.“ Dr. Lipp wird seinen Rücktritt mit den Worten: „Was tue ich nicht für die Revolution“ unterschreiben. Damit ist die Fehlbesetzung mit dem psychisch kranken Außenminister, der den Anforderungen an sein Amt nicht gewachsen ist, schnell erledigt worden. Dennoch wird sich der Fehlgriff bei der Besetzung des Postens als schwerer Schlag für das Ansehen der Räterepublik erweisen.

9. April 1919 – In Würzburg endet die Herrschaft der Räte

Würzburg * In Würzburg endet die Herrschaft der Räte. Für den Würzburger Oberbürgermeister



Andreas Grieser ist das „ein einmütiges Bekenntnis zur reinen Demokratie“.

9. April 1919 – Victor Klemperers Prophezeiungen

München * Victor Klemperer schreibt: „Ich will nicht provezeien, ich glaube aber: der kommende Mann heißt Levien, der gegenwärtige: Landauer, der übernächste: Epp.“

9. April 1919 – In Braunschweig wird die Räterepublik ausgerufen

Braunschweig * In Braunschweig wird die Räterepublik ausgerufen.

10. April 1919 – Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Baierns

München * Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Baierns gibt folgende Erklärung ab: „Die Räterepublik ist ausgerufen. Das Volk hat die Macht übernommen. Der Kapitalismus wird vernichtet. Frei soll die Schule sein. Das Zerrbild des Armen, abhängigen Schulmeisters ist für immer vernichtet. Jetzt sind auch wir frei von Kirche und Juristerei. Helft mit am Siege der Räterepublik!“

10. April 1919 – Die Reichsbank stellt die Zahlungsüberweisungen nach Bayern ein

Berlin - Freistaat Bayern * Der Versuch, die Stadt und die Räteregierung über Sanktionsmaßnahmen auszuhungern, nimmt immer konkretere Formen an: Die Reichsbank hat die Zahlungsüberweisungen nach Bayern eingestellt. Damit wird auch die Belieferung der Banken mit Banknoten wird unterbunden. Die Sparkasse ist für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat auf Anweisung der Preußischen Regierung die bei ihr liegenden Depots von 80 Millionen Mark nach Berlin geschickt.

10. April 1919 – Einstellungsbeginn für die Rote Armee

München-Schwabing * Um 10 Uhr beginnt im Städtischen Wehramt an der Winzererstraße die Werbung für die Rote Armee der Räterepublik Baiern. Es melden sich zwar viele



Freiwillige, dennoch ist fraglich, ob ein derart zusammen gewürfeltes und mangelhaft ausgerüstetes Heer, das nur wenige Offiziere aufweist, den gut organisierten Reichswehr- und Freikorpstruppen standhalten kann. Jeder Angehörige der Roten Armee erhält bei freier Verpflegung, Unterkunft und Kleidung eine Tageslöhnung von 7.- Mark. Verheiratete (Selbstverpfleger) erhalten zusätzlich 7,50 Mark. Eintretende Erwerbslose haben nach dem Austritt aus der Roten Armee Anspruch auf Arbeitslosenfürsorge.

10. April 1919 – Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten

München * Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten. Er erklärt zu der am Vorabend vom Rat der Revolutionären Betriebsobleute und vom Rat der Revolutionären Soldatenvertreter beschlossenen sofortigen Abdankung des Zentralrats und seiner eigenen Einsetzung als Träger der gesamten Gewalt, dass die Kommunisten aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen nicht in der Lage sind, die Herrschaft anzutreten und auf Dauer zu behaupten und der Bauernrat einer kommunistischen Räterepublik jede Unterstützung verweigern würde.

11. April 1919 – Gustav Landauer führt Sozialreformen im Bildungsbereich durch

München * Gustav Landauer, der Volksbeauftragte für Volksaufklärung, führt in der kurzen Zeit der (sozialistischen) Räterepublik Baiern einige Sozialreformen im Bildungsbereich ein. Nachdem das Erziehungswesen durch die Regierung Eisner auf eine staatliche Grundlage gestellt worden war, führt Landauer folgende Neuerungen ein: Die Einheitsschule für alle Schüler vom 7. bis zum 13. Lebensjahr, die Handwerksschulen für die praktische Ausbildung, die Mittelschulen für die weiterführende geistige Ausbildung. Die Abschaffung der Prügelstrafe, die Aufhebung des Zölibats für Lehrerinnen und die Wahl von Schulräten, in die Lehrer, Eltern und Schüler gewählt werden. Die Kirche spielt in diesem Erziehungskonzept keine Rolle mehr. Ein neues Hochschulprogramm für die zweitgrößte deutsche Universität in München wird entwickelt. Der Lehrkörper und die Studenten sollen auf rechtsextremistische Aktivitäten überprüft werden.

11. April 1919 – Die Republikanische Schutztruppe muss den Rückzug antreten

München-Ludwigsvorstadt * Im Gasthaus Zum Steyrer in der Schützenstraße kommt es gegen 15 Uhr zu einer Rauferei, bei der ein Angehöriger



der Bahnhofswache;Prügel bezieht. Die herbeigeeilte;Republikanische Schutztruppe;greift ein, muss aber vor der aufgebrachten Volksmenge den Rückzug antreten. Daraufhin versucht die Menge den Hauptbahnhof zu stürmen. Gegen 16:45 Uhr kann das herbeigerufene;Leibregiment;mit Schreckschüssen den Bahnhofsplatz räumen und später den Hauptbahnhof besetzen. Mindestens neun Personen, darunter eine Frau und ein Kind, werden verletzt.

11. April 1919 – Urabstimmung zur Räterepublik

München * Der;Sozialdemokratische Verein München;hat eine Urabstimmung zur;Räterepublik;durchgeführt.;Knapp ein Drittel der Mitglieder beteiligt sich daran.;Das Ergebnis ist gespalten.;Eine Hälfte spricht sich für, die andere gegen die;Räterepublik;aus.;

11. April 1919 – Das Gemeindkollegium lehnt die Räterepublik ab

München * In einer geheimen Sitzung beschließt das Münchner Gemeindkollegium die Ablehnung der Baierischen Räterepublik.;Die Räteregierung ernennt daraufhin Emil Schmaderer zum Regierungskommissar für die Gemeindeverwaltung München.;

11. April 1919 – Der Revolutionäre Zentralrat wird erweitert

München * Der Revolutionäre Zentralrat hat jetzt zehn neue Mitglieder: die am Tag zuvor gewählte Abordnung des Rats Revolutionärer Betriebsobleute und Revolutionärer Soldatenvertreter.;Die Neuen lehnen ein Stimmrecht und die Verantwortung für die Maßnahmen des Zentralrats ab.;

11. April 1919 – Die Münchner SPD gegen eigene Vertreter in den Rätegremien

München * Die Mitglieder der Münchner SPD sprechen sich mit knapper Mehrheit gegen die Entsendung eigener Vertreter in die Gremien der Räterepublik aus.;

11. April 1919 – Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung werden geschmiedet



Bamberg * Der Kommandant der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, arbeitet gemeinsam mit Ministerpräsident Johannes Hoffmann und dem Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung aus. Dieser soll - so die Absprache - in der Nacht vom 15. zum 16. April erfolgen. Ministerpräsident Hoffmann zögert noch, da er nicht mit Waffengewalt gegen Münchner Arbeiter und Sozialisten vorgehen möchte. Militärminister Ernst Schneppenhorst möchte einen „klinischen Putsch“ durchführen. Darunter versteht er den Sturz der Regierung durch eine militärische Überrumpelung ohne großes Blutvergießen.

11. April 1919 – In Regensburg wird die Räteregierung wieder aufgelöst

Regensburg * In Regensburg wird die von SPD und USPD unterstützte Räteregierung wieder aufgelöst.

11. April 1919 – Die Betriebsräte sprechen der Räteregierung das Vertrauen aus

München-Graggenau * Auf einer Massenversammlung im Hofbräuhaus sprechen Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer und Max Levien. Ernst Toller gibt bekannt, dass die Entwaffnung der Bourgeoisie ebenso fortschreitet wie die Bewaffnung des Proletariats. Gustav Landauer verteidigt die Ausrufung der Räterepublik. Erich Mühsam bekennt sich zur ablehnenden Haltung der KPD zur sozialistischen Räterepublik, kritisiert aber ihren gegenwärtigen Boykott in aller Schärfe. Max Levien erklärt erneut, warum sich die KPD nicht an der Räteregierung beteiligt. Als Werner Fröhlich die Spaltung der sozialistischen Parteien verteidigt, kommt es zu Tumulten. Selbst KPD-Mitglieder wenden sich gegen die unversöhnliche Haltung ihrer Parteizentrale. Ein Antrag der Betriebsräte, der gegenwärtigen Räteregierung das Vertrauen auszusprechen, wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. Erich Mühsam stimmt allerdings dagegen.

12. April 1919 – Silvio Gesell will die Währung sanieren

München - Berlin * Der Volksbeauftragte für Finanzen, Silvio Gesell, sendet folgendes Telegramm an den Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein: „Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.“



12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schnepfenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

12. April 1919 – Die Kommunisten bestreiten den Führungsanspruch des Zentralrats

München * Die Räterepublik Baiern ist nicht nur bei den bürgerlich-konservativen Kräften umstritten, sondern insbesondere bei den Kommunisten. Sie bestreiten den Führungsanspruch des Zentralrats.

12. April 1919 – Die Räteregierung in Fürth wird abgesetzt

Fürth * Nach lediglich fünf Tagen wird die Räteregierung in Fürth durch Abstimmungen im Arbeiterrat und bei einer Garnisonsversammlung für abgesetzt erklärt.



12. April 1919 – Gustav Landauer gibt einen zuversichtlichen Lagebericht ab

München-Maxvorstadt * Auf einer Sitzung des Revolutionären Zentralrats über die politische, militärische und wirtschaftliche Situation der Räterepublik gibt Gustav Landauer einen zuversichtlichen Bericht über die derzeitige Lage ab.

13. April 1919 – Der Aktionsausschuss besetzt alle öffentlichen Gebäude

München * Noch in der Nacht besetzt der Aktionsausschuss alle öffentlichen Gebäude und die Standquartiere der Republikanischen Schutztruppe (Luitpold-Gymnasium, Kirchenschule und Stieler Schule). Damit ist am Abend des Palmsonntag nicht die Wiedereinsetzung der Regierung Hoffmann, sondern die Übernahme der Regierung durch die Kommunisten erreicht.

13. April 1919 – Landauer, Toller und Klingelhöfer bieten ihre Mitarbeit an

München * Gustav Landauer gibt eine öffentliche Erklärung ab, in der er die neue Lage anerkennt und seine Mitarbeit anbietet. Gleiches gilt für Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer.

13. April 1919 – Die Wirtschaftsblockade zwingt die Augsburger Räte in die Knie

Augsburg * Sechs Tage nach der Ausrufung der Räterepublik in Augsburg zwingt die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade die Augsburger Räte in die Knie. „Unter dem Zwang der Verhältnisse“ beenden sie den Versuch einer Räteregierung, verwerfen die Räteverfassung als „verfrüht“ und setzen sich von der Münchner Räterepublik ab.

13. April 1919 – Gegenrevolution in Rosenheim niedergeschlagen

Rosenheim * Die Gegner der Revolution wollen in Rosenheim die Räterepublik beseitigen. Sie müssen sich jedoch zurückziehen, als rätetreue Soldaten aus München mit dem Zug eintreffen.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert



München - Freistaat Bayern * Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert. Zurück bleibt die Erkenntnis, dass der erste militärische Schlag gegen die Räterepublik missglückt ist und die gewählte Regierung Hoffmann eine bittere Niederlage einstecken musste.

13. April 1919 – Mitteilung der Werbezentrale des Freikorps Epp

Ohrdruf * Die Werbezentrale des Freikorps Epp veröffentlicht ein Flugblatt mit folgendem Inhalt: „Vertraulich! Nicht auf bayr. Boden mitnehmen! Ministerpräsident Hoffmann hat das Versprechen gegeben, dass die Werbung für das Freikorps zwar nicht offiziell erlaubt würde, dass aber weitere Schwierigkeiten den Werbern nicht gemacht werden sollten. [...] Es ist anzunehmen, dass dagegen der bayr. Mil. Minister alles versuchen wird, um die Werbung zu hemmen.“

13. April 1919 – Oskar Maria Graf beschreibt die Kampfhandlungen

München * In seinem Roman „Wir sind Gefangene“ schildert Oskar Maria Graf die Ereignisse so: „Von der Prielmayr-, von der Schützen-, Schiller- und Bayerstraße heraus liefen bewaffnete Massen andauernd Sturm gegen den feuerspeienden Hauptbahnhof, glitten brüllend und heulend wieder zurück und stürmten mit erneuter Erbitterung vor. [...] Getroffene fielen um, Boden und Häuser zitterten, die Menge, in der ich steckte, wogte weiter vor mit den Stürmern und mit furchtbarem Geschrei in den krachenden Bahnhof.“

13. April 1919 – Bewaffnete Soldaten dringen in das Erzbischöfliche Palais ein

München-Kreuzviertel * Fünf mit Handgranaten und Pistolen bewaffnete Soldaten, die sich als Beauftragte der Militärpolizei ausgeben, dringen an diesem Palmsonntag, um 1:30 Uhr, in das Erzbischöfliche Palais ein, um Michael von Faulhaber zu verhaften. Die Soldaten durchsuchen das ganze Gebäude, können den Bischof aber nicht finden, weil sich dieser bereits seit dem 11. April in Freising aufhält.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch der Regierung Hoffmann

München-Maxvorstadt * Bewaffnete Mitglieder der Republikanischen Schutztruppe unter der Führung von Alfred Seyfferitz dringen - entgegen der ursprünglichen Abmachung - bereits in der



Nacht zum Palmsonntag in das Wittelsbacher Palais ein und verhaften den Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler und die USPD-Volksbeauftragten August Hagemeister und Fritz Soldmann. Auch der Ex-Minister Dr. Franz Lipp wird festgenommen. Er hatte sich trotz seiner Entlassung Zutritt in sein ehemaliges Ministerium verschafft. Insgesamt werden 13 Personen verhaftet. Ernst Toller wird rechtzeitig gewarnt und kann so seiner Festnahme entkommen.

13. April 1919 – Erich Mühsam wird verhaftet und nach Eichstätt gebracht

München * Um vier Uhr früh wird auch Erich Mühsam von Angehörigen der Republikanischen Schutztruppe aus seinem Bett heraus verhaftet. Alle Festgenommenen werden zum Hauptbahnhof gebracht und von dort sofort mit der Bahn nach Eichstätt gebracht, wo sie in der Willibaldsburg inhaftiert werden.

13. April 1919 – Die Verstärkung für den Palmsonntag-Putsch wartet in Ingolstadt

München-Maxvorstadt - Ingolstadt * Die Republikanische Schutztruppe hat sich im Hauptbahnhof verschanzt. Ihr Anführer, Alfred Seyfferitz, wartet dort auf die versprochene Verstärkung aus Ingolstadt. In Ingolstadt befindet sich zu diesem Zeitpunkt der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, der dort mit 600 Soldaten auf das Eintreffen der Nachricht aus München hofft, dass der erste Teil des Putsches erfolgreich abgelaufen ist, um dann die bayerische Landeshauptstadt einnehmen zu können. Schneppenhorst wird die Nachricht jedoch nie erhalten, da sein Verbindungsmann am nördlichen Stadtrand von einer Patrouille der Roten Armee abgefangen werden wird.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch scheint geglückt

München * Um 9 Uhr treffen sich Vertreter der gemäßigten Parteien beim Kommandanten der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, zu einer Lagebesprechung. Sie wenden sich gegen dessen Forderung nach Standrecht und Militärdiktatur. Am Vormittag des Palmsonntags scheint der Handstreich geglückt. Doch während in der ganzen Stadt die Absetzung des Revolutionären Zentralrats und die Rückkehr der Regierung plakatiert wird, rufen die Anhänger der Räterepublik zum Widerstand auf. Erste Schüsse fallen.



13. April 1919 – Flugblatt: Verhängung des Kriegszustandes über München

München * Anschläge - mit der Unterschrift „Die Garnison München“ - verkünden die Verhängung des Kriegszustandes über München. Die Entscheidung fällt, nachdem das Leibregiment erklärt, dass es sich in der ganzen Auseinandersetzung neutral verhalten will und eine Unterstützung der Republikanischen Schutztruppe ablehnt.

13. April 1919 – Soldaten und demonstrierende Arbeiterschaft erklären sich solidarisch

München-Theresienwiese * Auf Massenversammlungen am Vormittag auf der Theresienwiese haben sich bereits Teile des 1. und 2. Infanterie-Leibregiments mit der demonstrierenden Arbeiterschaft solidarisch erklärt.

13. April 1919 – Kommunisten besetzen das Waffendepot in der Ausstellungshalle

München-Ludwigsvorstadt * Kommunistische Arbeiter und Soldaten besetzen das Waffendepot in der Ausstellungshalle auf der Theresienhöhe.

13. April 1919 – Eine Demonstration bewegt sich zum Hauptbahnhof

München * Gegen 16 Uhr bewegt sich ein gewaltiger Demonstrationzug durch die Bayerstraße in Richtung Hauptbahnhof.

13. April 1919 – Bewaffnete Arbeitermilizien rücken zum Hauptbahnhof vor

München-Maxvorstadt * Mit Maschinengewehre bewaffnete Arbeitermilizien unter der Führung des kommunistischen Matrosen Rudolf Egelhofer und des anarchistischen Schriftstellers Josef Sontheimer rücken am Nachmittag zum Hauptbahnhof vor. Eine aus drei Personen bestehende Abordnung wird gebildet, die mit dem Chef der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, verhandeln sollen. Der Bahnhofskommandant Emil Aschenbrenner lässt die Abgesandten festnehmen und umgehend erschießen. Spätestens in diesem Moment ist eine friedliche Lösung ausgeschlossen.

13. April 1919 – Der Hauptbahnhof wird gestürmt



München-Maxvorstadt * Nun nehmen die Belagerer das Bahnhofsgebäude unter Beschuss. Die Schlacht dauert fünf Stunden und fordert 21 Tote und über achtzig Verletzte. Die Belagerer stürmen ab etwa 18 Uhr den Hauptbahnhof. Nach einer mehrstündigen Schießerei, bei der die Angreifer sogar Minenwerfer einsetzen, geben die Putschisten von der Republikanischen Schutztruppe gegen 21 Uhr auf. Ihre Anführer fliehen mit einer Lokomotive nach Ulm. Der Rest der Bahnhofsbesatzung kann durch unterirdische Gänge entkommen.

13. April 1919 – Das Luitpold-Gymnasium als Putschisten-Versteck

München-Isarvorstadt * Ein weiterer Teil der Putschisten versteckt sich im Luitpold-Gymnasium an der Müllerstraße. Sie werden von bewaffneten Arbeitern unter der Leitung von Ernst Toller zum aufgeben gezwungen.

13. April 1919 – Fürstenfeldbrucker Pioniere werden entwaffnet

Fürstenfeldbruck * Sechzig Mann vom 2. Pionier-Bataillon in Fürstenfeldbruck werden noch vor ihrem Einsatz in München entwaffnet. Einzelne treten zur Roten Armee über, die anderen gehen wieder nach Fürstenfeldbruck zurück.

13. April 1919 – Die Verstärkung der Thule-Gesellschaft bleibt aus

München * Die von der Thule-Gesellschaft angebotenen „mehrere hundert Mann“ Unterstützung reduzieren sich auf insgesamt zehn Personen. So aber hat die Republikanische Schutztruppe keine Chance gegen die anstürmenden Räterepublikaner, besonders als die KPD am Nachmittag ihre Anhänger zum Widerstand aufruft.

13. April 1919 – Die Zweite oder Kommunistische Räterepublik wird ausgerufen

München-Grägenau * Noch während der Kämpfe am Hauptbahnhof kommen im Hofbräuhaus die Betriebs- und Soldatenräte zusammen. Sie rufen die Zweite Räterepublik oder Kommunistische Räterepublik aus, erklären den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt und übertragen die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem 15-köpfigen Aktionsausschuss. Das Gremium, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten. Dieses wählt einen fünfköpfigen Vollzugsrat, dem unter dem Vorsitz von Eugen



Leviné, KPD, Wilhelm Duske und Emil Maenner von der USPD sowie Willi Budich und Max Levin von der KPD angehören. Stadtkommandant wird der 23-jährige Rudolf Egelhofer. Levinés Schritt widerspricht der Lagebeurteilung der Berliner KPD-Parteizentrale, die seit den Januarereignissen vor politischen Abenteuern warnt. es wird spätere parteiinterne Kontroversen zur Folge haben.

13. April 1919 – Nächtliche Ruhestörung

München-Haidhausen * Josef Hofmiller beschreibt in seinem Tagebuch die Situation in der Nähe seines Wohnortes an diesem Tag: „Der Nachmittag verlief bei uns in Haidhausen ganz ruhig. Abends, gegen ½ 9 Uhr, hörten wir mehrere starke Schüsse, wie von Artillerie, aber in einiger Entfernung. Um 10 Uhr gingen wir ins Bett. Als hätten die Schweine nur auf diesen Augenblick gewartet, fangen sie plötzlich an, in unmittelbarer Nähe zu schießen, vermutlich aus der Kirchenschule; mit Gewehren, Handgranaten und Maschinengewehren. Die nächtliche Ruhestörung dauerte etwa bis ½ 11 Uhr.“

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die



Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

13. April 1919 – Johann Dosch wird neuer Polizeipräsident

München * Johann Dosch, ein steckbrieflich gesuchter Krimineller, wird neuer Polizeipräsident.

13. April 1919 – Flugblätter verkünden: Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat!

München * Der Generalstreik wird für den nächsten Tag ausgerufen und bürgerliche Zeitungen mit einem Erscheinungsverbot belegt. Flugblätter verkünden: „Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution!“

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann bittet das Reich um militärische Unterstützung

Bamberg * Die im Exil in Bamberg befindliche Regierung Hoffmann bittet nach dem gescheiterten Palmsonntag-Putsch das Reich um militärische Unterstützung im Kampf gegen die Münchner Räteherrschaft.

14. April 1919 – 5.000 Württemberger für die Niederschlagung der Räterepublik

Bamberg * Während Ministerpräsident Johannes Hoffmann nur noch Schadensbegrenzung betreiben und dem Freikorpsführer Franz Ritter von Epp die Erstürmung Münchens verbieten möchte, hofft der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, dass 5.000 württembergische Soldaten für die Niederschlagung der Münchner Räterepublik bereitgestellt werden. Das Angebot hat die Regierung Hoffmann vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Wilhelm Blos erhalten, dem es darum geht, die Eigenständigkeit Süddeutschlands im Reich zu stärken. Ihm war klar, wenn Bayern unter die Reichshoheit fallen sollte, dann würden in Zukunft auch die übrigen süddeutschen Länder nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber Preußen spielen können.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen



Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger aufs übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

14. April 1919 – Die erste Diktatur des Proletariats in Deutschland

München * Nun beginnt der erste Versuch, auf deutschem Boden eine Diktatur des Proletariats zu errichten.

14. April 1919 – Die Vergeltungsmaßnahmen gegen die bayerische Räterepublik beginnen

Berlin - Bamberg - München * Die Vergeltungsmaßnahmen gegen die bayerische Räterepublik können beginnen. Reichswehrminister Gustav Noske übernimmt den Oberbefehl über die Aktion. Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven erhält den Oberbefehl über die Invasionstruppen. General Arnold Ritter von Möhl erhält den Titel Bayerischer Oberbefehlshaber, bleibt aber Statist ohne Befehlsgewalt.

15. April 1919 – Wir leben von der Hand in den Mund

München-Haidhausen * Josef Hofmiller schreibt seine Gedanken in seinem Tagebuch nieder: „Heute um 3 Uhr große Proletarierversammlung vor dem Wittelsbacher Palais. Von da soll vermutlich die Parole zum Plündern ausgegeben werden. Ich fürchte, wir gehen einer verdammt interessanten Zeit entgegen. Wenn wir heute in einem Jahr noch leben, können wir erzählen, dass wir etwas mitgemacht haben, das nicht alltäglich ist. Aber ich fürchte, es handelt sich nicht um heute in einem Jahr, sondern heute in einem Monat, heute in vierzehn Tagen. Wir leben derart von der Hand in den Mund, dass sich die Sache bald entscheiden muss. Entweder es kommen Truppen von auswärts oder wir verhungern.“

15. April 1919 – Warnung vor Geldhamstern und Lebensmittelwucher



München * Plakatanschläge der Räteregierung warnen vor dem „Geldhamstern“ und vor „Lebensmittelwucher“.

15. April 1919 – Ein Revolutionärer Zentralschülerrat wird gegründet

München * Ein Revolutionärer Zentralschülerrat, bestehend aus Schülern der Münchner Mittelschulen, wird gegründet.

15. April 1919 – Giesinger Mieter verweigern die Bezahlung ihrer Miete

München-Giesing * Eine Gruppe Giesinger Mieter verweigert - bis zum Einmarsch der Regierungstruppen - die Bezahlung ihrer Miete.

15. April 1919 – Militärminister Schnepfenhorst will die Räteregierung überraschen

Dachauer Moos * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zieht seine bayerischen Truppen im Dachauer Moos zusammen. Seine Hoffnung beruht auf einem Überraschungscoup, da er glaubt, dass die kommunistische Räteregierung bisher noch nicht in der Lage war, ihre Rote Armee gefechtsbereit zu machen.

15. April 1919 – Truppen der Bamberger Regierung rücken in Dachau ein

Dachau * Als die Truppen der bayerischen Exil-Regierung in Dachau einrücken, wird der amtierende Arbeiter- und Bauernrat beim zuständigen Major vorstellig und fordert diesen zum Abzug vom Schlossberg auf, da Dachau sonst beschossen werden könnte. Der Major kommt der Aufforderung umgehend nach.

15. April 1919 – Regierungstruppen rücken aus Richtung Dachau nach München

München - Dachau * Als sich am Abend in München das Gerücht über das Anrücken einer aus Richtung Dachau kommenden, 800 Mann starken Regierungstruppe verbreitet, lässt Stadtkommandant Rudolf Egelhofer umgehend die Kasernen- und Betriebsräte informieren, den Zugverkehr unterbrechen, den Hauptbahnhof und den Bahnhofplatz räumen und in



Verteidigungszustand versetzen, den Telefon- und Telegraphenverkehr einstellen und alle Zubringerstraßen nach München durch Soldaten absperren.

15. April 1919 – Die Rote Armee erringt ihren ersten Sieg

München - Allach - Karlsfeld * Mit Lastwagen werden die eingetroffenen Rotgardisten an die Front bei Allach gebracht. Südlich der Straße Allach - Ludwigsfeld stoßen die Roten auf den Feind. Ihnen gelingt es, die von der Gegenwehr völlig überraschten Regierungstruppen nach Karlsfeld zurückzudrängen. Da die Angreifer - trotz ihrer guten Ausrüstung - weder über den notwendigen Kampfesmut verfügen, noch auf ihre bayerischen Kameraden schießen wollen, laufen viele Weiße zum Feind über oder fliehen zurück nach Dachau. Damit hat die Rote Armee ihren ersten Sieg errungen.

15. April 1919 – Ernst Toller wird Heerführer

München - Karlsfeld * Auch Ernst Toller begibt sich zur Front. In einem Karlsrufer Wirtshaus haben sich Vertrauensleute der Münchner Arbeiter versammelt. Toller schreibt: „Der Toller soll die Führung übernehmen!“ ruft einer. [...] Ich sträube mich und versuche zu erklären, dass ein Heerführer andere Fähigkeiten braucht. „Oana muß sein Kohlrabi herhalten, sonst gibts an Saustall, und wennst nix verstehst, wirst es lerna, die Hauptsach is, dich kennen wir“. Ich weiß nichts zu erwidern, welche Gründe konnten auch dieses töricht-rührende Vertrauen von Männern, die eben eine aktive, militärisch geführte Truppe besiegt hatten, erschüttern? So werde ich Heerführer.“

15. April 1919 – Von der Eichstätter Willibaldsburg ins Zuchthaus Ebrach

Eichstätt - Ebrach * Die von der Republikanischen Schutztruppe im Wittelsbacher Palais festgenommenen Personen, darunter der Münchner Arbeiterrat Erich Mühsam, werden von der Eichstätter Willibaldsburg ins Zuchthaus Ebrach gebracht und dort in Isolierhaft verwahrt.

15. April 1919 – Nummer 1 der „Mitteilungen“ erscheint

München * Nummer 1 der Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte erscheint. Eugen Leviné schreibt darin die folgenden Zeilen zu der ins



Stocken geratenen Revolution in Deutschland: „München ist heute eine revolutionäre Insel mitten in einem schwarzen Meere. Aber die revolutionäre Flut steigt. In Revolutionszeiten kommt jede Stunde einem Monat gleich. Die Massen lernen mit jedem Tag immer mehr ihre wirklichen Ziele kennen und schlagen sich auf unsere Seite.“

15. April 1919 – 500 Weißgardisten versuchen Dachau zu besetzen

Dachau * 500 Weißgardisten - von Pfaffenhofen kommend - besetzen Dachau, um den Ring um München zu schließen. In der Stadt werden sie von Arbeiterinnen der Pulver- und Munitionsfabrik beschimpft und teilweise entwaffnet.

16. April 1919 – Militärhilfe vom Reich für die Regierung Hoffmann

Weimar - Bamberg * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann gibt dem Ersuchen des bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann um Militärhilfe statt. Spätestens jetzt liegt die Regelung der Verhältnisse in Bayern in der Hand der Reichsregierung, ohne dass der Regierung Hoffmann ein Mitspracherecht geblieben ist.

16. April 1919 – Die Räteregierung lehnt Gustav Landauers Kulturprogramm ab

München * Der Aktionsausschuss der Republik Baiern lehnt Gustav Landauers Kulturprogramm ab, weshalb sich dieser resigniert aus der Politik der kommunistischen Räteregierung zurückzieht.

16. April 1919 – Befehlsentgegennahme an bestimmten Plätzen der Stadt

München * Die Stadtkommandantur ruft die Arbeiter auf, sich täglich an bestimmten Sammelplätzen im Stadtgebiet einzufinden, um Befehle und Instruktionen zu empfangen.

16. April 1919 – Erich Mühsam tritt in den Hungerstreik

Ebrach * Erich Mühsam tritt im Zuchthaus Ebrach in einen Hungerstreik, um gegen seine Verhaftung und die Zustände im Zuchthaus zu protestieren.



16. April 1919 – Gustav Lanauer distanziert sich von der kommunistischen Räterepublik

München * Gustav Landauer schreibt an den Aktionsausschuss: „Ich habe mich um der Sache der Befreiung und des schönen Menschenlebens willen der Räterepublik zur Verfügung gestellt; als der alte Zentralrat von einer Organisation ersetzt worden war, die vom Vertrauen der Münchner Arbeiterschaft getragen zu sein schien. Sie haben meine Dienste bisher nicht in Anspruch genommen. Inzwischen habe ich Sie am Werke gesehen, habe Ihre Aufklärung, Ihre Art den Kampf zu führen, kennengelernt. Ich habe gesehen, wie im Gegensatz zu dem, was Sie ‚Schein-Räte-Republik‘ nennen, Ihre Wirklichkeit aussieht. Ich verstehe unter dem Kampf, der Zustände schaffen will, die jedem Menschen gestatten, an den Gütern der Erde und der Kultur teilzunehmen, etwas anderes als Sie. Ich stelle also fest - was schon vorher kein Geheimnis war - , dass die Abneigung gegen eine gemeinsame Arbeit gegenseitig ist. Der Sozialismus, der sich verwirklicht, macht sofort alle schöpferischen Kräfte lebendig; in Ihrem Werke aber sehe ich, dass Sie auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet [...] sich nicht darauf verstehen. Diese Mitteilung bleibt von mir streng privat; es liegt mir fern, das schwere Werk der Verteidigung, das Sie führen, im geringsten zu stören. Aber ich beklage aufs schmerzlichste, daß es nur noch zum geringsten Teil mein Werk, ein Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt, ist, das jetzt verteidigt wird.“

16. April 1919 – Der einzige Sieg der Räterepublik

Dachau * Die 500 Mann der Regierungstruppen werden von Arbeitern und Soldaten aus München vertrieben. Es bleibt aber der einzige Sieg der Räterepublik. Das Kommando der Roten Armee besteht aus fünf Bataillone. Das zweite Bataillon, in dem 20 Italiener und 80 Russen dienen, ist besonders diszipliniert. Die Männer heben in ihrem Abschnitt nördlich der Stadt sofort Schützengräben aus, im Unterschied zu bayerischen Genossen, wie der Kommandeur Erich Wollenberg später berichtet. Die Russen stammen aus dem Lager in Puchheim.

16. April 1919 – Bewaffnung und militärische Organisation der Arbeiterschaft

München * Eugen Leviné spricht vor einer Vollversammlung der Räte zur Bewaffnung und der militärischen Organisation der Arbeiterschaft: „Es nützt nichts, dass wir die Waffen haben und nicht auch gleichzeitig alle anderen Sicherungen treffen, um der Situation gewachsen zu sein. [...] Was wir jetzt durchleben ist nicht eine Periode des plötzlichen Umschwungs, sondern es beginnt jetzt ein schwerer Kampf, und deshalb müssen wir verlangen, dass alle Mann an Bord



bleiben.“

16. April 1919 – Räteregierung: München droht militärisch keine Gefahr

München * Die Räteregierung teilt mit, dass München militärisch keine Gefahr droht. Die Weißen Truppen werden bei Dachau in Schach gehalten.

17. April 1919 – Ein Aufruf „An die Bauernschaft des bayerischen Landes“

München * In einem Aufruf „An die Bauernschaft des bayerischen Landes“ heißt es: „Es besteht überall Ruhe und Ordnung und jedermann weiß, dass die geschichtliche Entwicklung mit Notwendigkeit zum Räteregime führt, dass diese Entwicklung nicht aufzuhalten ist, dass jeder Vernünftige sich ihr anpasst“.

17. April 1919 – Der Vollzugsrat macht Ernst Toller Vorwürfe

München * Der Vollzugsrat wirft Ernst Toller vor, dass er die Verteidigungslinie bei Dachau allzu leichtfertig preisgegeben habe. Das wird mit Verrat gleichgesetzt. Im Protokoll des Vollzugsrats steht: „Dieses Vorgehen ist unerhört, man müsse denken, man stehe im Krieg, da dürfe ein Genosse nicht auf eigene Faust handeln. Wenn Toller das in der kaiserlichen Armee getan hätte, wäre er wegen Hochverrat vor das Kriegsgericht gestellt worden“.

17. April 1919 – Ferienkurse für Proletarier an der Universität

München * An der Münchner Universität beginnen Ferienkurse für Proletarier. Der national-konservative Josef Hofmiller schreibt dazu in sein Tagebuch: „Ein Plakat kündigt Ferienkurse für die Arbeiter in der Universität an mit den Worten: ‚Arbeiter, bemächtigt euch der Kultur!‘. Aber sie bemächtigen sich lieber der Schweinshaxen“.

18. April 1919 – Den Einmarsch von Regierungstruppen nach Augsburg genehmigt

Bamberg - Weimar - Augsburg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann gibt seine Einwilligung zum Einmarsch von Regierungstruppen nach Augsburg.



18. April 1919 – Die Betriebsräte kontrollieren die Leitung der Betriebe

München * Der Aktionsausschuss der Betriebs- und Soldatenräte beschließt „Leitsätze für die Geschäftskontrolle durch Betriebsräte“. Die Betriebsräte kontrollieren die Leitung der Betriebe vollständig. Jedes Mitglied des Betriebsrates ist jederzeit durch die Belegschaft abwählbar.

18. April 1919 – Victor Klemperer beschreibt Gustav Landauer

München * Victor Klemperer, der für die Münchner Räterepublik nicht das Geringste übrig hat und die Ereignisse als Tragikomödie betrachtet, schreibt in sein Revolutionstagebuch. „Gestern nachmittag lernte ich Gustav Landauer kennen, der einige Tage das Schicksal und speziell das geistige Schicksal Münchens – er selbst hoffte: Bayerns – bedeutet hat. Nur die lang herabfallenden Haare verrieten den Sonderling: sonst macht der hagere Mann mit dem ergrauenden Vollbart einen völlig kultivierten, weder revolutionären noch proletarischen Eindruck; die großen braunen Augen blicken viel eher gütig als fanatisch, Stimme und Ausdrucksweise sind von geschliffener Milde.“

19. April 1919 – Fake News - Die Propaganda der Gegenrevolution

München - Berlin * Nach dem Palmsonntag-Putsch der regierungstreuen Truppen dominiert außerhalb Münchens die Propaganda der Konterrevolution. Der USPD-Politiker Felix Fechenbach liest Berliner Zeitungen und notiert in sein Tagebuch: „Es ist grauenvoll, was alles über München gelogen wird. Der Bahnhof zertrümmert, die Neuhauser Straße in Flammen, Massenmorde, Vermögensbeschlagnahme und die Erklärung der Frauen des Bürgertums zum Gemeineigentum. [...] Wahr ist von all diesen Nachrichten nicht ein Wort.“

19. April 1919 – Schützt Euch vor den Revolutionsschmarotzern

München * Der Volksbeauftragte für das Militärwesen, Wilhelm Reichart, ruft gegen unberechtigte Requirierungen und Plünderungen auf: „Schützt Euch vor den Revolutionsschmarotzern“.

19. April 1919 – Ernst Toller berichtet den Betriebsräten im Hofbräuhaus



München-Gruggenau * Auf der Versammlung der Betriebsräte im Hofbräuhaus berichtet Ernst Toller von den Kämpfen in und um Dachau. Er zeigt kein Verständnis für den Befehl des Münchner Generalstabs, die Truppen sofort zurückzuziehen. Nach Tollers Ansicht wäre es möglich gewesen, ohne Blutvergießen ganz Südbayern für die Räterepublik zu gewinnen.

19. April 1919 – Die Regierung Hoffmann genehmigt das Freikorps Oberland

Bamberg - München * Der Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff erhält nach kurzen Verhandlungen von der Bamberger Regierung die Ermächtigung, in Treuchtlingen das Freikorps Oberland aufzustellen. Das Freikorps Oberland setzt sich aus dem Kampfbund Thule und aus Freiwilligen zusammen, die in Treuchtlingen und Eichstätt angeworben werden.

19. April 1919 – Dr. Rudolf Schollenbruch wird Armeearzt der Roten Armee

München * Der Haidhauser Armenarzt, Dr. Rudolf Schollenbruch, wird zum Armeearzt der Roten Armee ernannt.

20. April 1919 – Die größte militärische Operation der Nachkriegszeit hat begonnen

Weimar - Augsburg - München * Mit dem von Reichswehrminister Gustav Noske eingerichteten „Oberkommando der Reichsaktion gegen München“ hat die größte militärische Operation der Nachkriegszeit begonnen. 35.000 Soldaten aus Bayern, Württemberg und Norddeutschland marschieren auf München zu.

20. April 1919 – Finanzmittel für die Räterepublik sollen beschafft werden

München - Budapest - Moskau - Wasserburg * Am Nachmittag fliegen Eugen Leviné, Wilhelm Reichart, der Volksbeauftragte für das Militärwesen und der Student Karl Petermeier, der Adjutant Rudolf Egelhofers, mit Ziel Budapest und Moskau ab. Sie wollen dort Finanzmittel für die Räterepublik beschaffen. Der Flug endet jedoch bereits in Wasserburg am Inn, wo der Pilot unter Vortäuschung eines Motordefekts notlandet.

20. April 1919 – Mit erhobenem Haupte untergehen



München * Eugen Leviné erkennt, dass es für die bedrängte Räterepublik keine Unterstützung von außen geben wird. Doch wenn die Revolution untergehen soll, dann - so seine Auffassung - mit erhobenem Haupt: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass kleinmütige Unterwerfung ein besserer Weg sei, um Blutvergießen zu vermeiden oder zu verhindern. Im Gegenteil: Nur wenn die Weißen Garden eine kühn entschlossene Armee vor sich haben und merken, dass der Kampf auch in ihren Reihen Opfer fordern wird, werden sie bereit sein, Konzessionen zu machen. [...] Die Weiße Armee wird auf jeden Fall einen Vorwand für ein Blutbad finden. [...] Ist Arbeiterblut so billig, dass man es zur Genugtuung von neugebackenen Pazifisten wehrlos vergießen darf?“. Leviné argumentiert damit gegen Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer, die mit der Regierung Hoffmann verhandeln wollen. Doch auch der KPD-Parteiführer in Berlin, Paul Levi, befürwortet eine bedingungslose Kapitulation, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

20. April 1919 – Regierungstruppen marschieren in Augsburg ein

Augsburg * Obwohl die Augsburger Räteregierung am 13. April durch die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade aufgegeben hat, marschieren an diesem 20. April Regierungstruppen in aller Frühe in Augsburg ein. Die Augsburger gelten bei den Regierenden als „politisch unzuverlässig“.

21. April 1919 – Ernst Toller zieht sich mit seinen Truppen nach München zurück

Dachau - München * Als Ernst Tollers Truppen den Befehl erhalten, sich an den Rand von München zurückzuziehen, kehrt dieser in die Landeshauptstadt zurück.

21. April 1919 – Regierungs-Flugblatt: Kopf hoch, Mut nicht sinken lassen!

München * Über München abgeworfene Flugblätter der nach Bamberg geflohenen Regierung Hoffmann besagen: „Kopf hoch, Mut nicht sinken lassen! Hilfe naht baldigst“. Unterzeichnet ist das Flugblatt von Ministerpräsident Johannes Hoffmann und dem Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst.

21. April 1919 – Der Generalstreik wird um einen Tag verlängert

München * Die Versammlung der Betriebsräte im Festsaal des Hofbräuhauses beschließt, den



Generalstreik auf Dienstag auszuweiten. Der letzte Streiktag soll zu einer „wichtigen Demonstration des Münchner klassenbewussten Proletariats“ werden. Abgelehnt wird der Vorschlag von Eugen Leviné, die Massendemonstration mit einer Schlusskundgebung in der rot ausgekleideten Frauenkirche zu beenden.

21. April 1919 – In Banken dürfen wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden

München * An diesem Ostermontag ordnen Emil K. Maenner, der Volksbeauftragte für Finanzen und Towia Axelrod, der als Politischer Kommissar dem Vollzugsrat angehört und zugleich Stellvertretender Volksbeauftragter für Finanzen ist, an, dass bei den Geldinstituten wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden dürfen.

22. April 1919 – Die Auswirkungen des Generalstreiks

München * Der Generalstreik hat natürlich Auswirkungen, die sich spätestens jetzt zeigen. Ernst Toller schreibt: „Kohle fehlt, Geld fehlt, die Lebensmittel werden knapp, bisher lieferten die Bauern täglich 150.000 Liter Milch nach München, jetzt nur noch 17.000 Liter, ein Edikt der Regierung verbietet das Verarbeiten der Milch zu Butter und Käse und bezeichnet es als konterrevolutionäre Handlung.“

22. April 1919 – Augsburg kapituliert

Augsburg * Augsburg kapituliert, nachdem sich die Arbeiter erbittert gewehrt haben. Dadurch können die Weißen Truppen den strategisch wichtigen Eisenbahnknotenpunkt einnehmen. Eine für die Eroberung Münchens wichtige Voraussetzung. Alleine an diesem 22. April kommen zehn Regierungssoldaten und 34 Einwohner von Augsburg ums Leben, darunter vier Frauen und ein Kind. Die meisten sind unbeteiligte Zivilisten.

22. April 1919 – Ernst Toller will mit der Regierung Hoffmann verhandeln

München * Ernst Toller warnt - trotz der erzielten Siege gegen die Weißen Truppen bei Dachau - vor einer Fortsetzung der kriegesischen Auseinandersetzungen. Er will lieber mit Vertretern der in Bamberg tagenden Regierung Hoffmann verhandeln.



22. April 1919 – Pfarrer Hans Meiser wird als Geisel verhaftet

München-Maxvorstadt * Am frühen Morgen wird Pfarrer Hans Meiser, der spätere Landesbischof der evangelischen Kirche, mit zwölf weiteren Personen als Geisel verhaftet und zunächst in die Guldeinschule, später auf die Polizeiwache in der Astallerstraße gebracht. Durch Bestechung eines Postens können die Geiseln Kontakt mit einem Mitglied des Vollzugsrats aufnehmen, der die Verhaftung als Eigenmächtigkeit der Soldaten erklärt und die Geiseln ab 18 Uhr wieder in die Freiheit entlässt. Bei Hans Meiser dauert die Entlassung am längsten, weil er als Geistlicher dem „System Kirche“ angehört, das gegen die Räterepublik eingestellt ist.

22. April 1919 – Die Demonstration des Proletariats mit einer großen Truppenschau

München * Um 11 Uhr beginnt an diesem neunten und letzten Tag des Generalstreiks die „Demonstration des Proletariats“ mit einer großen Truppenschau, die zugleich der Massenmobilisierung in München dient. Rund 12 bis 15.000 bewaffnete Angehörige der Roten Armee marschieren mit. Sie will so ihre Stärke darstellen. Um 15 Uhr finden in den größten Münchner Sälen elf Massenversammlungen statt, auf denen Mitglieder des Vollzugsrats Reden halten. Um 17 Uhr setzt sich ein großer Demonstrationzug in Bewegung, der von der Theresienwiese durch die Innenstadt bis zum Siegestor zieht und sich schließlich vor dem Wittelsbacher Palais auflöst.

23. April 1919 – Die Vorlesungen des Sommersemesters beginnen nicht vor dem 1. Juli

München * Der Revolutionäre Hochschulrat ordnet an, dass die Vorlesungen des Sommersemesters nicht vor dem 1. Juli beginnen.

23. April 1919 – Regierungs-Flugblätter fordern zum Durchhalten auf

München * Regierungstreue Flugzeugbesatzungen werfen wieder Flugblätter der Regierung Hoffmann über München ab, die zum Durchhalten auffordern.

24. April 1919 – Erscheinungsverbot für bürgerliche Zeitungen



München-Graggenau * Die Betriebsräte beschließen im Hofbräuhaus-Parlament, dass auch weiterhin keine bürgerlichen Zeitungen erscheinen dürfen.

24. April 1919 – Dr. Rudolf Schollenbruch wird Volksbeauftragter für das Gesundheitswesen

München * Der Kommunist, Haidhauser Armenarzt und Armeearzt der Roten Armee, Dr. Rudolf Schollenbruch, wird zum Volksbeauftragten für das Gesundheitswesen bestimmt.

24. April 1919 – Neue Papiergeld-Zwanzigmarkscheine werden gedruckt

München * Um den Missstand der Zahlungsmittelnot zu beheben, wird mit den noch vorhandenen Druckplatten für Zwanzigmarkscheine neues Papiergeld gedruckt. Das Notenpapier reicht allerdings gerade Mal für 10 Millionen Mark.

24. April 1919 – Der Personenverkehr auf den Bayerischen Staatsbahnen wird eingestellt

Bamberg * „Der Freistaat“, das amtliche Organ der in Bamberg residierenden Regierung Hoffmann, gibt bekannt: „Wegen Kohlenmangel muss ab heute der Personenverkehr auf den bayerischen Staatseisenbahnen eingestellt werden.“

25. April 1919 – Milch nur für Kranke mit Attest auf Lebensgefahr

München * Das Lebensmittelamt der Stadt München plakatiert zur „Milchversorgung“, dass es sich als notwendig erweist, den Verbrauch von Milch für alle zu verbieten. „An Kranke kann bis auf weiteres nur bei unmittelbarer Lebensgefahr Milch abgegeben werden. Die Lebensgefahr ist durch ein ärztliches Zeugnis zu bestätigen“.

25. April 1919 – Macht Euch selbst einen Eindruck über die Lage in München

München * Die Kasernenräte fordern in Flugblättern die Weißen Truppen auf, sich selbst einen Eindruck über die wirkliche Lage in München zu verschaffen: „Das Proletariat Münchens garantiert Eurer Abordnung absolute Sicherheit, Ihr könnt jederzeit kommen, Euch alles ansehen und jederzeit ungehindert zurückkehren“.



25. April 1919 – Milde ist Schlappeheit, Gutmütigkeit ist Unzuverlässigkeit

Freistaat Bayern * An die Kommandeure der Regierungstruppen und Freikorps wird folgende Anweisung gegeben: „Die Gruppen haben ihre Aufträge mit Gewalt durchzuführen, jedes Verhandeln mit dem Feinde oder mit der Bevölkerung ist verboten. Milde wird als Schlappeheit, Gutmütigkeit als Unzuverlässigkeit der Truppen gedeutet“. Außerdem erhalten die Regierungssoldaten Belehrungen über die Verkommenheit ihrer Gegner, mit denen sie es in München zu tun haben werden. Eigens ausgebildete Agitatoren bläuen den Soldaten ein, dass die Spartakisten jeden auf der Stelle umbringen, der einen „Noske-Ausweis“ bei sich trägt. Als „Noske-Ausweis“ bezeichnet man umgangssprachlich die Kärtchen, mit denen sich die Regierungssoldaten ausweisen.

26. April 1919 – Die Vorwürfe Ernst Tollers in der Neuen Zeit

München * In der Neuen Zeitung vom 30. April wird die Anklage Ernst Tollers im Hofbräuhaus-Parlament wiedergegeben. „Bei jeder Aktion wird nicht gefragt, ob sie die Lage unserer besonderen Verhältnisse, den Anschauungen der großen Masse unserer arbeitenden Bevölkerung, der Sorge für unsere Gegenwart und Zukunft entspricht, sondern nur, ob sie den Lehren des russischen Bolschewismus gemäß ist, ob Lenin oder Trotzki so oder so im gleichen Falle verfahren würden. [...] Wir Baiern sind keine Russen!“. Außerdem verurteilt Ernst Toller, dass das Volk über die wirkliche Lage im Unklaren gelassen wird und veröffentlicht eine Erklärung dazu.

26. April 1919 – Mit gefälschten Freifahrtsscheinen nach Eichstätt

München-Isarvorstadt - Eichstätt * Vom 18. April bis zur Besetzung der Thule-Büros im Hotel Vier Jahreszeiten und der Verhaftung der noch in München verbliebenen Thule-Mitglieder am 26. April werden weit über 500 Personen zum Teil mit gefälschten Freifahrtsscheinen aus München herausgeschleust und nach Eichstätt gebracht. Unter den Reisenden befinden sich auch Rudolf Heß und der Berufssoldat Ernst Röhm, der sich dem Freikorps Epp anschließen will. In kürzester Zeit ist das Freikorps Oberland zu einem voll bewaffneten Regiment mit 250 Mann ausgebaut.

26. April 1919 – Josef Hofmiller beklagt den Mangel an Information

München-Haidhausen * Josef Hofmiller vertraut seinem Tagebuch folgende Zeilen an: „Seit 13.



April sind wir ohne Zeitungen und von der Außenwelt so abgeschnitten, wie das belagerte Paris, eigentlich viel ärger, weil wir nicht einmal erfahren, was in unserer eigenen Stadt vorgeht. Es könnten die nächsten Bekannten sterben, wir würden es nicht erfahren, da es keine Todesanzeigen gibt. Wir können selbst sterben, unsere nächsten Verwandten würden es nicht erfahren“.

26. April 1919 – Beunruhigend sind die beruhigenden Flugblätter

München-Haidhausen * Ein weiterer Tagebucheintrag von Josef Hofmiller, dem Herausgeber der reaktionären Süddeutschen Monatshefte, beschreibt die unsichere Situation der Bevölkerung: „Es wird allmählich das reinste Geduldsspiel: kommt sie, kommt sie nicht, nämlich die weiße Garde? Wir wissen gar nichts. Am meisten beunruhigt, dass immer wieder beruhigende Flugblätter abgeworfen werden“.

26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.



26. April 1919 – Die Aktivitäten der Thule-Gesellschaft werden aufgedeckt

München * Die Aktivitäten der Thule-Gesellschaft werden von der Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution aufgedeckt. Mit Hilfe von gefälschten Stempeln und Ausweisen hat sich die Thule-Gesellschaft Zugang zur Roten Armee verschafft und alle gesammelten Informationen an die Regierung Hoffmann in Bamberg weitergegeben. Die Angreifer sind damit im Besitz wertvoller Informationen über Abwehrstellungen, Truppenstärke, Bewaffnung und die Verteidigungsstrategie der Roten Armee. Die Durchsuchung der Logen-Räume der Thule-Gesellschaft im Hotel Vier Jahreszeiten bestätigt den Verdacht, aber die Verantwortlichen sind inzwischen geflohen. Allerdings haben sie die Mitgliederkartei vergessen. Dadurch kann die Rote Armee mehrere Mitglieder der Thule-Gesellschaft verhaften. Sie stehen unter dem Verdacht, für die Regierungstruppen und Freikorps geworben zu haben. Anschließend werden sie ins Luitpold-Gymnasium gebracht.

26. April 1919 – Der Einmarsch in München wird organisatorisch vorbereitet

Nordbayern * Generalleutnant Ernst von Oven bereitet den Einmarsch in München organisatorisch vor. Dazu lässt er unter anderem Stadtpläne an die Truppen verteilen.

27. April 1919 – Eugen Leviné beschwert sich über die Zehnerkommission

München * Über das Auftauchen der Zehnerkommission - mit Unterstützung von zehn Angehörigen der Roten Armee - im Beratungszimmer des Vollzugsausschusses beschwert sich Eugen Leviné in der Versammlung im Hofbräuhaus.

27. April 1919 – Die nur einen Tag andauernde Diktatur der Betriebsräte beginnt

München-Graggenau * Anschließend bildet sich eine „Geschäftskommission der Betriebs- und Soldatenräte“, der keine Kommunisten, sondern ausschließlich Mitglieder der USPD, darunter Ernst Toller und Gustav Klingenhöfer angehören. Gustav Landauer bietet diesem sofort seine Mitarbeit an. Sie soll bis zur Wahl eines neuen Aktionsausschusses am nächsten Tag regieren. Damit beginnt die nur einen Tag andauernde „Diktatur der Betriebsräte“.

27. April 1919 – Die Betriebs- und Kasernenräte stürzen die kommunistische Räterepublik



München-Graggenau * Ernst Toller bekräftigt im Hofbräuhaus erneut seine Meinung, dass die jetzige Räteregierung eine „Gefahr für das Proletariat und die Räterepublik“ darstellt. Die Betriebs- und Kasernenräte zwingen den Aktionsausschuss zum Rücktritt und entziehen damit auch dem Vollzugsrat das Vertrauen. Damit beenden sie die kommunistische Diktatur des Proletariats von Eugen Leviné und Max Levien.

27. April 1919 – Lenin beglückwünscht den Freistaat Bayern zur Räterepublik

Moskau - München * Der russische Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin gratuliert telegrafisch aus Moskau zur Räterepublik. Das Schreiben erreicht jedoch keinen der beglückwünschten Empfänger.

27. April 1919 – Im Hofbräuhaus eskaliert schließlich der Konflikt

München-Graggenau * Im Festsaal des Hofbräuhauses eskaliert nun der Konflikt zwischen den Befürwortern und Gegnern der Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann. Verhandlungen mit der Bamberger Regierung sind jedoch nicht mehr möglich, da sowohl die Regierung des Freistaats Bayern als auch die Reichsregierung die Bedingungslose Kapitulation und die Auslieferung aller Führer fordern. „Die Verhältnisse in Südbayern haben sich nunmehr durch Verschulden des Münchener Terrors zum direkten Kriegszustand entwickelt. [...] Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft und unterdrückt werden. Verhandlungen, Besprechungen und Abmachungen mit den Volksfeinden, die unser Südbayern ins Unglück gestürzt haben, sind vergeblich“. Durch diese unnachgiebige Haltung sehen die Kommunisten keine andere Wahl, als bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Sieg oder Niederlage - dazwischen gibt es für sie keine Alternative.

27. April 1919 – Besetzungs-Befehle des Reichswehrtruppenkommandos

Freistaat Bayern * Auf Befehl des Reichswehrtruppenkommandos sind Generalleutnant Ernst von Oven alle bayerischen und württembergischen Truppen einschließlich des Freiwilligen Bayerischen Schützenkorps unter Oberst Franz Ritter von Epp unterstellt.

28. April 1919 – Die Rote Armee ist zur Verteidigung der Diktatur gegründet worden



München * In der KPD-Zeitung Münchener Rote Fahne äußert sich der Chef der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, so: „Die Rote Armee wurde gegründet nicht als Instrument der Politik, sondern als Organ der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik gegen die Konterrevolution der weißen Garden. Entsprechend dieser Aufgabe erklärt das Oberkommando, dass es das revolutionäre Proletariat, koste es was es wolle, gegen die weiße Garde verteidigen wird und sich von keiner Seite, auch nicht von den Betriebsräten, zu einem Verrat an der sozialen Revolution wird zwingen lassen“.

28. April 1919 – Ernst Toller tritt als Truppenkommandant der Roten Armee zurück

München * Ernst Toller legt daraufhin seinen Posten als Truppenkommandant nieder. Er kann es sich gegenüber nicht verantworten, mit den Führern der KPD und der Roten Armee, deren Maßnahmen er verabscheut, zusammenzuarbeiten.

28. April 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte wählen einen neuen Aktionsausschuss

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus treffen sich die Betriebs- und Soldatenräte zur endgültigen Neuwahl des Aktionsausschusses. Lediglich gewählte Betriebsräte sind zugelassen. Der als Mitglied der Pressekommission anwesende Gustav Landauer muss den Saal verlassen.

Ernst Toller erklärt, dass sich der gestrige Beschluss der Betriebsräte nicht gegen die KPD allgemein richtet, sondern gegen Einzelpersonen, die zufällig der KPD angehören. Gustav Klingelhöfer betont in seinem Redebeitrag, dass er sich nur gegen die diktatorischen Maßnahmen einzelner Führer wendet und nicht gegen die KPD insgesamt. Anschließend wird ein zwanzigköpfiger Aktionsausschuss gewählt, der aus 15 Betriebsräten und fünf Soldatenräten besteht. Unter ihnen ist kein Kommunist. Ernst Toller, Gustav Klingelhöfer und Rudolf Egelhofer kandidieren nicht für dieses Gremium.

28. April 1919 – Die Regierung Hoffmann hat sich der Reichswehr ausgeliefert

München * Mit dem Herannahen der Regierungstruppen wird die Zahl derer, die bereit sind zu kämpfen, immer kleiner. Doch die Regierung Hoffmann hat sich bei der Befreiung Münchens praktisch der Reichswehr ausgeliefert. Nachdem sie einmal die Zustimmung zur Reichsexekution gegeben hat, kann sie keinerlei Einfluss mehr auf den ganzen Vorgang ausüben.



28. April 1919 – Späherberichte zeigen eine deutlich sinkende Stimmung

München * Die Späherberichte zeigen ganz deutlich die Stimmung in der Betriebs- und Soldatenräte-Versammlung: „Die Reden in der siebenstündigen Versammlung zeigten, dass man bestrebt ist, so gut es geht den Weg zum Ausgangspunkt zurückzufinden. Das ist die Stellung der vernünftigen und größeren Mehrheit der Münchner Arbeiter“.

28. April 1919 – Die Einschließung Münchens bis zum 30. April befohlen

Freistaat Bayern * Generalleutnant Ernst von Oven befiehlt den Vollzug der Einschließung Münchens bis zum 30. April. Er ordnet an, dass die bayerischen Streitkräfte nicht vorzeitig und vereinzelt losschlagen. Die Befehle für den Zeitpunkt des Einmarsches in München sind eindeutig. Am Freitag, 2. Mai, um 12:00 Uhr, soll gleichzeitig und überraschend in die Landeshauptstadt eingerückt werden und damit dem Gegner möglichst wenig Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Kampfstärke gegeben werden.

28. April 1919 – Max Levien soll mit der Kasse der Kriegsgeschädigten durchgebrannt sein

München * Gerüchte tauchen in München auf, wonach der Kommunistenführer Max Levien mit der Kasse der Kriegsgeschädigten durchgebrannt sei.

28. April 1919 – Giesinger Kommunisten stürmen das Polizeipräsidium

München-Kreuzviertel * Am Abend stürmen achtzig bis einhundert Giesinger Kommunisten das Polizeipräsidium, entwenden und vernichten Material des Erkennungsdienstes und der Fahndungsabteilung und verwüsten das Gebäude. Wertgegenstände und Waffen werden gestohlen. Die Steckbriefsammlung, die Akten der Zigeuner-Nachrichtenstelle und die Einwohnerlisten türmen sich meterhoch in den Höfen des Präsidiums. Sie werden teilweise mit Benzin übergossen und angezündet.

28. April 1919 – Kommunisten besetzen das Wittelsbacher Palais

München * Am Nachmittag besetzen Kommunisten das Wittelsbacher Palais, den Sitz des Aktionsausschusses.



28. April 1919 – Eugen Leviné und Max Levien rechtfertigen das Scheitern ihrer Politik

München-Au * Während das Hofbräuhaus von der Roten Armee belagert wird, findet im Münchner-Kindl-Keller eine Versammlung der Kommunisten statt. Darin versuchen Eugen Leviné und Max Levien das Scheitern ihrer Politik zu rechtfertigen. Dabei erklärt Levien: Es kommt nicht drauf an, „ein paar Tausend Bürgerlichen die Gurgel abzuschneiden“.

28. April 1919 – Die Diktatur der Roten Armee beginnt

München-Graggenau * Noch vor der Wahl wird das Hofbräuhaus von Einheiten der Roten Armee umstellt. Diese fordern die sofortige Beseitigung der Polizei und die Ausstattung des Oberkommandos der Roten Armee mit allen Vollmachten, „um den erfolgreichen Kampf gegen die Weiße Garde und besonders gegen die innere Reaktion führen zu können“. Aus der Diktatur der Betriebsräte ist eine Diktatur der Roten Armee geworden. Unter ihrem Oberkommandierenden Rudolf Egelhofer ist die Wahl des neuen Aktionsausschusses mehr oder weniger gegenstandslos geworden.

28. April 1919 – Vor willkürlichem Machtmissbrauch der Räterepublik bewahren

München-Maxvorstadt * Bis zum Zusammenbruch der Räterepublik sitzen die Revolutionsgerichte über rund 300 Personen zu Gericht. In den drei Wochen Ihrer Tätigkeit gelingt es den Richtern weitgehend, die Angeklagten vor willkürlichem Machtmissbrauch der Räterepublik zu bewahren.

29. April 1919 – Die letzte Ausgabe der „Mitteilungen“ erscheint

München * Die letzte Ausgabe der „Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte“ (Nummer 15) erscheint.

29. April 1919 – Ein von der Militärführung und der Regierung unterzeichnetes Kommuniqué

München * In München wird ein gemeinsam von der Militärführung und der Regierung Hoffmann unterzeichnetes Kommuniqué veröffentlicht, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird: „Wer den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand entgegentritt, wird mit dem Tode bestraft. [...]“



Jeder Angehörige der Roten Armee wird als Feind des bayerischen Volkes und des Deutschen Reiches behandelt“.

29. April 1919 – Zwei Berliner Regierungssoldaten in Oberschleißheim festgenommen

Oberschleißheim * Die Rote Armee nimmt in Oberschleißheim zwei Regierungssoldaten des Berliner 8. Husarenregiments fest. Sie werden in das Luitpold-Gymnasium in der Müllerstraße gebracht und dort inhaftiert.

29. April 1919 – Hinrichtungen in Starnberg von württembergischen Regierungssoldaten

Starnberg * In Starnberg marschieren Regierungstruppen ein. Es folgt ein ungleicher Kampf: Die Roten verfügen über etwa 100, die Weißen über 2.000 Männer. Die Weißen Truppen, darunter die „Gruppe Seutter“, ein Kampfverband aus Württemberg, verhaften in Starnberg Männer, von denen sie glauben, dass sie feindliche Sparakisten wären. Sie werden eingesperrt und ein paar Stunden später auf der Bleicher-Wiese erschossen. Die 27 Spartakisten, andere Quellen sprechen sogar von 37 Kommunisten, werden ermordet, weil sie angeblich Waffen bei sich getragen haben. Diese Anschuldigungen werden mittlerweile bezweifelt. Auch die unbeteiligte Kunstmalerin Sophie Banzer befindet sich unter den Opfern. Sie hatte sich eine rote Bluse angezogen und wird deshalb auf ihrem Anwesen getötet.

29. April 1919 – Die Giesinger „Rote Garde. Abteilung: Bergbräu“

München-Giesing * Die Giesinger „Rote Garde. Abteilung: Bergbräu“ umfasst exakt 232 Mann.

29. April 1919 – In Kolbermoor regiert ein Revolutionärer Arbeiterrat

Kolbermoor * In Kolbermoor regiert ein Revolutionärer Arbeiterrat.

29. April 1919 – Franz von Stuck wird in der Kirchenschule inhaftiert

München-Haidhausen * Der Malerfürst Franz von Stuck wird - nach eigenen Aussagen - „Nachts um zwei Uhr“ von „zwei Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr nach einem Schulgefängnis



in Haidhausen“ gebracht.

29. April 1919 – Anton Graf Arco-Valley wird in die Haidhauser Kirchenschule gebracht

München-Haidhausen * Mitglieder der Roten Armee bringen den beim Attentat schwerverletzten Kurt-Eisner-Mörder Anton Graf Arco auf Valley aus der Chirurgischen Klinik als Geisel in die Haidhauser Kirchenschule.

29. April 1919 – Professor Ferdinand Sauerbruch kommt als Geisel in die Kirchenschule

München-Haidhausen * Professor Ferdinand Sauerbruch, der behandelnde Arzt des Kurt-Eisner-Mörders Anton Graf Arco auf Valley, wird ebenfalls in der Haidhauser Kirchenschule, dem Hauptquartier der Roten Armee, gebracht.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter.

Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern. Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmonate 1918/19 Freiheit und Leben“.

29. April 1919 – Dem Münchener Spießer geschah es schon recht



Schleißheim * Im Jahr 1927 kommt das in insgesamt zehn Auflagen erschienene Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“ auf den Markt. Darin beschreibt Manfred von Killinger seine stark antisemitisch geprägten Erinnerungen als Freikorpsführer der Marine-Brigade-Ehrhardt in der Zeit der Niederschlagung der Münchner Räterepublik. Das Buch beginnt so: „Von Saalfeld kommend, luden wir in Schleißheim aus. Das Vierte Regiment hatte bereits gesichert. Wir bekamen Befehle. München war umstellt. Diesmal würde es zu harten Kämpfen kommen. In München hatte die rote Brut das Heft fest in der Hand. Lewin [!] Leviné-Nissen, Mühsam usw., was waren das für Namen. Waren das Bayern? Jüdisches, internationales Gesindel, die Intellektuellen aus Schwabing. Es musste ja so kommen. Dem Münchener Spießier geschah es schon recht. Jahrelang hatte er das Treiben in Schwabing mit angesehen, das Treiben, das im Simplicissimus seinen Niederschlag gefunden hatte. Jahrelang hatte er behäbig lachend mit angesehen, wie Kirche und Thron von diesen Kreisen in den Dreck gezogen wurden, und das als guten Witz aufgefasst. Jetzt zeigte ihm die Bestie das wahre Gesicht“.

29. April 1919 – Infos der Starnberger Hinrichtungen erreichen das Luitpold-Gymnasium

Starnberg - München-Ludwigsvorstadt * In der Nacht vom 29. zum 30. April erreichen Berichte der Hinrichtungen in Starnberg durch die Regierungssoldaten erreichen das Luitpold-Gymnasium.

30. April 1919 – Nieder mit den Hunden der Weißen Garde !

München * Handzettel mit folgendem Inhalt werden verteilt: „Die Weiße Garde steht vor den Toren Münchens! Nieder mit den Hunden der Weißen Garde!“

30. April 1919 – Die Verhaftung von 500 Geiseln verweigert

München * Stadtkommandant Max Mehrer verweigert die geplante Verhaftung von weiteren 500 Geiseln.

30. April 1919 – Zwei Regierungssoldaten im Luitpold-Gymnasium hingerichtet

München-Isarvorstadt * Um 10 Uhr werden im Hof des Luitpold-Gymnasiums an der Müllerstraße zwei Angehörige des Berliner 8. Husarenregiments - ohne gerichtliches Urteil - erschossen. Sie



haben - nach Misshandlungen - zugegeben, an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar beteiligt gewesen zu sein. Die Hingerichteten sind Regierungssoldaten, die am 29. April in Oberschleißheim gefangen genommen worden waren.

30. April 1919 – Der Kunstprofessor Ernst Berger wird festgenommen

München * Der Kunstprofessor Ernst Berger wird am Nachmittag von Rotarmisten festgenommen, nachdem er über ein Plakat der Räterepublik laut lästerte. Er wird ins Luitpold-Gymnasium gebracht.

30. April 1919 – Kunstprofessor Ernst Berger drängt sich vor

München-Isarvorstadt * Als der 62-jährige Kunstprofessor Ernst Berger im Luitpold-Gymnasium mitbekommt, dass die Bewacher eine Liste erstellen, geht er davon aus, dass diese die freizulassenden Häftlinge enthält. Er bittet um Aufnahme in die Liste. Und der Wunsch wird ihm erfüllt. Doch bei der Liste handelt es sich um die zur Erschießung Ausgewählten.

30. April 1919 – Eine durch nichts zu rechtfertigende Mordaktion

München-Isarvorstadt * Fakt ist, die Mordaktion im Luitpold-Gymnasium ist durch nichts zu rechtfertigen. Fakt ist aber auch, dass sie die einzige ist, die in diesen Tagen von Anhängern der Räterepublik verübt wird. Dennoch ist der „Geiselmord im Luitpold-Gymnasium“ bis heute fester Bestandteil jeder Erzählung über die Münchner Räterepublik. Der Begriff „Geiselmord“ für die Bluttat im Luitpold-Gymnasium ist irreführend, da es sich bei den Opfern um Gefangene handelt. Die Thule-Leute hatten im Hotel Vier Jahreszeiten eine Widerstandszelle eingerichtet. Dort wurden Ausweise der Räterepublik gefälscht, mit denen Freiwillige München verlassen konnten, um sich den Regierungstruppen anzuschließen. Wer sich aber unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges auf derartige Aktivitäten einlässt, muss wissen, dass er mit seinem Leben spielt. In der Geschichtsschreibung herrscht die Auffassung, dass der sogenannte „Geiselmord von München“ die Welle der blutigen Racheaktionen bei den Regierungstruppen ausgelöst hat. Eine andere These besagt, dass die routinemäßige Tötung von Zivilisten und die für ihre Hinrichtung angegebenen Gründe schon zuvor zum Repertoire der Regierungstruppen gehörte.



30. April 1919 – Ernst Toller befürchtet Vergeltungsmaßnahmen der Weißen Truppen

München * Als die Nachricht von den Hinrichtungen bei den - inzwischen gemäßigten - Betriebsräten im Hofbräuhaus-Parlament eintrifft, verlässt Ernst Toller umgehend die Versammlung und begibt sich in das Luitpold-Gymnasium. In der nahezu menschenleeren Schule entdeckt Toller noch sechs Inhaftierte, die die Rotarmisten in einem verschlossenen Raum zurückgelassen haben. Die Befreiung der unter Todesangst stehenden Gefangenen wird in dem späteren Prozess gegen den Dramaturgen eine große Bedeutung erlangen. Ernst Toller befürchtet Vergeltungsmaßnahmen der Weißen Truppen und bittet deshalb Professor Ferdinand Sauerbruch, die Getöteten abholen zu lassen. Doch der Mediziner verweigert diese Bitte.

30. April 1919 – Der Belagerungsring um München wird geschlossen

Dachau * Nach heftigen Gefechten bei Dachau gelingt den Regierungstruppen unter Generalleutnant Friedrich von Friedeburg - trotz heftiger Gegenwehr der Roten Armee - der Durchbruch. Damit kann der Belagerungsring um München durch Regierungssoldaten und Freikorps geschlossen werden. Dass Dachau aufgegeben wird, ist für die Kommunisten ein verhängnisvoller Fehler. „Nachdem auch die Nordfront dem Feinde freiwillig geöffnet war, brach auch der Kampfwille der Arbeiter zusammen. Jetzt war der Demoralisation, der Feigheit, dem Verrat, der Panik weit das Tor geöffnet. Die Massendesertation der Arbeiter setzte ein. Gewehre wurden zerbrochen, in die Isar geworfen, [...] der Zusammenbruch war da. [...] Die weißen Garden konnten ungehindert nach München einmarschieren.“

30. April 1919 – Das Ende der Räterepublik in Starnberg

Starnberg * Der Starnberger Land-und Seebote feiert das Ende der Räterepublik und titelt: „Starnberg frei von Terror“.

30. April 1919 – Franz von Stuck wird aus der Kirchenschule entlassen

München-Haidhausen * Franz von Stuck kann die Kirchenschule unversehrt wieder verlassen, „nachdem ich mit meinen Leidensgefährten aus einem Topf mein ziemlich schmackhaftes Mittagessen (Spartanische Suppe mit Fleisch) erhalten“ hatte.

30. April 1919 – Professor Ferdinand Sauerbruch wird aus der Geiselhaft entlassen



München-Haidhausen * Professor Sauerbruch kann die Kirchenschule wieder verlassen. Er schreibt in seiner im Jahr 1951 erschienenen Autobiographie „Das war mein Leben“, dass er bereits „Zum Tode verurteilt“ war, dann aber auf glückliche Weise gerettet wurde.

30. April 1919 – Anton Graf Arco auf Valley wird von einer Kommunistin gerettet

München-Haidhausen * Auch Anton Graf Arco auf Valley erhält völlig unerwartete Hilfe in der Person von Frau Dr. Hildegard Menzi. Diese ist zu diesem Zeitpunkt Mitglied der KPD und die engste Freundin von Rudolf Egelhofer, dem Oberkommandierenden der Roten Armee. Sie sucht Arco in der Kirchenschule auf, um ihn zu versorgen und vereinbart mit Dr. Rudolf Schollenbruch, einem Arzt mit der roten Armbinde, dass Arco und die anderen Geiseln in ein sicheres Versteck gebracht werden. Arco trifft am Abend wieder in der Chirurgischen Klinik ein.

30. April 1919 – Zerfall der Räteregierung und der Roten Armee

München * In München werden keine Verteidigungsanlagen installiert. Dieser Tag bringt vielmehr der Zerfall der Räteregierung und der Roten Armee. Bei etwas gutem Willen der leitenden Offiziere der heranrückenden Truppen wäre eine geordnete Übergabe oder Rückgabe der Macht möglich gewesen. Doch sie haben kein Interesse an einer friedlichen Verständigung. Durch ihre kompromisslose Haltung fördern sie nur den Widerstandswillen der Fanatiker.

30. April 1919 – Der frühere Stadtkommandant Willy Weinberger ist ertrunken

München-Untergiesing * Am Rechen der Bäckerkunstmühle wird eine uniformierte Leiche aus dem Auer Mühlbach gezogen. Es handelt sich um den früheren Stadtkommandanten Willy Weinberger.

30. April 1919 – Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte im Hofbräuhaus

München-Graggenau * Um 23 Uhr wird eine Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte ins Hofbräuhaus eingeladen. Die Versammlung distanziert sich von den Geismorden. Aus ihrem Kreis wählen die Versammelten gegen



Mitternacht jeweils drei Betriebs- und Soldatenräte, die in Dachau wegen der Übergabemodalitäten für München verhandeln sollen. Ernst Toller beantragt die sofortige Einberufung eines Bayerischen Rätekongresses. Der Antrag wird angenommen. Danach vertagt sich die Versammlung;

30. April 1919 – Im Hof des Luitpold-Gymnasiums werden Geiseln erschossen

München-Isarvorstadt * Zwischen 16:30 und 17.30 Uhr werden im Hof des Luitpold-Gymnasiums weitere acht Geiseln von Angehörigen der Roten Armee - erneut ohne gerichtliches Verfahren und Urteil - erschossen. Nach den Hinrichtungen räumen die Rotarmisten die Schule. Mit Ausnahme des Kunstmalers und Professors Ernst Berger sind die restlichen sieben Erschossenen Mitglieder oder Anwärter auf eine Mitgliedschaft in der Thule-Gesellschaft. Wer den Befehl für die Hinrichtung gegeben hat, kann nicht mehr herausgefunden werden, weil sich der verantwortliche Kommandant bei seiner späteren Festnahme erschießt;

30. April 1919 – Die KPD wirbt zum Eintritt in die Rote Armee

München * Plakate der Roten Armee fordern die Arbeiter und Soldaten auf, die „preußische Herrschaft“ abzuschütteln und sich bewaffnet dem Feind entgegenzustellen. Die KPD wirbt in einem Flugblatt zum Eintritt in die Rote Armee, während sich Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod in Sicherheit bringen;

30. April 1919 – Der neue Aktionsausschuss will die Waffen niederlegen

München - Bamberg * Der neue Aktionsausschuss wendet sich an Ministerpräsident Johannes Hoffmann und erklärt sich bereit, die Waffen niederzulegen. Voraussetzung ist, dass die Weißen Truppen die Stadt nicht betreten werden. Ministerpräsident Hoffmann lehnt das Ansinnen mit den Worten ab: „Bedingung ist unannehmbar. Legt die Waffen nieder, jeder Widerstand ist nutzlos“;

30. April 1919 – Perlacher Rotarmisten gegen das Freikorps Regensburger Volkswehr

Perlach * Im Kampf um München liefern sich in Perlach Rotarmisten und das Freikorps Regensburger Volkswehr ein kurzes Feuergefecht;



1. Mai 1919 – Die Gegenrevolution marschiert

München * In aller Frühe kann die Republikanische Schutztruppe das Luitpold-Gymnasium erobern und große Mengen Waffen erbeuten.

1. Mai 1919 – Das Marianum ist ein Hauptquartier der Weißen Freikorps-Soldaten

München-Untergiesing * Während der Niederschlagung der Münchner Räterepublik ist das Marianum ein Hauptquartier der Giesing stürmenden Weißen Freikorps-Soldaten.

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte fordern zur waffenlosen Demonstration auf

München * In einem anderen Pakataufruf der Betriebs- und Soldatenräte Münchens wird aufgefordert „waffenlos“ auf einer Maikundgebung auf der Theresienwiese zu demonstrieren. Die Räte „protestieren mit Entrüstung gegen die fluchwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben“. Sie fordern auf: „Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen! Arbeiter! Laßt Eure Waffen in den Betrieben! Kommt mit den Frauen und Kindern heraus auf alle großen Plätze und Wiesen! Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. Es lebe der Rätegedanke!“

2. Mai 1919 – Erich Mühsam zur Ermordung von Gustav Landauer

Ebrach * Erich Mühsam, der beim Palmsonntagsputsch von den Republikanischen Schutztruppen verhaftet und ins Zuchthaus Ebrach gebracht worden war, notiert: „Landauer tot. Ich will und kann es nicht für möglich halten und muss es doch glauben [...]. Niemand weiß, welcher Geist hier zerstört ward“.

2. Mai 1919 – Krieg ist Gewalt, Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz!

München * Noch ein Beispiel aus Manfred von Killingers Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“, in der er in verachtlicher Art und Weise seine Sicht auf die Niederschlagung der Räterepublik preis gibt: „Plötzlich höre ich einen Mordskrach vor der [Elisabeth-] Schule. Ein großer, starker Kerl schimpft mit den größten Tönen auf einen Unteroffizier von mir los. Der



bleibt die Ruhe selbst. Da schlängelt sich eine Frau an mich heran. „Aufpassen! Ein Bolschewik. Man will die Bevölkerung gegen die Truppen aufhetzen“. Aha, die Brüder kennen wir. Ich winke Obermaat Zimmermann. „Machen Sie eine Handgranate fertig. Ich werde dem Kerl das Maul verbieten. Hört er nicht augenblicklich auf, dann eins rein in die Kiemen“. Ich fasse den Kerl beim Knopfloch und sage: „Gehen Sie augenblicklich Ihrer Wege, noch einen Ton und ich verspreche Ihnen, dass Sie in den nächsten vierzehn Tagen keinen Ton mehr sprechen“. „Hoho! Da wollen wir doch mal sehen, wer was zu reden hat!“ brüllt er. Krach, da saust ihm die Handgranate in die linke Kiemenseite. Wie vom Blitz getroffen bricht er zusammen. Er erhebt sich, stolpert, fällt wieder. Blut läuft ihm aus Mund und Nase. Er erhebt sich wieder, will was sagen, aber es geht nicht mehr. Er gurgelt etwas und torkelt von dannen. „Guten Morgen, mein Herr, wir pflegen unsere Versprechen einzulösen“. Killing begründet seine menschenverachtende und gewalttätige Einstellung so: „Krieg ist Gewalt, Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz. Mäßigung ist Dummheit, nein, sie ist Verbrechen am eigenen Volk und Staat“.

2. Mai 1919 – Erbitterte Straßenschlachten rund um die Martin-Luther-Straße

München-Giesing * Die Angst und der Hass auf die Giesinger war bei den Nationalsozialisten tief eingeeignet und reichte in die Zeit der Zerschlagung der Räterepublik zurück. Als die Weißen Truppen auf der Tegernseer-Landstraße gegen die Rote Hochburg Giesing vorrücken, postiert die Rote Armee auf dem strategisch günstig gelegenen Turm der Heilig-Kreuz-Kirche ihre Maschinengewehre.

2. Mai 1919 – 52 ehemaligen russischen Kriegsgefangene werden erschossen

Gräfelfing * Die 52 russischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Puchheim werden in der Volksschule Gräfelfing vor ein selbsternanntes Feldgericht gestellt - ohne Berufsrichter. Die Angeklagten haben zudem keine Möglichkeit sich zu verteidigen. Bei Tagesanbruch werden sie in einer Kiesgrube in Gräfelfing erschossen. Man wirft ihnen vor, auf Seiten der Räterepublik und der Roten Armee gekämpft zu haben.

3. Mai 1919 – Jetzt beginnt „die Reinigung von dem roten Gesindel“

München * Jetzt beginnt „die Reinigung von dem roten Gesindel“, wie es eine Zeitung formuliert. Nicht Befreiung, sondern Terror einer grausamen Soldateska müssen die Münchner in den nächsten Tagen erleben. Willkürliche Erschießungen, furchtbare Folterungen und Morde werden



begangen. Oskar Maria Graf schreibt: „Überall zogen lange Reihen verhafteter, zerschundener, blutig geschlagener Arbeiter mit hochgehaltenen Armen. Seitlich, hinten und vorne marschierten Soldaten, brüllten, wenn ein erlahmter Arm niedersinken wollte, stießen mit Gewehrkolben in die Rippen, schlugen mit Fäusten auf die Zitternden ein. [...] Das sind alle meine Brüder, dachte ich zerknirscht. [...] Sie sind alle Hunde gewesen wie ich, haben ihr Leben lang kuscheln und sich ducken müssen, und jetzt, weil sie beißen wollten, schlägt man sie tot. [...] Tage hindurch hörte man nichts mehr als Verhaftungen und Erschießungen. [...] Die Räterepublik war zu Ende. Die Revolution war besiegt. Das Standgericht arbeitete eifrig“.

3. Mai 1919 – Die Münchner Tageszeitungen erscheinen wieder

München * Nach fast dreiwöchiger Abstinenz erscheinen in München wieder bürgerliche Tageszeitungen, die in der Räterepublik verboten waren.

4. Mai 1919 – Ret Marut gelingt die Flucht

München * Ret Marut [= B. Traven], der Leiter der Zensurbehörde in der Ersten Räterepublik, wird von Studenten, die sich der Weißen Garde angeschlossen haben, erkannt und von Regierungstruppen vor ein Feldgericht gebracht. Dieses besteht aus einem Offizier, der entscheidet, ob der Verhaftete sofort standrechtlich erschossen wird oder nicht. Im Zweifelsfall wird das Todesurteil vollstreckt, weil das sicherer sei. Noch vor seiner Vernehmung gelingt dem Schriftsteller - mit Unterstützung von zwei Soldaten - die Flucht.

6. Mai 1919 – Die Bilanz der Toten ist sehr einseitig

München * Zwischen dem 29. April und 6. Mai 1919 kommen in München zwischen 600 und über 1.000 Menschen ums Leben. Die Bilanz der Toten ist sehr einseitig. Es sterben 58 Regierungssoldaten und 93 bewaffnete Anhänger der Räterepublik. Der größte Teil sind jedoch unbeteiligte Zivilisten.

10. Mai 1919 – Dr. Fritz Gerlich kehrt wieder nach München zurück

München * Nach der blutigen Niederschlagung der Räterepubliken kehrt Dr. Fritz Gerlich wieder nach München zurück. Er überarbeitet dort das „antikommunistische Material für die Aufklärung



und Erziehung der Reichswehr“ und tritt als Redner vor den Soldaten auf.

14. Mai 1919 – Towia Axelrod wird im Achenal verhaftet

Tirol * Towia Axelrod, der politische Kommissar in der kommunistischen Räterepublik, wird im Achenal verhaftet und nach Bayern ausgeliefert. Er wird 15 Jahre Festungshaft erhalten.

21. Mai 1919 – Silvio Gesell und Emil K. Maenner werden verhaftet

München * Die ehemaligen Volksbeauftragten für Finanzen Silvio Gesell [1. Räterepublik] und Emil K. Maenner [2. Räterepublik] werden verhaftet.

23. Mai 1919 – Adolf Hitler sagt gegen den Soldatenrat Georg Dufter aus

München * Das früheste nachweisbare Dokument aus Adolf Hitlers politischer Laufbahn ist ein Protokoll vom 23. Mai 1919, in dem der Gefreite vor einer militärischen Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge als Zeuge gehört und in dieser Funktion gegen den Soldatenrat Georg Dufter, der zugleich Mitglied der USPD ist, auftritt. Über Dufter, der die Propagandaabteilung des 2. Infanterieregiments geleitet hat, sagt Adolf Hitler im Standrechtlichen Vernehmungsbüro folgendes aus: „Dufter war einer der ärgsten und radikalsten Hetzer des Regiments und hat jederzeit für die Räterepublik Propaganda gemacht. In den öffentlichen Versammlungen des Regiments hat er jederzeit den radikalsten Standpunkt vertreten und für die Diktatur des Proletariats agitiert. Dass einzelne Teile des Regiments der roten Armee sich anschlossen, ist jedenfalls auf die Propagandatätigkeit des Dufter und des Bataillonsrates Reiß zurückzuführen. Durch seine Hetzereien gegen die Regimentstruppen, die Dufter noch am 7. Mai belästigte, hat er bewirkt, dass auch Regimentsangehörige an diesem Nachmittage mit den Pionieren sich zu Feindseligkeiten gegen die Regierungstruppen hinreißen ließen.“

2. Juni 1919 – Der Prozess gegen den Kommunistenführer Eugen Leviné beginnt

München-Au * Vor dem Standgericht in der Au beginnt der Prozess gegen den Kommunistenführer Eugen Leviné. In seiner Verteidigungsrede sagt er: „Wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub, dessen bin ich mir bewusst. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein



noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muss zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ich sehe auf jeden Fall Ihrem Spruch mit Gefasstheit und mit einer inneren Heiterkeit entgegen. Die Ereignisse sind nicht aufzuhalten. Die Staatsanwaltschaft glaubt, die Führer hätten die Massen aufgepeitscht. Wie die Führer die Fehler der Massen nicht hintertreiben konnten unter der Scheinräterepublik, so wird auch das Verschwinden des einen oder des anderen Führers unter keinen Umständen die Bewegung hindern. Und über kurz oder lang werden in diesem Raume andere Richter tagen, und dann wird der wegen Hochverrats bestraft werden, der sich gegen die Diktatur des Proletariats vergangen hat.“

16. Juli 1919 – Ernst Toller wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt

München * Erich Mühsam wird zu fünfzehn Jahre Festungshaft verurteilt. Im Urteil heißt es: „Mühsam hat sich durch seine Tätigkeit bei Aufmachung der ersten Räterepublik als das treibende Element erwiesen. [...] Bei Mühsam ist nicht festgestellt worden, dass seine Handlungsweise aus ehrloser Gesinnung entsprungen ist; so werden ihm auch mildernde Umstände zugebilligt; denn er hat zeitlebens in ehrlicher Überzeugung, wenn auch mit einem an psychopathischen Zustand grenzenden Fanatismus, die Durchführung seiner Ideen verfochten hat. Die Beweiserhebung aber hat ergeben, dass Mühsam während der ganzen Revolutionszeit einen höchst verderblichen Einfluss auf die an sich erregten Massen in skrupelloser Weise ausgeübt hat. Die Verhängung der Höchststrafe ist daher geboten“. Man unterstellt Toller jedoch eine ehrenhafte Gesinnung, was ihm - anders als Eugen Leviné - letztlich das Leben rettet. Er wird zunächst nach Eichstätt überführt.

8. August 1919 – Alois Lindner wird an der österreichisch-ungarischen Grenze aufgegriffen

Ungarn * Nach dem Zusammenbruch der Räterepublik in Ungarn wird Alois Lindner an der österreichisch-ungarischen Grenze aufgegriffen und von Österreich an Bayern ausgeliefert.

11. August 1919 – In der Weimarer Republik wird das Eheverbot für Lehrerinnen aufgehoben

Weimar * Erst in der demokratischen Weimarer Republik darf die Lehrerin vom Hochzeitsmahl wieder an die Schultafel zurückkehren. Das Zölibat für Beamtinnen wird durch die Weimarer Verfassung aufgehoben.



11. August 1919 – Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft

Weimar * Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft. Diese enthält stärkere zentralistische Elemente und schränkt die Eigenständigkeit der alten Staaten ein. Die Preußische Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße besteht weiter. Sie hat nun die Aufgabe den Kontakt zwischen den beiden Länderregierungen zu vermitteln und Probleme, die im Reichsrat zu verhandeln sind, vorher zu koordinieren und abzustimmen.

11. August 1919 – Erwachsenenbildung als verpflichtende Aufgabe

Deutsches Reich * In der Weimarer Republik erhält die Erwachsenenbildung Verfassungsrang. Der Artikel 148 Abs. 3 der Reichsverfassung macht die Förderung der Erwachsenenbildung zu einer verpflichtenden Aufgabe für das Reich, die Länder sowie die Gemeinden und hebt dabei besonders die Volkshochschulen hervor. Diese bilden in dieser Zeit die wesentlichen Züge ihrer inneren und äußeren Form aus und werden zur bedeutendsten Institution der Erwachsenenbildung. Sie sind sowohl gesellschaftstheoretisch als auch pädagogisch-didaktisch auf Demokratisierung ausgerichtet. Seinen Ausdruck fand dieser Ansatz vor allem in der Sozialform der Arbeitsgemeinschaft.

5. September 1919 – Bayerns Bischöfe lehnen die demokratische Weimarer Verfassung ab

München * Alle acht bayerischen Bischöfe lehnen die demokratische Weimarer Verfassung mit der Begründung ab: „Halte sich wenigstens der Priesterstand das Gewissen rein und frei gegenüber einer Republik und ihrer Verfassung, die aus der Sünde der Revolution und damit aus dem Fluche geboren sind und diesen Fluch bis in das dritte und vierte Geschlecht vererben werden“.

15. September 1919 – Die demokratische Bayerische Verfassung tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Die Verfassung des Freistaats Bayern tritt mit ihrer Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Bayern in Kraft. Sie bildet die Grundlage des bayerischen Staatslebens bis zum Jahr 1933. In Artikel 2 heißt es: Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus. In Artikel 15 heißt es: Alle Bayern sind gleich. Der bayerische Adel ist aufgehoben. Die Idee der Räterepublik findet trotz der revolutionären Entstehungsgeschichte nur wenig Berücksichtigung. Lediglich die plebiszitären Elemente



Volksbegehren und Volksentscheid werden aufgenommen. Der Landtag besitzt die uneingeschränkte Gesetzeshoheit einschließlich der Verfassungsgesetzgebung.

Februar 1920 – 5.233 Strafprozesse gegen Räterepublikaner

München * 5.233 Strafprozesse gegen Räterepublikaner werden eröffnet. Zehn Todesurteile werden ausgesprochen und vollzogen. Viele werden zu langen Haftstrafen verurteilt. Auf Milde dürfen sie nicht hoffen.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch beginnt

Berlin * Unter der Führung von General Walther von Lüttwitz wird - mit Unterstützung von General Erich Ludendorff - ein konterrevolutionärer Putsch gegen die nach der November-Revolution geschaffene Weimarer Republik versucht. Wolfgang Kapp, der Namensgeber des Putsches, spielt mit seiner Nationalen Vereinigung nur eine untergeordnete Rolle. Gründe für den Putsch sind die Republikfeindlichkeit der Anführer sowie die Frustration vieler früherer Soldaten, die in etwa 120 Freikorps organisiert sind und weil die politischen Generäle nicht gewillt sind, auf die Instrumente ihrer politischen Macht zu verzichten. Der Putschversuch scheitert nach 100 Stunden.

31. März 1920 – Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen

München * Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen. Hauptmann Karl Mayr unterstützt ihn offenbar geistig-politisch als auch finanziell. Hitlers in der Münchner Revolutionszeit und Räteherrschaft radikalisierten Antisemitismus wird durch Mayr ebenfalls bestärkt.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation



gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.

15. Juli 1920 – Ludwig Thoma schreibt für den Miesbacher Anzeiger

Tegernsee * Ludwig Thoma schreibt für den Miesbacher Anzeiger antisemitische und gegen die demokratische Weimarer Republik gerichtete Artikel. Es werden bis zu Thomas Tod 167 derartiger Artikel werden.

29. August 1921 – Eine Republikschutz-Verordnung wird erlassen

Berlin * Nach der Ermordung des bayerischen USPD-Vorsitzenden Karl Gareis am 9. Juni und dem tödlichen Anschlag auf den Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger, am 26. August erlässt Reichspräsident Friedrich Ebert eine Republikschutz-Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

12. September 1921 – Ministerpräsident Gustav von Kahr tritt aus Protest zurück

München * Gustav Ritter von Kahr tritt aus Protest als Ministerpräsident zurück und übernimmt seinen früheren Posten als Regierungspräsident von Oberbayern wieder. Der Grund für seinen Protest ist die am 29. August erlassene Republikschutz-Verordnung, die im Anschluss an die Ermordung von Matthias Erzberger erlassen worden war. Dadurch kann Kahr die Auflösung der Einwohnerwehr nicht verhindern.

28. September 1921 – Eine zweite Republikschutz-Verordnung wird erlassen

Berlin * Eine zweite, erweiterte Republikschutz-Verordnung wird erlassen.

16. Dezember 1921 – Der Reichstag hebt die Republikschutz-Verordnungen wieder auf



Berlin * Der Reichstag hebt die Republikschutz-Verordnungen vom 29. August und 28. September wieder auf.

1922 – Die Inflation und die Straßenbahn

München * Die Inflation, die durch die Kriegsfinanzierungspolitik des Kaiserreichs verschuldet und von der Weimarer Republik zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit fortgeführt worden ist, bringt das Münchner Verkehrsunternehmen an den Rand des Erträglichen. Weitere Streckenausbauten und dringend notwendige Neubeschaffungen im Wagenpark können nicht realisiert werden. Die Anpassung der Tarife hechelte der Geldentwertung hinterher. Alleine im Jahr 1922 gibt es 13 Tarifierhöhungen. Kosten zwei Teilstrecken am 1. März noch 1,50 Mark, so erhöht sich der Preis bis zum 31. Dezember auf 70 Mark. Doch dann geht's erst richtig los.

26. Juni 1922 – Reichspräsident Ebert erlässt erneut zwei Republikschutz-Verordnungen

Berlin * Reichspräsident Friedrich Ebert erlässt erneut zwei Republikschutz-Verordnungen. Ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird eingerichtet und die Straftatbestände neu aufgelistet.

21. Juli 1922 – Ein Republikschutzgesetz wird vom Reichstag erlassen

Berlin * Ein Gesetz zum Schutze der Republik (Republikschutzgesetz) wird vom Reichstag erlassen.

27. August 1922 – Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet

München - München-Maxvorstadt * Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet. Für die anreisenden Zehntausenden von Gläubigen wird ein großer Festgottesdienst auf dem Königsplatz abgehalten, bei dem sich die katholische Kirche mit eindrucksvollem Gepränge darstellt. Die Straßen der Stadt sind mit Fahnen geschmückt, nur das Schwarz-Rot-Gold der Weimarer Republik ist demonstrativ vergessen worden. Kardinal Michael von Faulhaber enthält sich bei dieser zur politischen Kundgebung umgestalteten Veranstaltung weder politischer noch demokratiefeindlicher Äußerungen und ruft in seiner Ansprache zum Kampf der Kirche gegen den Staat auf: „Wehe dem Staat, der seine



Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen“. Diesem Satz folgt ein - von den dicht gedrängten Besuchern stürmisch bejubelter - rhetorischer Tiefschlag gegen die Republik und ihrer Gründer: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet“. Diese Worte wirken, wie Faulhaber später einmal recht zufrieden feststellt, wie eine Bombe. Der Kardinal versagt sich damit wieder einmal - mit seiner ganzen Autorität und in der Öffentlichkeit - der Weimarer Republik und bereitet damit - ohne das möglicherweise direkt zu beabsichtigen - Adolf Hitler den Weg. Schon damals stellt die sozialdemokratische Münchener Post unter der Überschrift „Wohin des Wegs, Herr Kardinal?“ fest: „Seine Ansichten sind ein Beweis für den Machthunger der römischen Kirche und ihres Klerus, die nicht mit dem Staat in Frieden und Verträglichkeit zusammenleben, sondern ihn um jeden Preis beherrschen wollen.“ Die in Anwesenheit der Spitzen von Kirche, Staat und Gesellschaft gemachten Aussagen des Kardinals führen allerdings auch zu einem „weltweit hallenden Eklat“ und veranlasst die - konservative - Reichsregierung, sich bei Papst Pius XI. zu beschweren. Damit, dass sich ein Widerstand derjenigen Katholiken formiert, die im neuen Staat ehrlich mitarbeiten wollen, hat Faulhaber nicht gerechnet.

30. August 1922 – Konrad Adenauer widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber

München * Der Präsident des Katholikentages, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber zwar erst drei Tage später, verwahrt sich aber immerhin öffentlich gegen diese Aussagen: „Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht. [...] Es verrät Mangel an historischem Blick, die heutige Verfassung verantwortlich zu machen für die heutigen Zustände“. Denn, so Adenauer weiter: „Wenn im Herbste der Wind die Blätter von den Bäumen fegt, so ist der Wind nur der Anstoß, denn die Blätter waren alt und müde, und wenn der Sturm Äste und Bäume bricht, so war der Sturm bloß der Anstoß, denn die Bäume und Äste waren alt, denn wären sie nicht morsch und lebensschwach gewesen, so hätten sie den Sturm überdauert.“ Und der Rheinländer setzte noch einen drauf, als er sagte: „Wie ich an das Walten einer Gerechtigkeit glaube, so glaube ich auch daran, daß etwas, was gut und stark ist, nicht untergehen kann“. Jetzt wird Kardinal Faulhaber richtig zornig. „Herr Oberbürgermeister“, herrscht der Münchner Erzbischof den späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie einen Schuljungen an: „Sie haben unserem



König nicht die schuldige Achtung erwiesen“. In einer Denkschrift hält Konrad Adenauer die Gefährlichkeit der Haltung und Auffassung des Kardinals in aller Deutlichkeit fest: „Die Haltung des Kardinals Faulhaber ist unverträglich mit den Interessen des deutschen Katholizismus. Er muß entweder eine grundsätzliche Schwenkung einnehmen oder dazu angehalten werden, sich jeder politischen Betätigung auf das Strikteste zu enthalten“.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“. Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

29. März 1924 – Das Bayerische Konkordat - ein Staatsvertrag

München * Durch die Revolution und der damit verbundenen veränderten Staatsform wird dem Staatskirchentum das Fundament entzogen. Deshalb versucht die katholische Kirche seit dem Jahr 1920 vergeblich, einen Staatsvertrag - ein Konkordat - mit den Vertretern der Weimarer Republik zu schließen, mit dem ihre Stellung im Staat fest definiert wird. Nachdem sich dieser Weg so nicht realisieren lässt, beginnt der päpstliche Nuntius in München, Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., gemeinsam mit Kardinal Michael von Faulhaber, mit dem republikanischen Freistaat Bayern ein Konkordat abzuschließen. Das bayerische Konkordat sichert der Kirche nach Außen den Schutz durch den Staat zu und gibt ihr gleichzeitig die völlige Unabhängigkeit nach Innen. Die Ernennung und Abberufung von Professoren an den theologischen



Fakultäten der Universitäten und der Religionslehrer an den höheren Schulen obliegen nun allein den Bischöfen, die wiederum nur vom Papst ernannt werden. Der Religionsunterricht wird zum Hauptfach an den Schulen erklärt und die Bekenntnisschule zur Regelschule gemacht. Schulgebet und Schulgottesdienste werden staatsrechtlich abgesichert. Weiter wird festgelegt, dass der Freistaat Bayern feste Beträge an die Kirche abzutreten und bei finanziellen Notlagen die Kirche zu unterstützen hat. Der Steuerzahler finanziert die Gehälter und Wohnungen der Geistlichen, ihre Ruhestandsgelder, Gebäude usw. Die katholische Kirche in Bayern lässt sich ihre Ausgaben zu einem großen Teil vom Staat zahlen, ohne gleichzeitig dessen Kontrolle dulden zu müssen. Dazu wird die Kirchensteuer festgeschrieben. Das „bayerische Konkordat“ hat Vorbildfunktion für weitere Abkommen zwischen Staat und Kirche.

1. April 1924 – Der Hitler-Ludendorff-Prozess endet

München-Neuhausen • Der Prozess gegen die Beteiligten am Hitler-Ludendorff-Putsch wird mit einem Urteil beendet. Hitler wird wegen Hochverrats zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft und einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt, ebenso Kriebel, Weber und Pöhner. Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhalten wegen Beihilfe jeweils ein Jahr und drei Monate Festungshaft sowie 100 Goldmark als Strafe auferlegt. Ludendorff wird mit der wenig glaubwürdigen Begründung, dass er keine Kenntnis von den eigentlichen Plänen Hitlers gehabt hätte, freigesprochen. Den Verurteilten Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel wird durch Beschluss des Volksgerichts nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von sechs Monaten Bewährung für den Strafreis in Aussicht gestellt. Für Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick wird diese Bewährung sofort bewilligt. Die Staatsanwaltschaft hatte für Hitler eine Strafe von acht Jahren beantragt. Von der zwingenden Ausweisung Hitlers als Ausländer nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik sieht das Volksgericht ausdrücklich ab. Ebenso berücksichtigt es nicht, dass der 1922 wegen Landfriedensbruch verurteilte Hitler bereits unter Bewährung stand und ihm daher nicht erneut Bewährung gewährt hätte werden dürfen. Die Volksgerichte sind für die ihnen zugewiesenen Fälle in Bayern erste und letzte Instanz, so dass gegen ihre Urteile keine Rechtsmittel statthaft sind. Das Urteil ist somit sofort rechtskräftig.

26. April 1925 – Paul von Hindenburg wird zum Reichspräsidenten gewählt

Berlin - Deutsches Reich * Im Alter von 77 Jahren wird Paul von Hindenburg als Vertreter des



antirepublikanischen Reichsblock zum Reichspräsidenten gewählt. nbsp;nbsp;

1928 – Dr. Fritz Gerlich und der „Konnersreuther Kreis“

München * Dr. Fritz Gerlich bewegt sich verstärkt in katholischen Kreisen. Im „Konnersreuther Kreis“ finden sich konservative Katholiken zusammen, die die Weimarer Republik retten wollen und „gegen die immer schärfere Radikalisierung des deutschen politischen Lebens eine Zeitung zu schaffen, um der Gefahr dieser Entwicklung mit der Macht des Naturrechts und der Festigkeit der christlichen Grundsätze entgegenzutreten“.

3. April 1930 – Helmut Kohl wird in Ludwigshafen geboren

Ludwigshafen * Helmut Kohl, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Ludwigshafen geboren.

Oktober 1930 – Die erste Ausgabe des „Illustrierten Sonntag“ erscheint

München * Im neugegründeten „Naturverlag“ erscheint die erste Ausgabe des „Illustrierten Sonntag“ mit Dr. Fritz Gerlich als „Chefredakteur“. Aus der unbedeutenden „Sonntagszeitung“ macht er in nur zwei Jahren ein viel beachtetes „politisches Kampfblatt gegen den Nationalsozialismus“. Gerlich hat sich von einem scharfen Nationalisten mit antidemokratischen Sympathien zu einem erbitterten Gegner Hitlers und einem wütenden Verteidiger der Weimarer Republik entwickelt.

31. Juli 1932 – NSDAP wird stärkste Partei

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei im Deutschen Reich. Eine absolute Mehrheit erreicht sie jedoch nicht. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der schweren Wirtschafts- und Staatskrise der Weimarer Republik, die von hoher Arbeitslosigkeit, politischer Instabilität und wachsender Unzufriedenheit geprägt ist. Obwohl Adolf Hitler zunächst nicht zum Reichskanzler ernannt wird, markiert die Wahl einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.



11. September 1933 – Ein Denkmal für die Befreiung Münchens von den Räten

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein beantragt „ein Denkmal für die Befreiung Münchens vom Rätewahnsinn. [...] Zur dauernden Erinnerung an die geschichtlich bedeutsamen Maitage und als Dank für das Opfer des Lebens von über 200 Freikorpsoldaten“. Der Münchner Stadtrat schreibt daraufhin einen Wettbewerb für eine „Erinnerungsstätte zum Gedenken an die Befreiung Münchens 1919“ aus. Diese soll am Ostrand der Ramersdorfer Muster-Siedlung aufgestellt werden und die über Ramersdorf ankommenden Autobahnbenutzer begrüßen. Doch der für Ramersdorf geplante „Autofahrerschreck“ kommt nicht zur Aufstellung, dafür wird Giesing - aufgrund seiner „linken“ Vergangenheit - vom Nazi-Stadtrat als Standort für ein Freikorps-Denkmal auserkoren.

7. April 1944 – Gerhard Schröder wird in Blomberg geboren

Blomberg * Gerhard Schröder, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende, wird in Blomberg geboren.

9. Mai 1945 – Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Dachau

Dachau * Die KZ-Gedenkstätte Dachau wird feierlich eröffnet. Das stellt einen Wendepunkt in der deutschen Erinnerungskultur dar, denn erstmals wird ein ehemaliges Konzentrationslager in der Bundesrepublik dauerhaft als staatlich anerkannte Gedenkstätte eingerichtet. Bis dahin ist das Gelände nur teilweise erhalten, und über seine künftige Nutzung war jahrelang gestritten worden. An der Eröffnungsfeier nehmen teil: ehemalige Häftlinge aus vielen europäischen Ländern, Vertreter der Bundesregierung und des Freistaats Bayern, Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche, internationale Delegationen, zahlreiche Münchner Bürger. Die Feier steht ganz im Zeichen des Gedenkens an die mehr als 200.000 Häftlinge, die zwischen 1933 und 1945 durch Dachau gegangen sind, sowie der über 40.000 Menschen, die dort oder infolge ihrer Haft starben. Bundespräsident Heinrich Lübke kann nicht persönlich an der Einweihung teilnehmen, übersendet jedoch ein Grußwort.

23. Februar 1946 – Adenauer: „Die Bischöfe hätten viel verhindern können“

Bonn * Konrad Adenauer, ein entschiedener Katholik und späterer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, schreibt an Pastor Bernhard Custodis in Bonn über die Bischöfe im



Dritten Reich die nachfolgenden Zeilen: „Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das keine Schande, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man besser.“

1. Dezember 1946 – Das Volk stimmt der Bayerischen Verfassung zu

München - Freistaat Bayern * In einer Volksabstimmung wird die unter der Führung des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner ausgearbeitete Bayerische Verfassung mit einer Mehrheit von 70,6 Prozent angenommen. Die Verfassung des Freistaates Bayern regelt die Selbstständigkeit des Freistaates als Land der Bundesrepublik Deutschland.

27. März 1947 – Der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB

München-Ramersdorf * Unter dem Motto „In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen“ findet vom 27. bis 29. März 1947 in einer Großküche in der Rosenheimer Straße in München der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB statt. Der BGB bildet den Dachverband für insgesamt 13 Gewerkschaften. Als Lehre aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik ist das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zentral: Überkonfessionell, parteipolitisch ungebunden, „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“.

29. März 1948 – Die Bayernpartei - BP erhält ihre Lizenz

München * Mit der Lizenzierung der Bayernpartei - BP am 29. März 1948 erwächst der CSU in Bayern eine nicht ganz ungefährliche Konkurrenz. Unter der Führung von Joseph Baumgartner, der von 1945 bis 1947 der CSU angehört hatte, kämpft die Bayernpartei für einen selbstständigen bayerischen Staat, bekämpft den Bonner Zentralismus und lehnt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab.

1. Juli 1948 – Der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung

Frankfurt am Main * Im Verwaltungsgebäude der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt am Main, dem



Sitz des US-amerikanischen Hauptquartiers, treffen sich auf Anweisung der drei Militärgouverneure der westlichen Siegermächte die elf westdeutschen Ministerpräsidenten. Ihnen wird - wie Befehlsempfänger - der Auftrag erteilt, bis zum 1. September 1948 eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die künftige Bundesrepublik Deutschland einzuberufen. Diese muss eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten schafft.

1. September 1948 – Der Parlamentarische Rat nimmt seine Arbeit auf

Bonn * Der Parlamentarische Rat beginnt im Museum Alexander Koenig in Bonn mit der Formulierung des Grundgesetzes. Den elf westdeutschen Ministerpräsidenten war am 1. Juli 1948 von den drei Militärgouverneuren der westlichen Siegermächte der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung für die künftige Bundesrepublik Deutschland erteilt worden.

8. Mai 1949 – Der Parlamentarische Rat beschließt die Vorlage des Grundgesetzes

Bonn * Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wird in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 zur Zustimmung den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder vorgelegt.

20. Mai 1949 – Der bayerische Landtag und die CSU lehnen das Grundgesetz ab

München - Freistaat Bayern * Nach mehr als vierzehn Stunden heftiger und leidenschaftlicher Diskussion beschließen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags die Ablehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Von den 174 Abgeordneten stimmen 64 mit „Ja“, 101 mit „Nein“, 9 „enthalten“ sich. Die Ablehnung erfolgt aufgrund einer Empfehlung der bayerischen Staatsregierung. Große Teile der regierenden CSU empfinden das Grundgesetz in seiner vorliegenden Fassung als Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns.

23. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird verkündet

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung fest, dass das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder



angenommen worden ist. Das Grundgesetz wird - nach der Ratifizierung durch alle anderen Bundesländer - in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates verkündet. Es tritt mit Ablauf des Tages in Kraft.

24. Mai 1949 – Das Grundgesetz schafft in der BRD die Todesstrafe ab

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Todesstrafe wird durch das Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland mit Artikel 102 abgeschafft. Zwischen 1946 bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes werden 125 Todesurteile gefällt und davon 24 vollstreckt.

24. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Seit 0:00 Uhr ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig.

14. August 1949 – Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem Bundeskanzler-Kandidaten Konrad Adenauer 31,0 Prozent und 139 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Schumacher erringt 29,2 Prozent der Stimmen und 131 Sitze. Die FDP bekommt 11,9 Prozent und 52 Sitze. Die DKP kommt auf 5,7 Prozent und 15 Sitze. Insgesamt sind zehn Parteien im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.

12. Oktober 1949 – Der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Mit einem Gründungskongress im Deutschen Museum wird der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB von 16 Branchengewerkschaften ins Leben gerufen. Der Bayerische Gewerkschaftsbund - BGB löst sich zuvor als Landesorganisation auf und geht in den DGB-Bezirk Bayern über. Das „Parlament der Arbeit“ wählt den 74-jährigen Hans Böckler zu seinen Vorsitzenden. Mit der Gründung des DGB wird auch die politische Spaltung der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Republik überwunden. Nun gilt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, also einer parteipolitisch neutralen Organisation, die sich ausschließlich um Fragen der Arbeitnehmer*innen widmet.



1950 – Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 136 Liter

Bundesrepublik Deutschland * Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 136 Liter.

1951 – Das Gesetz über Wohnungseigentum ermöglicht Eigentumswohnungen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Das Gesetz über das Wohnungseigentum ermöglicht den Wunsch nach einer „dinglichen Sicherung von Wohnräumen für den Wohnungsinhaber“. Damit besteht erneut die Möglichkeit der Teilung von Gebäuden in Bruchteiligentum.

1953 – Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes

Bundesrepublik Deutschland * Nach dem Zweiten Weltkrieg geht es an den Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes. Ein wichtiger Schritt dazu ist das Edelmetall-Motordrehwähler-System der Firma Siemens. Dem elektromagnetischen folgt das Elektronische Wählsystem, das zum digitalen System führt.

1953 – Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen.

6. September 1953 – Ergebnis der Bundestagswahl 1953

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,2 Prozent [+ 14,2] und 249 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 29,8 Prozent der Stimmen [- 0,4] und 162 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 2,4] und 53 Sitze. Die DKP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE zieht mit 5,9 Prozent und 27 Sitzen in den Deutschen Bundestag ein. Unter den 487 Abgeordneten befinden sich 129 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

1954 – Dr. Hermann Schüleln erhält das Große Verdienstkreuz



Bonn * Dr. Hermann Schüle wird mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Ehrung würdigt seine herausragenden Leistungen als Unternehmer sowie seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur internationalen Reputation der deutschen Brauwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

17. Juli 1954 – Angela Merkel wird in Hamburg geboren

Hamburg * Angela Merkel, die spätere Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Hamburg geboren.

14. Oktober 1954 – Das Kindergeld ab dem 3. Kind wird eingeführt

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Das Kindergeld wird in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Es beträgt 25.- DM pro Monat und wird ab dem dritten Kind bezahlt.

20. Dezember 1955 – Anwerbeabkommen mit Italien

Bundesrepublik Deutschland - Italien * Zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

1957 – Die höhere Besteuerung von berufstätigen Frauen wird abgeschafft

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Steuervorschrift, wonach berufstätige Ehefrauen höher besteuert - und damit „ins Haus zurückgeführt“ werden, wird aufgehoben.

17. Juni 1957 – Ein Bundesgesetz erweitert die Ladenschöffnungszeiten

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ein Bundesgesetz erweitert die Ladenschöffnungszeiten am ersten Samstag im Monat bis 18.00 Uhr.

15. September 1957 – Ergebnis der Bundestagswahl 1957



Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 50,2 Prozent [+ 5,0] und 277 Sitze. Die CSU kommt in Bayern auf 57,2 Prozent. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 31,8 Prozent der Stimmen [+ 3,0] und 181 Sitze. Die FDP bekommt 7,7 Prozent [- 1,8] und 43 Sitze. Die DKP tritt nicht zur Wahl an. Sie wurde im Vorjahr verboten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er kann mit der CDU/CSU mit absoluter Mehrheit regieren.

1958 – Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen. Bis dahin hat der Ehemann dieses Vorrecht.

1959 – Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters wird aufgehoben

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters über die Kindererziehung wird aufgehoben.

29. März 1960 – Anwerbeabkommen für spanische Arbeitskräfte

Bundesrepublik Deutschland - Spanien * Zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung spanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

30. März 1960 – Anwerbeabkommen für griechische Arbeitskräfte

Bundesrepublik Deutschland - Griechenland * Zwischen Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung griechischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

9. August 1960 – Das Jugendarbeitsschutzgesetz verbietet die Kinderarbeit

Bonn * Kinderarbeit wird in der Bundesrepublik Deutschland durch das



„Jugendarbeitsschutzgesetz“ generell verboten, indem es das Mindestalter für die Beschäftigung Jugendlicher auf 14 Jahre festlegt. Akkord- und Fließbandarbeit werden strikt untersagt.

10. April 1961 – Die ersten Kriegsdienstverweigerer leisten ihren Ersatzdienst

Bundesrepublik Deutschland * Die ersten Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik treten ihren Ersatzdienst an.

18. September 1961 – Ergebnis der Bundestagswahl 1961

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,3 Prozent [- 4,9] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 36,2 Prozent der Stimmen [+ 4,4] und 203 Sitze. Die FDP bekommt 12,8 Prozent [+ 5,1] und 67 Sitze. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

Oktober 1961 – „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland * Die Single „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland unter dem Interpretennamen Tony & Sheridan & The Beat Brothers.

31. Oktober 1961 – Anwerbeabkommen mit der Türkei

Bundesrepublik Deutschland-Bonn - Ankara * Zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland wird das „Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

25. Dezember 1962 – Einweihung des neuen Cirkus-Krone-Baus

München-Maxvorstadt * Carl und Frieda Sembach-Krone haben in achtmonatiger Bauzeit den alten provisorischen Zirkus-Holzbau an der Marsstraße durch einen Steinbau ersetzen lassen. Das einzige feste Zirkusgebäude in der Bundesrepublik Deutschland fasst 3.000 Personen.



1963 – Ein Anwerbeabkommen mit Marokko abgeschlossen

Bundesrepublik Deutschland - Marokko * Zwischen Marokko und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung marokkanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

24. August 1963 – Die Fußball-Bundesliga startet

Bundesrepublik Deutschland * Die Fußball-Bundesliga, die höchste Spielklasse des deutschen Fußballs, startet.

15. Oktober 1963 – Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

16. Oktober 1963 – Ludwig Erhard wird neuer Bundeskanzler

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ludwig Erhard [CDU] wird zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

16. Dezember 1963 – Ein Anwerbeabkommen mit [Süd-] Korea abgeschlossen

Bundesrepublik Deutschland - Seoul * Zwischen [Süd-] Korea und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung koreanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen. In der Vereinbarung wird die vorübergehende Beschäftigung von koreanischen Bergarbeitern im westdeutschen Steinkohlenbergbau geregelt. Ziel der Beschäftigung ist es, „die beruflichen Kenntnisse der koreanischen Bergarbeiter zu erweitern und zu vervollkommen“.

1964 – Anwerbeabkommen mit Portugal

Bundesrepublik Deutschland - Portugal * Zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland



wird ein Abkommen zur Anwerbung portugiesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

5. März 1964 – Die einzige deutschsprachige Single der Beatles erscheint

Bundesrepublik Deutschland * Die deutschsprachige Single „Sie liebt Dich“ und „Komm gib mir Deine Hand“ der Beatles wird veröffentlicht.

23. Juli 1964 – „A Hard Day’s Night“ kommt in Deutschland in die Kinos

Bundesrepublik Deutschland * Der synchronisierte Beatles-Film „A Hard Day’s Night“ kommt in Deutschland unter dem Titel „Yeah, Yeah, Yeah“ in die Kinos.

27. November 1964 – „Beatles For Sale“ wird veröffentlicht

Bundesrepublik Deutschland * „Beatles For Sale“ wird rechtzeitig vor Weihnachten in Deutschland zum Kauf angeboten. Sie enthält acht Lennon/McCartney-Songs und sechs Cover-Versionen

1965 – Ein Anwerbeabkommen mit Tunesien abgeschlossen

Tunis - Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Zwischen Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung tunesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

21. Mai 1965 – Die Queen in München

München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus:



„Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

21. Mai 1965 – Mit der „Bayern-Hymne“ knapp an der Staatskrise vorbei

München * Wegen der „Bayern-Hymne“ schlittert die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl dies Bundespräsident Heinrich Lübke der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die Gäste müssen sich alle Strophen anhören. Verwundert bemerkt Prinz Philip: „Oh, ein ganzes Konzert“. Und Bundespräsident Heinrich Lübke tobt.

19. September 1965 – Ergebnis der Bundestagswahl 1965

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Ludwig Erhard 47,6 Prozent [+ 2,3] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 39,3 Prozent der Stimmen [+ 3,1] und 217 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 3,3] und 50 Sitze. Ludwig Erhard [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

16. Dezember 1965 – Die deutsche Uraufführung des Beatles-Films „Hi-Hi-Hilfe!“



Bundesrepublik Deutschland * Der Beatles-Film „Help!“ startete unter dem Titel „Hi-Hi-Hilfe!“ in den deutschen Kinos.

25. Juni 1966 – Die Beatles sind auf dem Weg nach Essen

München - Essen * Die Beatles verlassen um 8:25 Uhr auf Gleis 11 den Münchner Hauptbahnhof. Sie benutzen dazu den gleichen Vier-Waggon-Sonderzug, mit dem ein Jahr zuvor Königin Elisabeth und Prinz Philipp die Bundesrepublik bereist hatten. Beatles-Manager Brian Epstein hätte den Zug beinahe verpasst. Rund dreihundert Fans haben sich hinter den Absperrungen im Bahnhof versammelt, um ihre „plüschhaarigen Lieblinge“ ein letztes Mal zu sehen. „Schaurig hallte das Kreischen der Teenager durch die Bahnhofshalle“ - und dann sind sie weg. Langsam kann die „Münchner Bierruhe“ wieder zurückkehren. Um 16:32 Uhr sind die Beatles in Mülheim/Ruhr. Von dort fahren sie direkt zur Gruga-Halle in Essen, wo sie ebenfalls zwei Konzerte vor insgesamt 16.000 Fans geben sollen.

17. September 1966 – Die erste Folge des Raumschiffes Orion wird ausgestrahlt

München - Bundesrepublik Deutschland * Um 20:15 Uhr sendet das Erste deutsche Fernsehen die erste Folge von „Raumpatrouille - Die phantastischen Abenteuer des Raumschiffes Orion“. Ab dann können die Bundesbürger dieses „Märchen von übermorgen“ jeden zweiten Samstag bewundern. Der Start der Orion ist der Höhepunkt der Tricktechnik. Er wird auf den noch mit Granitplatten belegten Königsplatz gedreht und anschließend verfälscht.

30. November 1966 – Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück

Bonn * Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

1967 – DDR-Todesurteile werden mit der Guillotine vollstreckt

Deutsche Demokratische Republik * In der Deutschen Demokratischen Republik - DDR werden Todesurteile mit der Guillotine vollstreckt.

1968 – Anwerbeabkommen mit Jugoslawien



Bundesrepublik Deutschland - Jugoslawien * Zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung jugoslawischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

28. September 1969 – Ergebnis der Bundestagswahl 1969

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 46,1 Prozent [- 1,5] und 250 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 42,7 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 6,8 Prozent [- 3,7] und 31 Sitze. Die NPD scheitert mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1. Januar 1970 – Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter wird eingeführt

Bundesrepublik Deutschland • Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter wird eingeführt.

31. Juli 1970 – Das aktive Wahlrecht wird von 21 auf 18 Jahre gesenkt

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Durch eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird das aktive Wahlrecht für die Bundestagswahl von 21 auf 18 Jahre gesenkt.

29. November 1970 – Der erste „Tatort“

Bundesrepublik Deutschland • Der erste „Tatort“-Krimi wird im ARD gezeigt. Es ist der Hamburger Fall „Taxi nach Leipzig“.

29. September 1971 – Die BRD erhält ihr erstes Umweltprogramm

Bonn * Die Bundesrepublik Deutschland erhält ihr erstes Umweltprogramm. Bundeskanzler Willy Brandt spricht von „Existenzfragen der Menschheit“. Damit wird der Grundstein gelegt für nahezu



alle großen Umweltgesetze, von der Luftreinhaltung über die Klärung von Abwässern bis hin zum Umgang mit wachsenden Abfallmengen. Das Verursacherprinzip findet Eingang in die deutsche Gesetzgebung, es lässt diejenigen für Umweltschäden haften, die sie verbockt haben.

Fuß fasst auch das Vorsorgeprinzip, demzufolge der Staat einschreiten muss, ehe Probleme entstehen.

19. November 1972 – Ergebnis der Bundestagswahl 1972

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt 45,8 Prozent [+ 3,1] und 242 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel erringt 44,9 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 234 Sitze. Die FDP bekommt 8,4 Prozent [+ 2,6] und 42 Sitze. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1974 – Die deutsche Staatsbürgerschaft jetzt auch für Kinder deutscher Mütter

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Kinder deutscher Mütter können jetzt auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bis dahin konnten das nur Kinder deutscher Väter. Erkannte zum Beispiel ein amerikanischer Soldat das Kind mit seiner deutschen Freundin nicht an, war das Kind „staatenlos“.

2. April 1974 – Das Betteln wird deutschlandweit erlaubt

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der Paragraph 361 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches wird gestrichen und damit das Betteln deutschlandweit erlaubt. Bis dahin wird, „wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt“ mit 500 Mark oder einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen verurteilt.

6. Mai 1974 – Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler

Bonn * Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Grund ist die Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume, der als Referent für Parteiangelegenheiten einer der engsten Mitarbeiter von Willy Brandt gewesen ist. Dies ist auf eine Fahrlässigkeit innerhalb der Bundesregierung zurückzuführen. Denn Guillaume stand bereits



seit über einem Jahr im Verdacht, Spionage zu betreiben.

16. Mai 1974 – Helmut Schmidt wird 5. Bundeskanzler der BRD

Bonn * Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wird Helmut Schmidt [SPD] zum 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die größten Herausforderungen während seiner Amtszeit sind die weltweite Wirtschaftsrezession und die Ölkrisen der 1970er Jahre, die die Bundesrepublik unter seiner Führung besser überstand als die meisten anderen Industriestaaten.

1975 – Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind. Es beträgt je 194.- DM für das erste und zweite Kind, 200.- DM für das dritte und 225.- DM für jedes weitere Kind.

August 1976 – Die CSU wirbt mit dem Slogan: „Freiheit oder Sozialismus“

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * Bei der Bundestagswahl 1976 steht die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ bei der CDU im Vordergrund. Die CSU ändert den Slogan in „Freiheit oder Sozialismus“ ab.

3. Oktober 1976 – Ergebnis der Bundestagswahl 1976

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,6 Prozent [- 3,2] und 224 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl erringt 48,6 Prozent der Stimmen [+ 3,7] und 254 Sitze. Die FDP bekommt 7,9 Prozent [-0,5] und 40 Sitze. Die CSU erringt in Bayern 60,0 Prozent der Stimmen und trägt damit 10,6 Prozent zum Gesamtergebnis der Union (48,6 Prozent) bei. CDU und CSU sind mit insgesamt 243 Sitzen die stärkste Fraktion im Bundestag, doch die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP kann mit einer Mehrheit von zehn Sitzen weiter regieren. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1977 – Die DWK wird gegründet



Bundesrepublik Deutschland * Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

1977 – Die Suche nach einem Standort beginnt

Bundesrepublik Deutschland * Als mögliche Standorte für die Wiederaufarbeitungsanlage werden unter anderem Wangershausen in Hessen, Kaisersesch sowie Hambuch und Illerich in Rheinland-Pfalz und Dragahn in Niedersachsen untersucht. Die Planungen scheitern vor allem am Widerstand der Bevölkerung und an politischen Vorbehalten.

1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

1977 – Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

5. Mai 1977 – Ludwig Erhard stirbt in Bonn

Bonn * Ludwig Erhard, der ehemalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, stirbt in Bonn.



1978 – Frauen können in Bundesländern Schutzpolizistinnen werden

Bundesrepublik Deutschland * Frauen können in den ersten Bundesländern Schutzpolizistinnen werden.

5. Oktober 1980 – Ergebnis der Bundestagswahl 1980

Bundesrepublik Deutschland * In dem sehr emotionsgeladenen Wahlkampf [„Stoppt Strauß“] konzentrieren sich die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß. Bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,9 Prozent der Stimmen [+ 0,3] und 228 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß erhält 44,5 Prozent [- 4,1] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 10,6 Prozent [+ 2,7] und 54 Sitze. DIE GRÜNEN, die erstmals bei einer Bundestagswahl antreten, kommen aber nur auf 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

3. Dezember 1980 – Strauß fordert eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage

München-Haidhausen * In einer Regierungserklärung erklärt Ministerpräsident Franz Josef Strauß, dass die Bundesrepublik eine eigene Wiederaufarbeitungsanlage benötigt. Wackersdorf nennt er zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich als möglichen Standort.

1982 – Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 148 Liter

Bundesrepublik Deutschland * Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 148 Liter.

8. Februar 1982 – „Skandal um Rosie“ acht Wochen auf Platz eins

Bundesrepublik Deutschland * Das Lied „Skandal um Rosie“ von der bayerischen Rock'n'Roll-Band Spider Murphy Gang erreichte den Platz eins der deutschen Single-Charts. Er bleibt insgesamt acht Wochen auf Platz auf dem ersten Platz.

1. Oktober 1982 – Helmut Kohl wird Bundeskanzler



Bonn * Helmut Kohl wird durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er leitet eine Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

17. Dezember 1982 – Auf vorgezogene Neuwahlen verständigt

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Durch eine bewusst verlorene Vertrauensfrage werden Neuwahlen für den Deutschen Bundestag ausgelöst. CDU/CSU und FDP hatten sich schon zuvor auf die Durchführung von vorgezogenen Neuwahlen verständigt.

7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel

München-Haidhausen * Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

6. März 1983 – Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalition

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 10. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 48,8 Prozent der Stimmen [+ 4,3] und 255 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel erringt 38,2 Prozent [- 4,7] und 202 Sitze. Die FDP bekommt 7,0 Prozent [- 3,6] und 35 Sitze. Die Grünen kommen mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,1] und 28 Sitzen erstmals in den Deutschen Bundestag.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

21. Dezember 1985 – Die „Freie Republik Wackerland“ entsteht

Wackersdorf * Während einer Weihnachtspause der Rodungsarbeiten besetzen WAA-Gegner das Gelände erneut und errichten ein zweites, deutlich größeres Hüttendorf. In den folgenden Tagen entstehen mehr als 50 Hütten, Zelte und Baumhäuser. Die Besetzer nennen das



Protestdorf – in Anlehnung an die „Freie Republik Wendland“ – die „Freie Republik Wackerland“.

24. Dezember 1985 – Weihnachten in der „Freien Republik Wackerland“

Wackersdorf * Die Bewohner des Hüttendorfs und zahlreiche Unterstützer feiern gemeinsam Heiligabend in der „Freien Republik Wackerland“. Die friedliche Weihnachtsfeier findet große öffentliche und mediale Beachtung und macht das Protestdorf weit über die Oberpfalz hinaus bekannt.

31. Dezember 1985 – Ein Holzkreuz wird zum Symbol des christlichen Widerstands

Wackersdorf * Bei einer Jahresschlussandacht in der „Freien Republik Wackerland“ segnet Pfarrer Andreas Schlagenhauser ein zehn Meter hohes Holzkreuz. Die Christusfigur schnitzt der Burglengenfelder Bildhauer Stefan Preisl direkt im Hüttendorf aus einem Fichtenstamm. Kreuz und Andacht unterstreichen die große Bedeutung des christlich geprägten Widerstands gegen die WAA.

5. Januar 1986 – Kulturfest in der „Freien Republik Wackerland“

Wackersdorf * Etwa 15.000 Menschen besuchen am 5. und 6. Januar ein zweitägiges Kultur- und Solidaritätsfest im Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Zu den Höhepunkten gehört der gemeinsame Auftritt des Kabarettisten Gerhard Polt und der Biermösl Blosn auf der sogenannten „WAAldbühne“. Mit Musik, Kabarett und politischen Beiträgen bekunden die Künstler ihre Solidarität mit den Bewohnern des Protestdorfs und den Gegnern der WAA.

7. Januar 1986 – Die „Freie Republik Wackerland“ wird geräumt

Wackersdorf * Nach 18 Tagen räumen rund 3.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer das zweite Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Mehr als 700 Besetzer, die das Gelände nicht freiwillig verlassen, werden festgenommen oder vorübergehend in Gewahrsam genommen. Anschließend reißen die Einsatzkräfte die Hütten und Baumhäuser ab. Bei der Räumung der „Freien Republik Wackerland“ sägen Einsatzkräfte das Holzkreuz ab und entfernen es vom Gelände. Die Christusfigur wird kurze Zeit später zurückgegeben und von WAA-Gegnern zum nahe gelegenen Franziskus-Marterl gebracht. Dort wird sie an einem Baum befestigt.



26. Juli 1986 – Das „deutsche Woodstock“ wird zum Höhepunkt des Widerstands

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 26. und 27. Juli das fünfte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Mehr als 100.000 Menschen reisen nach Burglengenfeld und machen die Veranstaltung zum bis dahin größten Rockkonzert der Bundesrepublik. Das später als „deutsches Woodstock“ bezeichnete Festival bildet zugleich den kulturellen Höhepunkt des Widerstands gegen die WAA. Auf der Bühne stehen unter anderem BAP, Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen, Rio Reiser, Haindling, die Biermösl Blosn, Wolf Maahn, Wolfgang Ambros, Purple Schulz, Anne Haigis, Marian Gold, Kevin Coyne, Herwig Mitteregger, Fritz Brause, die Rodgau Monotones, Die Firma, das Frankfurter Kurorchestra, Chris McGregor und Théâtre du Pain. Viele Künstler verzichten ganz oder weitgehend auf ihre Gagen und bekunden öffentlich ihre Solidarität mit den WAA-Gegnern. Rund 7.000 Polizisten begleiten und überwachen die Veranstaltung. Entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen bleibt das Festival vollständig friedlich. Die Bilder der riesigen, gewaltfrei protestierenden Menschenmenge finden bundesweit Beachtung und verändern die öffentliche Wahrnehmung des WAA-Widerstands.

1987 – In der DDR wird die Todesstrafe abgeschafft

Deutsche Demokratische Republik - DDR * In der Deutschen Demokratischen Republik - DDR wird die Todesstrafe abgeschafft. Bis dahin wurden etwa 200 Todesurteile ausgesprochen und davon circa 130 vollstreckt.

25. Januar 1987 – Ergebnis der Bundestagswahl 1987

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 11. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 44,3 Prozent [- 4,5] und 234 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau erringt 37,0 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 9,1 Prozent [+ 2,1] und 48 Sitze. Die Grünen kommen mit 8,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,7] und 44 Sitzen in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

9. März 1988 – Kurt Georg Kiesinger stirbt in Tübingen

Tübingen * Kurt Georg Kiesinger, der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland,



stirbt in Tübingen.

April 1988 – Rekordzahl an Einwendungen

Wackersdorf - München * Mit Ablauf der Einwendungsfrist liegen dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen rund 880.000 Einwendungen gegen die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung vor. Etwa 420.000 bis 453.000 Einwendungen stammen aus Österreich. Damit entwickelt sich das Verfahren zum bis dahin größten atomrechtlichen Beteiligungsverfahren in der Bundesrepublik.

Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen

Bundesrepublik Deutschland * Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

22. Februar 1989 – Der Streit um die „richtige Inschrift“ am Eisner-Bodendenkmal

München-Graggenau * Bei der Stadtrats-Sitzung stehen zwei Vorschläge für die „richtige Inschrift“ am Bodendenkmal für Kurt Eisner zur Auswahl. Während die Vertreter der verschiedenen Parteien rasch überein kommen, das ursprünglich vorgesehene „erschossen“ durch „ermordet“ zu ersetzen, entwickelt sich um die Verwendung der Begriffe „Freistaat“ und „Volksstaat“ eine scharf geführte Auseinandersetzung. Soll man nun Kurt Eisner als den Begründer des Freistaates Bayern bezeichnen oder gründete er bloß den Volksstaat Bayern? Beide Begriffe wurden im Jahr 1918 gleichzeitig und synonym verwendet und sollten nichts anderes als Republik bedeuten. Aber im Rückblick will man den heute so geschätzten Begriff Freistaat nicht ausgerechnet einem linken Politiker zuschreiben. Dagegen denkt man bei Volksstaat eher an die Sprache des Dritten Reiches und der damaligen DDR. Der SPD-Vorschlag für die Gedenkplatte lautet: „Kurt Eisner. 1867 - 1919. Begründer des Freistaats



Bayern und Ministerpräsident wurde am 21. Februar 1919 hier vor seinem Amtssitz ermordet.“ Es soll aber derjenige die Mehrheit erhalten, der das Reizwort Freistaat vermeidet. Der Vorschlag von Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier [CSU] setzt sich bei der Abstimmung mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und Grüne/ALM gegen die Stimmen der SPD durch. Die Inschrift auf der Gedenktafel - als die „offizielle Wahrheit“ - lautet deshalb: „KURT EISNER, DER AM 8. NOVEMBER 1918 DIE BAYERISCHE REPUBLIK AUSRIEF, NACHMALIGER MINISTERPRÄSIDENT DES VOLKSSTAATES BAYERN, WURDE AN DIESER STELLE AM 21. FEBRUAR 1919 ERMORDET.“

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

3. Oktober 1990 – Die deutsche Wiedervereinigung

Bundesrepublik Deutschland * Die deutsche Wiedervereinigung.

2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen



deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

3. Dezember 1990 – Die Grünen und das Bündnis 90 schließen sich zusammen

Bundesrepublik Deutschland * Die westdeutschen Grünen und das ostdeutsche Bündnis 90 schließen sich zum Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen.

8. Oktober 1992 – Willy Brandt stirbt in Unkel

Unkel * Willy Brandt, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie SPD-Vorsitzende, stirbt in Unkel.

8. November 1993 – Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel drückt sich beim Festakt

München * Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel drückt sich am 75. Jahrestag der Revolution und der Freistaatgründung an der Teilnahme eines Festaktes, da er „die Geburtsstunde des demokratisch verfassten Bayern nicht mit der Ausrufung der Räterepublik durch Kurt Eisner in Verbindung zu bringen vermag“. Zur Ausrufung der Räterepublik kam es allerdings erst nach einer verlorenen Wahl und der Ermordung Kurt Eisners durch den rechtsradikalen Anton Graf Arco auf Valley. Unter Eisners Revolutionsregierung gab es lediglich provisorische Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im



Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...].“

16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

1996 – Die Zahl der Falkner in Deutschland liegt bei etwa 2.000

Bundesrepublik Deutschland * Die Zahl der Falkner in Deutschland liegt bei etwa 2.000.

August 1996 – Bürgermeister Hep Monatzeder enthüllt eine Gedenktafel

München-Haidhausen * Bürgermeister Hep Monatzeder enthüllt gemeinsam mit dem Hofbräukeller-Wirt Günter Steinberg und den Enkeln der zwölf am 5. Mai 1919 im Garten des



Hofbräukellers ermordeten Perlacher Arbeiter eine Gedenktafel, die an die Vorgänge erinnern soll. Damit will die Landeshauptstadt München verhindern, dass die Opfer der Niederschlagung der Münchner Räterepublik in Vergessenheit geraten. Hep Monatzeder betont dies bei der Enthüllung der Gedenktafel und sagte weiter: „Sie soll aber auch zur Wachsamkeit und zum Widerstand mahnen gegen jedes neue Aufflammen von Rechtsextremismus, Fanatismus und Intoleranz.“

20. Februar 1998 – Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe offiziell abgeschafft

München * Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe abgeschafft. Bis dahin heißt es im Artikel 47 der Bayerischen Verfassung: „Der Vollzug der Todesstrafe bedarf der Bestätigung der Staatsregierung.“ Zum Glück hat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Todesstrafe bereits im Jahr 1949 beseitigt.

1. Mai 1998 – Von 0,8 auf 0,5 Promille herabgesetzt

Bundesrepublik Deutschland * Die Promillegrenze für Verkehrsteilnehmer wird von 0,8 auf 0,5 Promille herabgesetzt.

4. Mai 1998 – Der Kranzgeldparagraph wird gestrichen.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der sogenannte Kranzgeldparagraph wird gestrichen. Als Kranzgeld bezeichnet man bis dahin eine finanzielle Entschädigung, die eine Frau von ihrem ehemaligen Verlobten fordern kann, wenn sie auf Grund eines Eheversprechens ihre Jungfräulichkeit verloren hat, und er anschließend das Verlöbnis löst. Gleiches gilt übrigens auch für neuverlobte Witwen.

27. September 1998 – Ergebnis der Bundestagswahl 1998

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 14. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 35,1 Prozent [- 6,3] und 245 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder erringt 40,9 Prozent der Stimmen [+ 4,5] und 298 Sitze. Die FDP bekommt 6,2 Prozent [- 0,7] und 43 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 6,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,6]. Die PDS erkämpft 5,1 Prozent der Stimmen



[+ 0,7] und mit 36 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

1999 – Die Totengräber vom Ostfriedhof erlangen Kultstatus

München-Obergiesing * Die Totengräber vom Ostfriedhof erlangen Kultstatus. Als „Boandlkramer-Connection“ singen sie täglich in der „Shitparade“ von Radio Gong das Lied „Drei weiße Tauben und ein Gewehr, drei weiße Tauben, die scheißen nicht mehr. Guru, guru“. Als einem Hörer dieser Erfolg zu viel wird, verspricht er für jede Gegenstimme ein Weißbier. Gleich darauf meldet sich der Fußball-Spieler Markus Babbel und bietet - im Namen des FC Bayern - für jede Ja-Stimme zwei Träger Weißbier. Als die Totengräber im September 1999 ein falsches Grab ausheben, kommt es zum Karriereknick, da der Leiter der Friedhofsverwaltung den „Boandlkramern“ ein Singverbot erteilt. Doch nun gehen die Radio Gong-Hörer auf die Barrikaden. Binnen vier Tagen fordern 12.000 Hörer auf Unterschriftenlisten die Rückkehr der singenden Totengräber. Und nach kaum einer Woche sind sie wieder Live On The Air zu hören.

Bald werden die Bestatter und Aufbahrer durch die ganze Bundesrepublik gereicht. Sie sangen auf der Wiesen im Bierzelt, bei Stefan Raab im Fernsehen und bei der SpVVg Unterhaching in der Halbzeitpause.

2000 – „Aufbrezeln“ steht im Duden

Bundesrepublik Deutschland * Das Verb „aufbrezeln“ wird in den Duden aufgenommen und gehört damit offiziell zum Wortschatz des Standarddeutschen. Es bedeutet „sich besonders schick machen“, „sich herausputzen“ oder „sich geschniegelt präsentieren“ und hat seinen Ursprung im bairisch-österreichischen Sprachraum. Mit der Aufnahme in den Duden findet eine ursprünglich regionale Redewendung bundesweite Anerkennung und etabliert sich endgültig als Bestandteil der deutschen Standardsprache.

22. September 2002 – Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 15. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 38,5 Prozent [- 2,4] und 251 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber erringt ebenfalls 38,5 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 248 Sitze. Die FDP bekommt 7,4 Prozent [+ 1,2] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 1,9]. Die PDS



erhält 4,0 Prozent der Stimmen [- 1,1] und zieht - durch die direkt gewonnenen Berliner Wahlkreise - lediglich mit zwei Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

9. Oktober 2002 – Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 steht fest

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 wird bekannt gegeben. SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN können zusammen 577.000 mehr Wähler als CDU/CSU und FDP für sich gewinnen.

18. September 2005 – Ergebnis der Bundestagswahl 2005

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 16. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 34,2 Prozent [- 4,3] und 222 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel erringt 35,2 Prozent der Stimmen [- 3,3] und 226 Sitze. Die FDP bekommt 9,8 Prozent [+ 2,4] und 61 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,5] und 51 Sitze. Die PDS erkämpft 8,7 Prozent der Stimmen [+ 4,7] und zieht mit 54 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin in einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

7. Juni 2009 – Europawahl

Bundesrepublik Deutschland * Die Deutschen wählen ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament. Im bayerischen Europawahlkampf gehört die Debatte um das angebliche EU-„Brezenverbot“ zu den bekanntesten Themen. Mit Warnungen vor einer Brüsseler Vorschrift zum Salzgehalt von Brezen und Brot macht die CSU die geplanten EU-Nährwertprofile zum Symbol für eine vermeintliche Überregulierung durch die Europäische Union. Tatsächlich geht es bei den geplanten Nährwertprofilen ausschließlich um die Voraussetzungen für gesundheitsbezogene Werbeaussagen – nicht um die Herstellung, Rezeptur oder den Verkauf von Brezen.

2011 – Nur noch 60 Prozent Christen in Deutschland



Bundesrepublik Deutschland * Der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Deutschland sinkt innerhalb von fünf Jahren um drei Prozent. Die evangelischen Kirchenmitglieder sinken in diesem Zeitraum um gut zwei Millionen auf 23,6 Millionen. Die Zahl der Katholiken sinkt um gut 1,5 Millionen auf 24,5 Millionen. Von rund 80 Millionen Bewohnern Deutschlands sind nur mehr 48,1 Millionen christlichen Glaubens. Das sind sechzig Prozent.

2011 – Bierverbrauch sinkt um 37 Prozent gegenüber 1980

Bundesrepublik Deutschland * Der durchschnittliche Bierverbrauch liegt in Deutschland nur noch bei 106,6 Liter. Zum Vergleich: 1980 waren es noch 145,9 Liter. Das ist ein Rückgang von rund 37 Prozent.

2012 – In Deutschland gibt es über 1.300 Brauereien

Bundesrepublik Deutschland * In Deutschland setzen die mehr als 1.300 Brauereien rund 96 Millionen Hektoliter Bier ab.

2013 – Der Bayer trinkt im Jahr immerhin 135 Liter Bier

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es 1.340 Brauereien. Davon befinden sich 622 in Bayern, alleine 163 in Oberfranken, womit die Region rund um Bayreuth und Hof Nummer eins in Bayern ist. Die bayerischen Brauereien haben 22 Millionen Hektoliter Bier verkauft. 4,4 Millionen Hektoliter sind in den Export gegangen, ein Rekordergebnis. Gerade die Chinesen trinken sehr gerne und immer mehr Bier aus Bayern. Während in ganz Deutschland immer weniger Bier verkauft wird, kann in Bayern der Absatz noch um 0,7 Prozent gesteigert werden. Im Jahr 2013 trinkt jeder Deutsche im Durchschnitt 108 Liter. Der Bayer schafft immerhin 135 Liter. Der unangefochtene europäische Biertrink-Spitzenreiter ist Tschechien, gefolgt von Deutschland und Österreich.

22. September 2013 – Ergebnis der Bundestagswahl 2013

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 18. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 41,5 Prozent [+ 7,7] und 311 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 2,7] und



193 Sitze. Die FDP bekommt 4,8 Prozent [- 9,8] und scheitert damit an der Fünf-Prozent-Hürde. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,4 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 2,3] und 63 Sitze. Die PDS erkämpft 8,6 Prozent der Stimmen [- 3,3] und zieht mit 64 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmutz-Image ablegen

Bundesrepublik Deutschland * Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmutz-Image ablegen und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben erhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.

2014 – Brauereien und Bierabsatz

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es insgesamt 1.352 Brauereien. Davon befinden sich 616 Braustätten in Bayern. Der Bierabsatz liegt in Deutschland bei 95.620.000 Hektoliter. Auf Bayern entfallen davon 23.131.000 Hektoliter.

21. Februar 2017 – Die Linke will einen Kurt-Eisner-Platz

München * Die Fraktion Die Linke des Münchner Stadtrats bringt einen Antrag zur Umbenennung



des Marienhofs in Kurt-Eisner-Platz ein. Darin heißt es: „Der bislang namenlose Platz nördlich des Rathauses wird anlässlich des hundertsten Jahrestages der Proklamation der „freien Volksrepublik Bayern“ durch den ersten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zum „Kurt-Eisner-Platz“ gewidmet. Die Landeshauptstadt setzt sich beim Betreiber der S-Bahn München dafür ein, dass auch die geplante Haltestelle für den zweiten S-Bahn-Tiefunnel nach Kurt Eisner benannt wird.“

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.

24. September 2017 – Große Verluste der etablierten Parteien bei der Bundestagswahl 2017

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 32,9 Prozent [- 8,6] und 240 Sitze [- 71]. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz erringt 20,8 Prozent der Stimmen [- 4,9] und 152 Sitze [- 41]. „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ kommen auf 9,0 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 0,6] und 66 Sitze [+ 3]. Die FDP bekommt 10,4 Prozent [+ 5,6] und erreicht damit 76 Sitze. Die Linke erkämpft ebenfalls 9,0 Prozent der Stimmen [+ 0,4] und zieht mit 66 Abgeordneten [+ 2] in den Deutschen Bundestag ein. Der große Siegerin der Bundestagswahl ist die Alternative für



Deutschland - AfD mit 13,0 Prozent [+ 8,3] und 95 Sitzen.
Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

Angelika Merkel wird

30. Mai 2021 – Alle Bundesländer erreichen Inzidenz unter 50

Bundesrepublik Deutschland * In allen deutschen Bundesländern ist der Sieben-Tage-Inzidenzwert auf unter 50 gerutscht, nachdem auch Thüringen mit 47,5 unter dieser Marke liegt. Bundesweit liegt der Wert bei 35,2. München hat - trotz leichten Anstiegs - die Marke von 30,7 erreicht.

26. September 2021 – SPD gewinnt Bundestagswahl 2021

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 20. Bundestag erhält die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 5,2] und 206 Sitze.

CDU/CSU mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat kommen auf 24,1 Prozent [- 8,9] und 196 Sitze.

Bündnis 90/Die Grünen erhalten mit ihrer Kanzlerkandidatin Analena Baerbock 14,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 5,9] und 118 Sitze. Die FDP bekommt 11,5 Prozent [+ 0,8] und erreicht damit 92 Sitze. Die Alternative für Deutschland - AfD erhält 10,3 Prozent [-2,3] und 83 Sitze. Die Linke erkämpft lediglich 4,9 Prozent der Stimmen [-4,3] und zieht aufgrund von Überhang- und Direktmandaten mit 39 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Der Südschleswigsche Wählerverband - SSW erhält 1 Mandat. Der Anteil der Frauen bei den Abgeordneten beträgt 35 Prozent. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und AfD stellen sich als besonders männerlastig dar.